berliner EXTRA dienst

EXTRA 3

DM 3.60

ANALYSE/FAKTEN/HINTERGRUND

Berlinguer
Biondi
De Martino
Frenschi
Grimaldi

Historische Wende in Italien



EVVIVA IL COMUNISMO E LIBERTÀ

EXTRA-DIENST **EXTRA**	ist eine Publikation des „Berliner EXTRA dienstes". Dies ist das dritte Heft der Reihe. Erschienen Juli 1976
Herausgeber:	Verlag + Druck Informdienst GmbH Westberlin D 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20
Verantwortlich:	Carl L. Guggomos
Mitarbeit:	Esther Biondi (Rom); Winfried Roth (Westberlin, Übersetzungen aus dem Italienischen).

Wir danken für freundliche Mithilfe der Abteilung für Internationale Beziehungen beim ZK der IKP und den Redaktionen von „Unita", „Avanti!" und „Rinascita"

INHALT

Damit die Linke weiß was die Rechte tut



berliner EXTRA dienst

Der große Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins. Erscheint zweimal wöchentlich (Dienstag und Freitag) und kostet monatlich 9,– DM. EXTRA-Dienst hat rund 20 000 Leser. Sie wissen, warum sie ihn lesen: Nirgendwo sonst bekommen Sie eine solche Fülle von Information und Analyse. Fordern Sie ein Probeexemplar an oder bestellen Sie direkt (für mindestens 6 Monate) bei:

Verlag + Druck informdienst GmbH
1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20

Tel: 030/861 21 89

ZU DIESEM HEFT
Wiedervereinigung humanistischer Ideale

CARL L. GUGGOMOS

Die Linke in der Bundesrepublik Deutschland und in ihrem besonderen politischen Anhängsel Westberlin schaut in jüngster Zeit wieder optimistischer drein. Unbeschadet des scharfen Rechtsdralls, dem sich auch maßgebende Kräfte der Linken, die Sozialdemokraten wie die Gewerkschaften, nicht zu entziehen vermochten, ist sie dabei, ihre Frustration zu überwinden. Den Grund dafür haben allerdings nicht eigene Entwicklungen geliefert. Anlaß für den Optimismus findet sie nur jenseits der Landesgrenzen, vor allem in Frankreich und Italien.

Portugal – Euphorie und Frustration

Der revolutionäre Aufbruch Portugals hatte die bundesdeutsche und Westberliner Linke vor zwei Jahren nur vorübergehend in eine euphorische Stimmung versetzt. Warnungen, daß auch in Portugal die ökonomische und gesellschaftliche Reaktion nicht im ersten Ansturm hinweggefegt werden könne, wurden nicht beachtet, zumal die euphorische Stimmung aus Portugal selber genährt wurde. Viele Linke sind heute, nachdem das Pendel zurückschlug, schon bereit, Portugal „zu vergessen".

Sie sollten aber nicht übersehen, daß sich in Portugal Gewaltiges verändert hat, daß das Land heute das einzige Westeuropas ist, das eine in seinen Strukturen sozialistisch geprägte Verfassung hat, nicht nur eine bürgerlich-demokratische, wie die anderen Staaten des Westens. Die von der jüngsten portugiesischen Entwicklung enttäuschten Linken sollten auch registrieren, daß die reale Linke eine feste Basis im Volk hat. Angesichts der Tatsache, daß Portugals Volk fünfzig Jahre lang in der Nacht faschistischer Volksverdummung leben mußte und nach wie vor massiver antisozialistischer Hetze ausgesetzt ist, bedeuten ein Viertel der Wähler, die Ende Juni 1976 für die linken Präsidentschaftskandidaten gestimmt haben, viel; zumal nicht übersehen werden darf, daß ein Großteil jener Wähler, die – dem Aufruf der Sozialistischen Partei folgend – für den „gemäßigten" Eanes stimmte, prinzipiell für den Sozialismus ist.

Spanien – die Narben schrecken viele

Auch in Spanien geht vielen hierzulande die Entwicklung nicht schnell genug. Aber Spanien hat schon einen Bürgerkrieg hinter sich, dessen Narben noch viele tragen. Der Franquismus ist noch

nicht geschlagen und er hat eine Basis in nicht wenigen Schichten des spanischen Volkes. Vierzig Jahre Faschismus gehen nicht ohne Spuren zu hinterlassen über ein Volk hinweg und es müssen nicht nur die unmittelbaren Profiteure eines Regimes von law and order sein, die an ihm hängen. Bauern, Angehörige der Mittelschichten oder der technischen Intelligenz neigen dazu, dem Neuen, wie lockend es auch in manchen Stunden sein kann, zu entsagen, wenn das Alte nicht allzusehr drückt.

Die Entwicklungen in Frankreich und in Italien gingen nicht so sprunghaft vor sich, und sie werden deshalb auch unumkehrbar sein. Nicht benebelt vom Antikommunismus, der in der Bundesrepublik und in Westberlin Staatsreligion ist, wider die nicht geketzert werden darf, kommen dort immer mehr Bürger aller Schichten zur Erkenntnis, daß eine Erneuerung im Leben der einzelnen Länder und ganz Westeuropas jetzt auf der Tagesordnung steht. Die tiefgreifende kapitalistische Krise, die alle Länder der westlichen Hälfte des Kontinents mehr oder minder stark gepackt hat, wurde in Frankreich und in Italien schneller als in der Bundesrepublik als ein Einschnitt begriffen, nach dem nichts mehr so sein wird wie zuvor.

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat eine historische Wende vollzogen. Sie hat sich von der aufgezwungenen bürgerlichen Ideologie des Antikommunismus befreit und ist damit frei geworden für ihre Aufgabe, gestaltende Kraft bei der Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der Nation zu sein. In Italien hat die Sozialistische Partei die Illusion abgestreift, Wahlfreiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu haben, ohne dabei Schaden an den eigenen Prinzipien zu nehmen. Diese Wende der italienischen und französischen Sozialisten war freilich nur möglich durch die konkrete marxistische Analyse, die die beiden Kommunistischen Parteien dieser Länder vorgenommen und die Schlußfolgerungen, die sie für ihre Perspektive und die der jeweiligen Nation gezogen haben.

Die Dinge so betrachten, wie sie sind

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 11. Juli 1975, sagte der Vorsitzende der italienischen Kommunisten, Berlinguer, in Livorno:

„Wenn man die Dinge betrachtet, wie sie sind, sind zwei Tatsachen unbedingt anzuerkennen: Zunächst ist festzustellen, daß die Arbeiterbewegung in Westeuropa eine starke aufsteigende Kraft darstellt, sowohl wegen ihrer Breite als auch wegen ihres besonderen Kampfgeistes. Als zweite Tatsache ist festzuhalten, daß die Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes in Westeuropa nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von anderen Strömungen und Organisationen sozialistischer, sozialdemokratischer, trade-unionistischer, christlicher und katholischer Orientierung ausgeht. Um die Kraft einer derart vielschichtigen und differenzierten Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes zu gewährleisten und in die Waagschale werfen zu können, ist es unerläßlich, die Unterschiede und die Übereinstimmungen zwischen ihren verschiedenen politischen und geistigen Ausdrucksformen zu suchen. Notwendig ist eine derartige Suche nicht nur, um den Erfolg der werktätigen Klassen und der Volksmassen im gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich sicherzustellen, sondern auch, um die Gesellschaftsordnung zu verwandeln, um die Gesellschaft von den sie zerreißenden Widersprüchen und den schrecklichen Gefahren zu befreien, die mit der den Kapitalismus erschütternden Krise untrennbar verbunden sind. Schließlich ist eine derartige Suche auch erforderlich, um den Aufbau von gerechteren, freieren und demokratischeren Gesellschaften unter tatkräftiger Mitarbeit und unter Leitung der neuen führenden Klassen in Gang zu setzen: der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten".

Gegen Opportunismus und gegen Sektierertum

Und an anderer Stelle sagt Berlinguer: „Diese Ziele bringen es jedoch zwangsläufig mit sich, daß die westliche Arbeiterbewegung sich auf bisher unerforschte Wege begeben und daß sie dies mit der ganzen gebotenen Unerschrockenheit tun muß, indem sie einerseits die opportunistischen Tendenzen überwindet, die die Arbeiterbewegung zur Unterordnung unter den Kapitalismus verurteilen, indem sie gleichzeitig aber auch jeglichen Dogmatismus und jegliches Sektierertum über-

windet, durch die die kampffreudigsten Avantgarden in die Isolierung und die gesamte Arbeiterbewegung in die Niederlage getrieben werden".

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Berlinguer sind die italienischen Sozialisten, die französischen Kommunisten und die französischen Sozialisten gekommen. Die Franzosen haben unter den besonderen Bedingungen ihres Landes, in dem der Katholizismus keine dominierende Rolle spielt, sondern inder das Kleinbürgertum, und die Mittelschichten aufgeklärter und liberaler sind als in den meisten europäischen Ländern, andere Schlüsse für ein breites progressives Volksbündnis gezogen als die Italiener. Schlägt die französische Linke das Bündnis der Volkseinheit vor das Sozialisten, Kommunisten, radikale Demokraten und aufgeklärte Liberale vereinigt, so die italienische Linke den „historischen Kompromiß" zwischen den kommunistischen, sozialistischen und katholischen Volksmassen.

Warum dieses Heft so und nicht anders

Als drittes Heft der aktuellen Reihe EXTRA DIENST EXTRA legen wir Materialien zu diesem Thema vor. Im Herbst werden wir in der gleichen Reihe das französische Modell vorstellen. Wir legten Wert darauf, im vorliegenden EXTRA EXTRA ausschließlich italienische Texte zu publizieren. Uns scheint, daß es darauf ankommt, wichtige Texte ungekürzt zu lesen um zu ermöglichen, in die Gedankenwelt des heutigen Italien einzudringen. Angesichts der Stärke der PCI und angesichts der überragenden Bedeutung, die die Vorschläge dieser Partei für das künftige Italien haben, erschien es uns logisch, Hauptgewicht auf Dokumente und Analysen der PCI und nicht anderer Parteien zu legen.

Zum ersten Titel

Das vorliegende Heft hat zwei Titel: HISTORISCHE WENDE IN ITALIEN heißt der erste. Das Fragezeichen fehlt. Wenn auch — zur Stunde der Drucklegung — noch keine neue italienische Regierung nach den Wahlen vom 20. und 21. Juni gebildet worden ist und eine sofortige Regierungsbildung unter Einschluß der PCI unwahrscheinlich ist: Nichts mehr wird in Italien sein wie bisher.

Manchmal stellt sich, angesichts des massiven neofaschistischen Terrors und angesichts provokatorischer Anschläge angeblich linker „Roter Brigaden" die Frage, ob sich in Italien nicht die Situation von 1922 wiederholen könnte, als die faschistischen Schwarzhemden zum Marsch nach Rom aufbrachen. Zwar ist die neofaschistische Partei derzeit schwach wie nie zuvor, aber ein Staatsstreich von Rechts, der Versuch, die demokratische Wende durch die Installation einer „Präsidentialdiktatur" zu verhindern, könnte drohen.

Enrico Berlinguer hat dazu — in einem Interview schon des Jahres 1971 — Einleuchtendes gesagt, das heute mehr denn je gelten dürfte:

„Der grundsätzliche Unterschied zu 1922 liegt darin, daß die faschistische Offensive damals durch ein Abebben, man kann sagen durch eine ziemlich schwere, geschichtlich bedeutsame Niederlage der Arbeiterbewegung an Kraft gewann und losbrach. Heute verzeichnen wir jedoch einen Gegenangriff der herrschenden Klasse im Rahmen eines Vormarsches der Massenbewegung."

Zum zweiten Titel

Die Wahlen in Italien haben gezeigt, daß die Volksmassen auf einen „starken Mann von Rechts" nicht setzen. Sie setzen auf Wiederherstellung von Ordnung und Moral durch die Linke.

Dieses Heft hat noch einen zweiten, italienischen Titel: EVVIVA COMUNISMO E LIBERTA. Die Zeile stammt aus dem Kampflied der italienischen Arbeiterbewegung „Bandiera Rossa", das als Lied von der blutroten Fahne auch in die deutsche Arbeiterbewegung übernommen worden ist. „Es lebe der Kommunismus und die Freiheit", heißt diese Zeile, und auch sie scheint uns kennzeichnend für die historische Wende, die sich in Italien anbahnt: Die Wiedervereinigung der humanistischen Ideale der Gerechtigkeit und der Freiheit.

MARINO FRESCHI
Die PCI, woher – wohin

Der Autor unseres Beitrages ist Professor am Istituto Orientale in Neapel. Er ist Mitglied der PCI und 34 Jahre alt. Seine Einführung in die „kommunistische und italienische Frage" schrieb er exklusiv für EXTRA EXTRA.

Presse und internationale öffentliche Meinung beschäftigen sich intensiv mit dem „Fall Italien", der durch die „kommunistische Frage" bestimmt ist. Wir möchten zu dieser Diskussion einen Beitrag liefern auch um gewisse Unklarheiten beseitigen zu helfen, die oft auf einem Mangel an direkten Kontakten beruhen. Mehr denn je spüren wir die Notwendigkeit, uns genauere Kenntnisse zu verschaffen, wir suchen einen Austausch von Ideen und Einschätzungen mit den Exponenten des politischen Lebens und der politischen Kämpfe besonders in Westeuropa.

Westeuropa ist von schweren sozialen und politischen Krisen betroffen, aber in ihm gibt es auch große Möglichkeiten der Entwicklung zu einer echten Verwirklichung von fortschrittlicher Demokratie, unter Mitwirkung aller wirklich fortschrittlichen demokratischen Kräfte, bei vollständiger Achtung ihrer jeweiligen Autonomie und ihrer Traditionen. Sicher ist die „kommunistische Frage" heute eine italienische Frage, aber gerade unser unverzichtbares Engagement in der Europäischen Gemeinschaft ist gegenwärtig einer der Aspekte und eine der Garantien für die Demokratie in Europa.

Zum genaueren Verständnis dieser Haltung ist es sinnvoll, den spezifischen Charakter der IKP darzustellen — ihre Politik, die in über fünzig Jahren oft dramatischer und härtester Kämpfe ausgearbeitet wurde, aus denen die IKP stets gestärkt und getragen von der Zustimmung der werktätigen Massen hervorging.

DIE GRÜNDUNG DER IKP

Die IKP wurde am 21. Januar 1921 in Livorno von der linken Minderheit der Sozialistischen Partei (PSI) gegründet. Die kommunistische Fraktion verließ den Parteitag der PSI, da es die Mehrheit letztlich abgelehnt hatte, der Dritten Internationale beizutreten und den rechten, reformistischen Flügel aus der Partei auszuschließen. Die Kritik der Kommunisten (insgesamt wenig mehr als 58.000) an der Sozialistischen Partei stimmte mit der der anderen Kommunistischen Parteien an der Sozialdemokratie überein: Es ging vor allem um die Ablehnung jener meachanistischen Auffassung der damaligen Sozialdemokraten vom „schicksalhaften Zusammenbruch des Kapitalismus" und der anschließenden automatischen Eroberung der Macht durch das Proletariat. Eine solche positivistische Konzeption, wie sie für die Parteien der Zweiten Internationale typisch war, konnte nicht die teifgreifende Restrukturierung des Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg erklären und ebensowenig solche gewaltigen Ereignisse wie die Oktoberrevolution.

Die Sozialistische Partei schwankte damals zwischen einer oftmals opportunistischen Praxis und einem maximalistischen Voluntarismus, was letztlich zu Konfusion und Erbitterung bei den Massen führte und das Kleinbürgertum unnötig verängstigte.

Die IKP spielte für die politische Sammlung der Avantgarde der Werktätigen eine wichtige Rolle. Ihr Hervorgehen aus einer Spaltung stellte jedoch eine schwere Belastung dar. So kam es, daß die neue Partei auf sektiererische Positionen überging, die abstrakt und eher moralisch als politisch waren angesichts des Kampfs gegen den Faschismus. Bald begann die Regierung Mussolini mit einer brutalen Unterdrückung der Opposition, die in der brutalen Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti gipfelte. Für die Kommunisten begann die harte Zeit des Kampfs im Untergrund, in der Illegalität und im Exil.

In ihren ersten Jahren wurde die IKP von Gramsci geleitet, einem sardischen Intellektuellen, der

aus einer wenig wohlhabenden Familie stammte und in Turin studiert hatte. In seiner Geschichte treffen sich die beiden Komponenten der italienischen Arbeiterbewegung: die süditalienische Komponente einer bäuerlichen Gesellschaft mit enger Bindung an die Tradition und die moderne von der Industrie geprägte Komponente der Arbeiterstadt Turin. Gramsci setzte sich theoretisch mit der „Süditalienfrage" und mit der „katholischen Frage" auseinander und gab damit die Richtung vor, in der sich die IKP entwickelte.

DIE SÜDITALIENFRAGE

Diese Frage stellt sich dar in der beängstigenden Zurückgebliebenheit, die noch immer für den Süden Italiens kennzeichnend ist. Süditalien wurde ökonomisch und kulturell von den erbarmungslosen Mechanismen der kapitalistischen Akkumulation ruiniert, die noch heute die Bourgeoisie Norditaliens begünstigen.

Die vorhandene schwache industrielle Struktur des Südens wurde im vorigen Jahrhundert zerstört. Zugleich begann die Entwertung auch der agrarischen Ressourcen Süditaliens. Es kam zu jenem tragischen Prozeß der Massenauswanderung der bäuerlichen Bevölkerung, der noch heute die Regionen des Südens ausblutet. Dieser Prozeß erreichte ein gewaltiges Ausmaß; ganze Landstriche, die in der Vergangenheit zu den glücklichsten und reichsten des Mittelmeerraums gehört hatten, wurden entvölkert. Die reaktionäre Revolte von Reggio Calabria 1970 und die derzeit 200.000 Arbeitslosen allein in Neapel sind beredte Zeugnisse für die Schwere und Dauerhaftigkeit der Krise.

Die massive politische Aktivität und die ständige Beschäftigung der IKP mit diesen Problemen zeigen, welche große Bedeutung unsere Partei der Süditalienfrage beimißt. Das Elend in Süditalien wurde gelegentlich von den Faschisten ausgenutzt, z.B. in Reggio Calabria. Auch das zeigt, daß die Lösung der „Süditalienfrage" nur in einer engen Verbindung der Arbeiterkämpfe in Norditalien mit dem Protest der Bauern Süditaliens zu finden ist. Nur eine gesamtstaatliche Investitionslenkung zugunsten der Industrialisierung Süditaliens und neue Finanzmittel für die Landwirtschaft ermöglichen wirklich eine Wende in Süditalien: eine Wende, für die seit Jahrzehnten die IKP, die Gewerkschaften und andere politische und kulturelle Kräfte in Italien gemeinsam kämpfen.



KALABRIEN 1947: Im Süden des Landes besetzen landlose Bauern und Landarbeiter die Felder von Großgrundbesitzern und fordern die Landreform. Bis heute weitgehend erfolglos gebliebene Forderung.

Abgesehen davon verteidigen nur die zurückgebliebensten Vertreter der Unternehmerschaft den gegenwärtigen Zustand, um im Süden eine bequeme Reservearmee von Arbeitskräften zu behalten, mit der man womöglich die Arbeiterkämpfe in Norditalien paralysieren könnte. Eine solche Perspektive entspricht jedoch nicht mehr der politischen Reife der Werktätigen Süditaliens, die immer deutlicher für die Politik wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umstrukturierung eintreten, wie sie von der IKP und den fortschrittlichen Kräften gefordert wird.

DIE „KATHOLISCHE FRAGE“

Das andere grundlegende Problem der italienischen Geschichte ist der Katholizismus, in seinen religiösen, politischen und staatlichen Aspekten. Die „katholische Frage“ ist im Zusammenhang zu sehen mit dem katholischen Selbstverständnis von Millionen von Werktätigen, vor allem in Süditalien, und in den vorwiegend agrarischen „weißen“ Gebieten des Nordens. Das Problem des Vatikans beeinflußt schwerwiegend das Verhältnis zwischen den Bürgern und dem Staat und beeinträchtigt die religiöse Neutralität der staatlichen Macht. Die IKP hat unter Verzicht auf alle polemischen Ausfälle stets ein Verhältnis zu den katholischen Massen gesucht, das bestimmt ist von Verständnis und Klassensolidarität. In dieser Suche nach dem Dialog findet sich das entscheidende Moment zum Verständnis der ganzen historischen und strategischen (nicht etwa taktischen) Tragweite unseres Vorschlags des „historischen Kompromisses“.

Der tiefe und echte Respekt der IKP vor dem katholischen Glauben von Millionen von Italienern hat sich in den harten gewerkschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre noch verstärkt, in denen die kommunistischen und sozialistischen zusammen mit den katholischen Werktätigen kämpften.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die IKP der Präsenz des Vatikanstaates in Italien. Wir fordern die vollständige Autonomie und absolute religiöse Neutralität des Staates. Gleichzeitig sind wir für die Garantie und die Unterstützung aller Aktivitäten des Vatikans, die dem Frieden und der Entwicklung der Dritten Welt dienen.

DER LAIZISTISCHE CHARAKTER DER IKP

Diese Haltung steht nicht im Gegensatz zur stetigen Verteidigung der religiösen Neutralität des Staates, wie sie sich etwa in der umfassenden Mobilisierung der Partei in der Kampagne zur Beibehaltung des Scheidungsgesetzes zeigte, dessen Abschaffung 1974 vergeblich von den „integralistischen“ Katholiken zusammen mit der faschistischen Rechten betrieben wurde. Während dieses Kampfes betonte einer der wichtigsten Führer der IKP, Giorgio Amendola, „den laizistischen Charakter unserer Partei als politisches Instrument zur Erreichung bestimmter Ziele der demokratischen und sozialistischen Transformation der Gesellschaft. Eine laizistische Konzeption des Staates und der Partei erkennt für jeden Bürger die Gewissensfreiheit an, also auch für den Aktivisten der IKP“. In ihrer Arbeit unter den Massen hat die IKP nicht nur gelernt, den Beitrag der Katholiken zu schätzen. Sie hat auch die Notwendigkeit verstanden, die Freiheit von Individuen und Gruppen, von Überzeugungen und Glaubensbekenntnissen zu garantieren. Der Generalsekretär der IKP, Enrico Berlinguer, sagte auf dem 14. Parteitag im März 1975 zu dieser ideologischen und politischen Grundauffassung unserer Partei, sie trete ein für „einen Staat, der sich nicht mit einer Partei oder mit einer bestimmten politischen und ideologischen Konzeption identifizieren kann und darf, der keinen religiösen Glauben, keine Kirche und keine weltanschauliche Richtung zum Nachteil von anderen privilegiert, sondern der die grundlegenden Bedingungen für die freie materielle, intellektuelle und moralische Entwicklung einer jeden Persönlichkeit und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, in denen sie ihren Ausdruck findet, sichert“.

UNSER EINTRETEN FÜR DIE EINHEIT

Unser Ziel einer religiös neutralen und nicht ideologisch geprägten Gesellschaft spiegelt die Lehren eines langen Kampfes gegen die faschistische Diktatur und später gegen die integralistische Haltung der Christdemokraten wieder. Dieser Kampf hatte wichtige Konsequenzen: Die Partei, ursprünglich eine im Untergrund arbeitende Kaderorganisation, die sich in ihrer ideologischen „Reinheit“ verschloß, wurde zur Führung eines großen Teils der werktätigen Massen. Sie ging aus

von den Bedürfnissen dieser Massen und von der fortschrittlichen und erneuernden Funktion der Arbeiterklasse für die neuere italienische Geschichte.

Diese enge Verbindung mit den Werktätigen betonte vor allem der 3. Parteitag der IKP (1926) in Lyon, auf dem die anfängliche sektiererische Isolation und die schematische Herangehensweise überwunden wurden. Diese Linie wurde bestätigt auf dem 7. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1936 und wurde in Spanien im ersten großen Konflikt mit dem Faschismus verwirklicht. Die definitive Überwindung der abstrakten und schematischen Haltung der Anfangsjahre brachte die Resistenza. Die IKP war die einzige Partei, die über eine effektive Organisation auf nationaler Ebene verfügte, die im Untergrundkampf aufgebaut worden war. Die Arbeiterklasse unterstützte den Kampf der IKP ebenso wie viele Bauern, Angestellte, Frauen und Intellektuelle. Von den 210 000 kommunistischen Partisanen fielen 42.000. Ein Zeugnis für den nationalen und im Volk verwurzelten Charakter der Partei.

DIE „NEUE PARTEI"

In der Resistenza verwirklichte sich der nationale, demokratische Charakter der IKP, den Gramsci als historische Bedingung für die politische und kulturelle Hegemonie der italienischen Kommunisten bezeichnet hatte. In diesem Zusammenhang entwickelte Togliatti den Begriff der „neuen Partei", als Partei der Massen und der Avantgardekämpfe. Kurz nach seiner Rückkehr nach Italien schrieb er in der Wochenzeitung der IKP „Rinascita" über dieses Ziel: „Wir müssen eine Partei schaffen, die in der Lage ist, die Arbeiter auf dem neuen Weg zu führen der vor uns liegt, und die — durch die notwendige Einheit der demokratischen Kräfte — eine entscheidende Funktion hat beim Aufbau einer demokratischen Ordnung, die allen Erwartungen des Volks entspricht". Der Faschismus hatte versucht, den Italienern die Existenz allgemeiner Interessen auszureden und sie durch die „korporative" Praxis, nur noch Forderungen für einzelne Branchen aufzustellen, zu betrügen: Diese Haltung ist im Bereich der öffentlichen Verwaltung immer noch sehr verbreitet. Die IKP widersetzte sich dem entschieden. Sie wurde zu einem zentralen Faktor für die politische und kulturelle Emanzipation des ganzen Volkes; sie handelte entsprechend der Theorie Gramscis als „kollektiver Intellektueller".

Diese Perspektive verband sich mit dem Interesse an der Fortentwicklung der Demokratie. Noch im Dezember 1963 bemerkte Togliatti mit großer Klarheit: „Die Partei arbeitet auf ideologischer und politischer Ebene in dieser Gesellschaft, um sie zu transformieren. Die Mitgliedschaft in der Partei und der Aufbau der Partei sind Akte der Befreiung. Die Arbeiter, die Werktätigen beginnen, wenn sie in die Partei eintreten und in ihren Reihen kämpfen, sich aus dem rein objektiven, individuellen und ökonomisch-natürlichen Bedingungen ihrer Existenz und ihres Lebens als Staatsbürger zu befreien. Ihre Arbeit wird Schöpfertum, Kultur, bewußter Aufbau einer neuen Welt".

DIE REGIERUNG DER NATIONALEN EINHEIT

Als Partei der Massen der Werktätigen und des Kampfes (auch des bewaffneten Kampfes, wie er gegen den Faschismus und die nazistischen Eindringlinge notwendig war) mußte die IKP positiv das Problem der Regierungsbeteiligung klären. Sie beteiligte sich von 1944 bis 1947 an den Koalitionsregierungen der nationalen Einheit, in denen alle Kräfte der antifaschistischen Bewegung vertreten waren. Die unmittelbare Beteiligung der IKP an der Regierung (die berühmte „Wende" von Salerno, wo damals die provisorische Regierung residierte) war einer der zentralen Momente der Erneuerung in der Geschichte Italiens in diesem Jahrhundert. Dieser Akt begeisterte und einigte die Volkskräfte der Resistenza, die noch in Norditalien gegen die Nazis und die Salo-Faschisten kämpften. Er rettete die Glaubwürdigkeit der gerade wiedererrichteten italienischen Demokratie und gab ihr mit der Unterstützung durch die Massen die notwendige politische Stabilität gegenüber dem britisch-amerikanischen Oberkommando, das sonst durch seine militärische Präsenz unmittelbar die befreiten Gebiete kontrolliert hätte, was eine schwerwiegende Bedrohung für die demokratische Entwicklung gewesen wäre. Schließlich ging die Partei bei der Regierungsbeteiligung realistischerweise davon aus, daß Krieg herrschte, der die Einheit aller entfaschistischen Kräfte erforderte, ebenso wie die ungeheuren Probleme des Wiederaufbaus des moralisch

und materiell zerstörten Landes. Auch konnte Togliatti auf das Verständnis und die breite Zustimmung der Massen rechnen, als er — wenige Stunden vor seiner Rückkehr nach Italien nach zwanzig Jahren des Exils und des Untergrundkampfes — erklärte: „Die Politik der italienischen Kommunisten ist eine Politik der nationalen Einheit im Kampf für die Befreiung und die Wieder-



LIVORNO 1921: Beim 17. Parteitag der PSI spaltet sich die Linke ab und gründet die Kommunistische Partei. Unser Foto zeigt Diskussionen vor dem Parteitagsgebäude während der Sezession.

geburt des Landes". Es war dem konkreten politischen Handeln der IKP zu verdanken, daß es den italienischen Werktätigen in wenigen Monaten gelang, die intellektuelle und politische Abstumpfung von über zwanzig Jahren stupider und anmaßender Tyrannei zu überwinden und eine demokratische Beteiligung zu entwickeln, voller Enthusiasmus und kulturellem Engagement.

DIE „PROGRESSIVE DEMOKRATIE" 1944—1947

Die Konzeption der „progressiven Demokratie", die die IKP in der Regierung vertrat, ging über die inzwischen inakzeptabel gewordenen Grenzen der präfaschistischen bürgerlichen Demokratie hinaus. Die neue „progressive Demokratie", für die die Partei eintrat, war natürlich nicht die sozialistische Gesellschaft, bedeutete aber in der Geschichte des Landes einen immensen qualitativen Sprung: die Aufforderung an die Volkskräfte, sich an der politischen und ökonomischen Leitung des Landes zu beteiligen. Dies bedeutete für die Partei eine ständige Diskussion, breiten Einfluß und eine enge Verbindung zu den Werktätigen. Hierzu forderte Togliatti, noch 1947, die ideologische Mobilisierung der ganzen Partei: „Wir müssen jene ideologischen, politischen und organisatorischen Fähigkeiten erwerben, die es uns ermöglichen, unseren Weg zu finden, jenen italienischen Weg, der uns von den Besonderheiten, den Traditionen und den Bedingungen unseres Landes diktiert wird — den Weg der Entwicklung der Demokratie und des Kampfes zur Verwirklichung der weitgehendsten demokratischen Reformen, des Kampfs für den Sozialismus". Die

Aufforderung, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, bezog sich nicht auf akademische Pflichtübungen. Es war vielmehr die politische Voraussetzung, um den Sinn der Erneuerung zu verstehen, die — während und nach der Resistenza — die IKP zusammen mit allen antifaschistischen Kräften verwirklichen wollte. Es ging darum, wie kürzlich Amendola sagte, jenen „reaktionären Unrat zu beseitigen, der sich im Lauf von Jahrhunderten in der italienischen Gesellschaft angesammelt hatte. Daher akzeptierten wir die Perspektive einer notwendigerweise langen Periode der demokratischen Transformation, die Perspektive eines demokratischen Wegs zum Sozialismus mit ökonomischen und politischen Reformen, aber auch einer kulturellen und moralischen Reform — einer nationalen Reform im Sinne Gramscis, um einen Italiener neuen Typs zu schaffen". Daher war die IKP stets darauf bedacht, gefährliche extremistische Abenteuer oder „die Flucht nach vorn" zu vermeiden. Ein Land, das in seiner (an kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen durchaus reichen) Geschichte keine wirkliche bürgerliche Revolution erlebt hat — vielmehr zeigte zumindest in diesem Jahrhundert die Bourgeoisie oft massive konterrevolutionäre Tendenzen —, mußte zuerst einen beträchtlichen politischen und gesellschaftlichen Rückstand aufholen. Daß die antifaschistische Revolution, verstanden als Revolution für die „progressive Demokratie", die enthusiastische Zustimmung der Massen gefunden hatte, zeigt nicht nur die Mitgliederzahl von 2,2 Millionen für die IKP 1947, sondern auch die Erbitterung, mit der zu Beginn des Kalten Krieges die Partei angegriffen wurde.

DER ANTIKOMMUNISTISCHE KREUZZUG (1948—1960)

Der gewaltsame Ausschluß der IKP aus der Regierung besiegelte das Bündnis zwischen den Spitzen der Bürokratie (denen es gelungen war, den vielleicht zu zögernden Prozeß der Säuberung des Staatsapparates in den Jahren der Befreiung zu überstehen) und der Führung der Christlichen Demokraten, die die beschränkten ständischen Tendenzen im Beamtentum förderten. Dieses Beamtentum verkörperte weiterhin die Arroganz des Autoritarismus und die unverschämteste (und straflose) Korruption, denen gegenüber die DC sich noch heute machtlos und sogar wohlwollend zeigt. Die Dynamik der tiefgreifenden demokratischen Erneuerung wurde durch das antikommunistische Diktat zerstört, das der christdemokratische Ministerpräsident De Gasperi von seiner Reise in die USA 1947 zurückbrachte. Inzwischen ist die zynische und skrupellose Einmischung der USA und der internationalen Hochfinanz zur Vertreibung der IKP aus der Regierungskoalition umfassend nachgewiesen worden. 1948 folgerte ein regelrechter antikommunistischer Kreuzzug, eine Hexenjagd, zu der die Munition von der CIA geliefert wurde. Die damalige schmutzige Verleumdungskampagne schreckte vor nichts zurück, man schuf künstlich die Furcht vor den „Roten". Auf diese Zeit geht die antikommunistische Psychose zurück, die lange das politische Verhalten von Millionen von Italienern bestimmte. Auf dieser absurden Diskriminierung der Kommunisten gründete sich die korrupte und arrogante Regierungspraxis der Christdemokraten, die kein Risiko fürchten mußten, nachdem jede mögliche „Alternative" zu ihrer Machtausübung eliminiert worden war. Auch die Spitzen der vatikanischen Hierarchie — damals unter Papst Pacelli — stürzten sich mit ihren gewaltigen Apparaten auf die Kommunisten, wobei sie die tiefen religiösen Gefühle von Millionen von Werktätigen und vor allem eines großen Teils der Frauen ausnutzten.

1948 begann eine düstere Periode des gesellschaftlichen Rückschritts und der Vergiftung des politischen Klimas in Italien, zusammen mit der Installierung eines autoritären christdemokratischen Regimes, das sich durch ein allgemein niedriges Niveau und eine unüberwindliche Anfälligkeit für Korruption und Vetternwirtschaft auszeichnete. So konnte die DC dem italienischen Kapitalismus eine lange Periode der Stabilität garantieren, die auf ideologischem und mitunter auch polizeilichem Terrorismus beruhte. In dieser Epoche restrukturierte sich die Industrie und gliederte sich in das US-System der internationalen Arbeitsteilung ein — mit allen Konsequenzen, die heute jeder in der strukturellen Krise der italienischen Wirtschaft beobachten kann. Das italienische „Wirtschaftswunder" beruhte auf der Niedrighaltung der Löhne und auf dem Fehlen jeglicher Reformen. So bezahlen wir heute für den Egoismus und die Kurzsichtigkeit von dreißig Jahren Willkür und Nachlässigkeit.

Aber die Vormachtstellung der DC beruhte auf soliden Garantien: auf der Hilfe der Amerikaner

und der Kirche, auf der Abspaltung des Flügels von der Sozialistischen Partei, die zur Gründung der rechten Sozialistisch-Demokratischen Partei (PSDI) führte, die sich wiederum durch einen betonten Antikommunismus und servile, subalterne Haltung gegenüber der DC und den US-Interessen auszeichnete. Auch spalteten sich in der Gewerkschaftsbewegung die christlichen Werktätigen von ihren sozialistischen und kommunistischen Kollegen durch die Gründung der CISL, zu der später noch als dritte Gewerkschaftsföderation die UIL kam, die ebenfalls antikommunistisch orientiert war und republikanische, sozialdemokratische und eine geringe Zahl von sozialistischen Werktätigen vereinte. In den letzten Jahren haben die Tendenzen zu einer Einheitsgewerkschaft wieder an Boden gewonnen, und es gibt bereits einige gemeinsame Organe.

Die IKP blieb in jenen Jahren — zusammen mit der PSI, mit der sie durch einen Aktionseinheitspakt verbunden war — die einzige organisierte Kraft mit Massencharakter, die in der Lage war, der Anmaßung der christdemokratischen Restauration gegenüberzutreten und ihren antidemokratischen und repressiven Manövern. 1953 siegte die IKP mit den Massen über das sogenannte Betrugsgesetz, das in den Wahlen einer antikommunistischen Mehrheit eine beträchtliche, völlig ungerechtfertigte „Prämie" (in zusätzlichen Mandaten) gegeben hätte. 1960 folgten die Werktätigen einheitlich und mit großem Mut dem Appell zur Verteidigung der demokratischen Ordnung, die durch die — von der neofaschistischen Partei(MSI) unterstützte — Regierung des Christdemokraten Tambroni bedroht war. Es kam zu unwürdigen Prozessen gegen kommunistische Partisanen, während alle Ansätze zu einer Entfaschisierung des Staates verwässert wurden. Der antikommunistischen Grundhaltung der Democrazia Cristiana entsprach auch der Eintritt Italiens in die NATO und der daraus folgende Verzicht auf jegliche selbständige Initiative in der Außenpolitik.

Die sehr positive Einstellung der IKP zu den Ländern Osteuropas war gewiß eine schwere Belastung für eine effektive Überwindung der ideologischen Barrieren. Erst mit dem 20. Parteitag der KPdSU und nach den Ereignissen in Ungarn wurde in der IKP immer deutlicher die Notwendig-



28. OKTOBER 1922: Der Marsch der faschistischen „Schwarzhemden" auf Rom. Der König betraut Mussolini mit der Regierungsbildung, obwohl die faschistische Partei nur 7% der Sitze in der Kammer innehat.

keit einer kritischen Betrachtung des Sowjetstaates und der großen Irrtümer des Stalinismus formuliert. Es war Togliatti, der in einem berühmten Interview mit der Zeitschrift „Nuovi Argomenti" 1956 bemerkte, daß „aus der Kritik an Stalin sich ein generelles Problem für die ganze Bewegung ergibt — das Problem der Gefahr einer bürokratischen Degeneration, einer Unterdrückung des demokratischen Lebens". Er griff das Thema des italienischen Wegs zum Sozialismus auf: „Wir müssen unsere Methode und unseren Weg selbst ausarbeiten, damit wir nicht den Gefahren der Stagnation und der Bürokratisierung verfallen, damit wir zugleich das Problem der Freiheiten für die werktätigen Massen und das der sozialen Gerechtigkeit lösen können". Indem sie die spe-



ROM, 26. APRIL 1945: Nach der Befreiung vom Faschismus werden Mussolini-Büsten gestürzt und zerstört.

zifischen Charakteristika und die historischen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und den verschiedenen historisch-geografischen Zonen analysierte, gelangte die IKP zu ihrer Konzeption eines nationalen Wegs zum Sozialismus, dessen Präzisierung Togliatti noch die letzten Stunden seines Lebens widmete, als er das „Memorandum von Jalta" schrieb, das als sein politisches Testament angesehen wird (1964).

VOM CENTRO-SINISTRA BIS 1966

Anfang der sechziger Jahre gelang es der herrschenden Klasse nicht mehr, die politische und ökonomische Situation unter Kontrolle zu halten. So griff sie mit Erfolg auf die PSI zurück. Sie bezog sie in die neue Regierungsformel des centro-sinistra („Mitte-Links") ein und lockte sie durch das Versprechen radikaler Reformen, die freilich größtenteils auf dem Papier stehen blieben. Wenn einige verwirklicht wurden, dann auch wegen der Unterstützung durch die IKP im Parlament und in der Öffentlichkeit. Die IKP machte sich die neue Situation zunutze, die mit der Absicht geschaffen worden war, sie politisch zu isolieren und sie in eine aussichtslose Position der Polemik und der Defensive zu drängen. Man versuchte, den einheitlichen Willen der Partei zu zerbrechen. Es geschah jedoch das Gegenteil. Die Wiedervereinigung von PSI und PSDI nahm ein jämmerliches Ende. Die Basis der PSI rebellierte und lehnte die Vereinigung völlig ab. So kam es

1969 zur Schlußkrise des Pseudo-Reformismus des centro-sinistra. Die IKP setzte sich hart mit derDC und ihrer Politik auseinander, die die Bedürfnisse der Massen ignorierte. Zugleich suchte die IKP geduldig neue Lösungen für die Krise Italiens, durch eine konstruktive demokratische Opposition und durch Konvergenzen bei konkreten Problemen — so etwa bei fortschrittlichen Errungenschaften wie dem „Statut der Werktätigen" oder der Institutionalisierung der Regionen. Die Schaffung der Regionen war ein entscheidender Schlag gegen die autoritäre Struktur des zentralisierten Staates.. Sie brachten die öffentlichen Angelegenheiten dem Bürger näher und belebten sein staatsbürgerliches und demokratisches Interesse neu.

Die demokratischen Fortschritte, die sich aus dem anhaltenden Kampf der IKP ergaben, fielen zusammen mit der Verschlimmerung der Krise des kapitalistischen Systems. Die Grundlagen dieses Systems wurden von breiten Massen von Werktätigen und Jugendlichen in Frage gestellt. Von Bedeutung war die Entdeckung eines grausamen und arroganten Amerika. Die „Vietnam-Generation" brachte der IKP einen massenhaften Zustrom von Jugendlichen. Sie waren auch Auslöser der Studentenbewegung von 1968. Die IKP setzte sich umfassend mit den Forderungen der Jugendlichen nach Erneuerung und größerer politischer Beteiligung auseinander. Die Protestbewegung griff 1969 auf die Arbeiterklasse über, die der einheitsfeindlichen Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung müde geworden war, da sie die Arbeiterbewegung in den Tarifkämpfen schwächte. In den Kämpfen der Arbeiter für die Erneuerung der Tarifverträge kam ein mächtiger Wille zur Einheit zum Ausdruck, der die Gewerkschaftsstrategie definitiv veränderte: Die Gewerkschaften gingen in ihren Kämpfen über die Forderung nach Lohnerhöhungen hinaus. Sie forderten Beteiligung an der Investitionsplanung und wandten sich gegen die ausschließliche Aktivität des Staates im Kapitalinteresse.

DIE STRATEGIE DER SPANNUNG

Im „heißen Herbst" 1969 forderten die Werktätigen die Unternehmer durch ihre politische Präsenz in den Betrieben heraus. Die Kämpfe beseitigten für immer die ideologischen Barrieren innerhalb der Arbeiterklasse und setzten einen schrittweisen, unumkehrbaren Prozeß der Einigung der Gewerkschaftsbewegung in Gang, wie er von der IKP befürwortet wurde.

Die Erfolge der Werktätigen schreckten die reaktionären Kreise Italiens und des Auslands auf. Sie eskalierten ab Dezember 1969 ihre brutale Strategie der Spannung. Damals explodierte in einer Mailänder Bank eine Bombe, die sechzehn Menschen tötete. Während die Polizei unter Vorwänden Anarchisten verhaftete, die mit dem Attentat nichts zu tun hatten und während man eine massive antikommunistische Propagandakampagne entfesselte, protestierten die Werktätigen von Mailand geschlossen gegen die Reaktion und vermittelten so dem Land einen klaren Eindruck von der Stärke und der politischen Reife der Arbeiterbewegung. Die „schwarze Spur" jener faschistischen Attentate liegt bis heute (und vielleicht für immer) im Dunkel. Die Wahrheit, die sich allmählich abzeichnet, entlarvt den erschreckenden Zynismus, mit dem bestimmte Kreise die öffentliche Meinung terrorisierten, indem sie Panik und eine Psychose vor der „roten" Subversion hervorriefen. Inzwischen zeichnet sich auch die Verantwortlichkeit des italienischen und des griechischen Geheimdienstes (aus der Zeit des Obristen-Regimes) ab, die die freiheitlichen demokratischen Institutionen bekämpften. Sie planten wie schon 1964 den Staatsstreich, wobei sie auf das Wohlwollen hoher Persönlichkeiten des Staates rechneten, die ihnen Sicherheit vor Strafverfolgung boten und zum Teil noch bieten. Die IKP trat stets entschlossen für die einheitliche Aktion zur Verteidigung der Demokratie ein, ohne je in leichtfertige Panikmache und ungerechtfertigte Verallgemeinerungen zu verfallen. Die IKP forderte unermüdlich, diese Kette von Verbrechen aufzuklären. Die Kraft der Partei war ein fester Bezugspunkt für alle Demokraten, die die Bedeutung des Kampfs der Kommunisten für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung anerkannten. Die IKP, und mit ihr die demokratischen Institutionen, hielten Stand, wobei die Regionalwahlen von 1970 von Bedeutung waren. Durch den Einsatz der IKP wurde jeder frontale Angriff auf die Sicherheit des Staates vereitelt.

VON DER CSSR ZU CHILE: DER „HISTORISCHE KOMPROMISS"

Die entschlossene demokratische Haltung der IKP fand ihre historische Bestätigung in der voll-

ständigen (und einstimmigen) Verurteilung des bewaffneten Einmarschs der Warschauer Pakt-Staaten (außer Rumänien) in die Tschechoslowakei des Genossen Dubcek, der gegen tausend Schwierigkeiten versuchte, den historischen Rückstand bei der Verwirklichung der demokratischen Freiheiten aufzuholen. Die Haltung der IKP im August 1968 hatte nichts überraschendes. Sie war logische Konsequenz einer tiefschürfenden ideologischen und politischen Diskussion, die die IKP in ihren Reihen seit langem gefördert hatte. Ihre demokratische Perspektive war von Gramsci formuliert und in der allmählichen und mühsamen ideologischen Arbeit während des antifaschistischen Kampfes präzisiert worden. Diese Perspektive lag auch der historischen Aufgabe zugrunde, einen „italienischen Weg zum Sozialismus in der Demokratie" zu entwickeln. Die kritische Auseinandersetzung mit den anderen kommunistischen Parteien hat daher für uns eine besondere Bedeutung. Die Stellungnahmen der IKP von 1968 tragen historischen Charakter. Die autonome Ausarbeitung ihrer Strategie hatte der IKP schon vorher eine besondere Stellung in der internationalen kommunistischen Bewegung gegeben. Die IKP hat trotz ihrer offenen und massiven Polemik mit den kommunistischen Parteien Albaniens und Chinas sich immer geweigert, Exkommunikationen zu verhängen. Sie trat ein für die vollständige Autonomie und Selbstverantwortung jeder Partei hinsichtlich der nationalen Besonderheiten und der unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Auf dieser Basis ist die IKP bestrebt, ihre solidarischen und brüderlichen Bande zu allen kommunistischen und Arbeiterparteien, zu allen Befreiungsbewegungen und demokratischen Kräften zu festigen. Die IKP betont auch hiermit ihre laizistische, tolerante und mit dem Volk verbundene Position in der Zurückweisung jedes Schematismus, sektiererischer Abkapselung, aller „theologischen" Vorurteile und des Dogmatismus. Als marxistische Bewegung fördert die IKP in ihren Reihen die freie Diskussion und die offene und umfassende Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen. Gleichzeitig erkennt die Partei die historische Leistung der kommunistischen, sozailistischen und sozialdemokratischen Parteien und der Befreiungsbewegungen für die Sache der Emanzipation der arbeitenden Klassen an. Die verbrecherische faschistische Unterdrückung in Chile sieht die IKP solidarisch an der Seite der antifaschistischen Kräfte, der Unidad Popular.

Das chilenische Drama hat uns eine wertvolle Lehre erteilt. Ausgehend von der Analyse der chilenischen Ereignisse schlug Berlinguer die Strategie des historischen Kompromisses vor. Dieser besteht in der Aufforderung an alle demokratischen und Volkskräfte, zum endgültigen Sieg des Antifaschismus und der Freiheit in Italien beizutragen. Dieses Bündnis wird gerechtfertigt, wenn man die Ereignisse in Chile betrachtet. Der Regierung der Unidad Popular, isoliert und in der Minderheit, gelang es nicht, alle antifaschistischen Parteien in einer Koalition der nationalen Einheit gegen den Imperialismus zu vereinen. Die chilenischen Christdemokraten entzogen sich so ihrer historischen Verantwortung gegenüber der Nation und der internationalen öffentlichen Meinung.

Die IKP ist sich über die gefährliche Rückständigkeit, die politische Zweideutigkeit und die „integralistischen" Tendenzen in der DC durchaus im klaren. Dennoch haben die italienischen Kommunisten angesichts der Schwere der Krise die Bildung einer Notstandsregierung zur Rettung und zur Wiedergeburt Italiens vorgeschlagen: eine Regierung, die sich auf die politischen Kräfte stützt, die vor dreißig Jahren den Verfassungspakt trugen, eine Regierung, die an diefortschrittlichen und demokratischen Ideale der Resistenza anzuknüpfen weiß. Die IKP vergißt nicht den gemeinsamen antifaschistischen Kampf, in dem viele Katholiken an der Seite kommunistischer und sozialistischer Partisanen kämpften, und auch nicht die Tatsache, daß zu den Anhängern der DC Millionen von Werktätigen gehören, die sich in dieser Partei wiedererkennen. Diese proletarische und Massenbasis wurde durch einen leichtfertigen antikommunistischen Kreuzzug getäuscht. Letztlich hat sie aber auch grundlegende Entscheidungen veranlaßt. In der Verteidigung der demokratischen Institutionen waren alle Werktätigen einig und solidarisch. Italien braucht dringend Frieden, Ordnung und Stabilität in seinen Institutionen und seiner Politik und Sicherungen gegen die Arbeitslosigkeit. Italien muß zu großen Opfern bereit sein. Vergeudung und soziale Ungerechtigkeit müssen an ihren Wurzeln getroffen werden. Vieles muß gerettet werden: unsere Industrie und der Reichtum der Landwirtschaft, das gewaltige Erbe an kulturellen Gütern, das einzigartig in der Welt ist, es geht um die neue Organisation des Gesundheitswesens und des Bildungswesens, um Investitionen in Süditalien und um einen neuen Anfang in der wirtschaftlichen und

nuklearen Forschung. Dies läßt sich nur erreichen durch die Einheit aller Kräfte der Produktion und der Kultur, aller demokratischen Kräfte des Landes.

Man muß schnell und ohne Zögern strukturelle Reformen verwirklichen, um das gegenwärtige mangelhafte Entwicklungsmodell zu verändern, das auf der Ausbeutung aller menschlichen, natürlichen und kulturellen Ressourcen beruht, auf der straflosen Korruption und auf der leichtfertigen und chaotischen Vergeudung der verbleibenden Reichtümer und Energien.

Die gegenwärtige Arroganz und Überheblichkeit einiger christdemokratischer Führer ist kennzeichnend für die Distanz zwischen dieser Partei und dem Staat. Die IKP verdankt ihre führende Rolle nicht nur ihren Erfolgen in den Wahlen. Die IKP ist in der Lage, sich adäquat und positiv mit den Problemen Italiens und Europas auseinanderzusetzen — durch ihre Bindung an die tiefsten nationalen Traditionen und die Erwartungen der Massen kann die IKP im gramscischen Sinne sich einem „gewissen Gleichgewicht des Kompromisses" nähern. Nur unsere Partei hat die moralische Autorität, von der arbeitenden Klasse im allgemeinen Interesse der gesamten Nation jene „Opfer ökonomisch-ständischer Art" zu fordern, die heute notwendig für die demokratische Wiedergeburt Italiens notwendig sind. Die IKP ist sich bewußt, daß eine solche Politik den massiven Widerstand der privilegierten Gruppen hervorrufen würde, die erbittert darauf bedacht sind, alle ihre ungerechten Privilegien zu behalten. „Gerade um", bemerkte Berlinguer, „mit dem Risiko einer solchen Opposition fertig zu werden, und gleichzeitig die demokratischen Garantien beizubehalten und die volle Achtung aller verfassungsmäßigen Freiheiten zu sichern, wäre die Regierungsmehrheit auf die breiteste Zustimmung der Massen angewiesen, auf die umfassendste Beteiligung und die Initiative der Werktätigen — in einem engen Vertrauensverhältnis zwischen der politischen Führung des Landes und dem Volk, in allen seinen gesellschaftlichen, politischen und ideellen Ausdrucksformen".

DIE MASSENORGANISATIONEN UND DIE „BETEILIGUNG"

Die IKP hat also Vorschläge ausgearbeitet, die der gegenwärtigen Notstandssituation und der Schwere der wirtschaftlichen und politischen Krise angemessen sind, die Italien durchmacht. Diese Vorschläge sind zu verstehen als ein erstes Moment des Wegs zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der Demokratie. Die produktiven Ressourcen müssen neu eingesetzt, die Einkommen müssen gleicher verteilt werden und dieser Entwicklungsprozeß muß sich mit der intensiven Beteiligung der Massen bei allen denkbaren Gelegenheiten vollziehen. Dies entspricht einer vorrangigen Erwartung der Massen — die politische Aktivierung, die Wiedererringung der Verantwortung des Menschen als historisches Subjekt. Die schon existierenden Formen dieser „Beteiligung" sind sehr unterschiedlich. Einige haben spontanen Charakter, so die Stadtteilkomitees, für die die IKP die Übertragung von immer mehr Macht und Funktionen fordert, oder die Basiskomitees in Schulen und Fabriken. Andere sind bereits institutionalisiert: von den Regionen und Kommunen bis zu den Verbänden, die Kommunen mit ähnlichen Problemen vereinen. Ferner seien genannt: die Zusammenschlüsse von Kommunen aus dem Bergland, die unterentwickelt und aufgrund der Emigration entvölkert sind, sowie die Schulräte — demokratische Organe für die Erneuerung der Schule, die sich aus Delegierten von Eltern, Schülern und Lehrern zusammensetzen. Erinnern wir noch an die mächtigen Massenorganisationen, die von Mitgliedern der IKP und anderer demokratischer Kräfte getragen werden:

- der Gewerkschaftsbund CGIL, die größte Organisation der italienischen Werktätigen
- die ‚Alleanza Contadina' (Bauernverband), die sich inzwischen zur größten Organisation der in der Landwirtschaft Tätigen entwickelt hat
- der Frauenverband UDI, der den schwierigen Kampf für die Legalisierung der Abtreibung und einen wirksamen Schutz der Mutterschaft führt
- der Genossenschaftsverband LNCM, der inzwischen internationale Bedeutung gewonnen hat
- die „Mietergewerkschaft" SUNIA
- der Handwerkerverband UPRA.

Besonders sei noch hingewiesen auf die „Arbeitslosengewerkschaft", die im letzten Jahr in Neapel entstand und die es inzwischen auch in andern Städten gibt. Sie kämpft gegen die traditionel-

le Ausnutzung des Elends durch die Faschisten und gegen das System der Abhängikeit der Armen von wirtschaftlich und politisch Mächtigen. Ferner gibt es die ARCI, die versucht, den Werktätigen Alternativen zur Freizeitindustrie zu bieten, und die Sportorganisation UISP.



DIE GEWERKSCHAFTS-EINHEIT soll bis 1977 verwirklicht werden. Die Aktionseinheit ist bereits Realität Die Sekretäre der drei Gewerkschaftsverbände bei einer gemeinsamen Beratung (von links): Raffaele Vanni (UIL), Bruno Storti (CISL) und Luciano Lama (CGIL).

Neben diesen Massenorganisationen arbeitet die IKP mit über 11.000 Sektionen in Italien und im Ausland, mit Parteischulen, kulturellen Zentren (Istituto Gramsci), mit Diskussionen und Begegnungen, die für alle Werktätigen offen sind, mit Buchhandlungen in den großen Städten und mit einem Verlag (Editori Riuniti), der zu den bedeutendsten in Italien gehört. Bemerkenswert ist der Einfluß der kommunistischen Presse. Die Partei verfügt über eine Tageszeitung mit großer Auflage, die „l'Unita" — sie hat die größte Sonntagsauflage aller italienischen Zeitungen. Außer zahlreichen lokalen Publikationen gibt die IKP sieben in ganz Italien vertriebene Zeitschriften heraus:

— Critica Marxista (Marxistische Kritik) für theoretische Probleme
— Politica ed Economia (Politik und Wirtschaft) für Wirtschaftspolitik
— Riforma della Scuola (Schulreform) für didaktische und pädagogische Fragen
— Studi Storici (Historische Studien) für Fragen der marxistischen Geschichtsschreibung
— Democrazia e Diritto (Demokratie und Recht) für die Erneuerung von Theorie und Praxis der Justiz in Italien
— Donne e Politica (Frauen und Politik) für die Bestätigung der neuen gleichberechtigten Rolle der italienischen Frau, die nach der jahrhundertelangen Erniedrigung durch ein autoritäres System und eine bigotte Ideologie wieder eine politische Aufgabe übernimmt — die Zeiten des „Mammismo" sind vorbei.

ITALIEN MIT DEN KOMMUNISTEN

Die Beziehungen der IKP zu den Massen sind eine feste Garantie für die schöpferisch zu verwirklichende sozialistische Perspektive. Das Ziel ist, wie Genosse Longo sagte, „eine sozialistische Ge-

sellschaft, die eine pluralistische Gesellschaft mit vielen Formen demokratischer Artikulation ist, die auf der Zustimmung des Volkes beruht, auf der unmittelbaren und aktiven Beteiligung der Massen, auf dem laizistischen, nicht ideologischen Charakter des Staates". Die IKP hat sich in diesem Sinne immer deutlicher für die Akzeptierung der historischen Strukturen der Demokratie ausgesprochen — für die Repräsentativität der parlamentarischen Demokratie, den Parteienpluralismus, den Wechsel von Mehrheit und Minderheit und für die Transparenz der staatlichen Aktivität. Die von der IKP für Italien vorgeschlagene Demokratie existiert also noch nicht. Man denke nur an die Arroganz, mit der die DC den Staat steuert. Mit Willkür, Überheblichkeit und dem fast metaphysischen Glauben, daß ihr nichts geschehen könne, lehnt sie jede demokratische Kontrolle ab. Aber — um einen Ausdruck des vor einigen Jahren gestorbenen kommunistischen Gewerkschaftsführers Di Vittorio zu gebrauchen — das „Bedürfnis nach Freiheit" der Massen ist nicht mehr einzudämmen. Die IKP hat die „moralische Frage" hinsichtlich der staatlichen Aktivität aufgeworfen. Sie hat in den „roten" Regionen (Emilia, Toscana, Umrien und seit letztem Jahr auch Ligurien, Piemont und Latium) Beispiele einer demokratischen Regierungspraxis gegeben, die internationale Wertschätzung gefunden haben.

Durch das Handeln der IKP werden auch psychologische Strukturen in den Massen verändert. So hat die Partei neue Volksfeste geschaffen, die Feste der „l'Unita", die es jeden Sommer in den Stadtteilen, in allen Städten, Provinzen und Regionen gibt. Den Abschluß bildet ein großes nationales Volksfest, wo sich Millionen von Italienern treffen. Die IKP wußte hier einen fruchtbaren Kontakt zu den Massen herzustellen, sie kann sich auf sie verlassen, wann immer eine sofortige Aktion notwendig wird — während die DC heute nicht einmal mehr die Achtung ihrer eigenen Wähler hat. Die IKP sucht stets die Verbindung zwischen der konkreten unmittelbaren politischen Aktion und der sozialistischen Perspektive. Dabei gibt es Schwierigkeiten, die durch perspektivische Begrenztheit gewisser sozialdemokratischer Parteien in Europa und außerparlamentarischer linker Gruppen entstehen. Diese Verbindung von konkretem politischem Anspruch für die Gegenwart und der Notwendigkeit, den Kampf für die allgemeine Emanzipation der Werktätigen zu führen, stellt die historische Besonderheit der Partei dar, die gerade deshalb zur größten kommunistischen Partei des Westens geworden ist. Die schwere Krise Italiens läßt sich nicht mit einer Politik des kurzen Atems lösen, sondern nur durch die Realisierung qualitativer Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur des Landes. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der internationalen Position Italiens. Dabei sind die Hauptpunkte das internationalistische Engagement, der Kampf für die friedliche Koexistenz und die „Entscheidung für Europa".

INTERNATIONALISMUS UND FRIEDLICHE KOEXISTENZ

Die Haltung der IKP zu internationalen Fragen war stets bestimmt durch das eindeutige Eintreten für die Demokratie und für die Freiheit der Individuen, der Gruppen, Völker und Nationen. Die Partei hat stets alle Befreiungsbewegungen unterstützt und alle Kräfte, die für die Emanzipation der Werktätigen und für eine wirkliche Demokratie kämpfen. Dazu gehören alle demokratischen Bewegungen, auch nichtkommunistische, die sich das Ziel setzen, durch Frieden und Fortschritt die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Wir haben bereits die massive Mobilisierung der gesamten Partei für Vietnam und für den Kampf gegen Kolonialismus und Faschismus erwähnt. Für die Partei stellt sich heute besonders dringend das Problem der Dritten Welt, um die Politik der Ausbeutung der unterentwickelten Länder zu beenden. Das Problem besteht letztlich in der Unterwürfigkeit der westeuropäischen Regierungen (und der der USA) gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Interessen der multinationalen Konzerne. Die westeuropäischen Regierungen müssen den Mut haben, mit dieser Unterwürfigkeit Schluß zu machen, um auf globaler Ebene neue gleichberechtigte Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt herzustellen, d.h. nicht bei eng begrenzten und technisch beschränkten Abkommen stehenzubleiben. Eine solche autonome Haltung der EG-Länder entspräche sowohl den legitimen Interessen Europas als auch der Festigung des Friedens. Eine neue Wirtschaftspolitik gegenüber den unterentwickelten Ländern ist nicht nur notwendig für einen echten wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch zur Sicherung der Entspannung, der friedlichen Koexistenz — mit der Perspektive einer schrittweisen und paritätischen Abrüstung und einer politischen und kulturellen Annäherung der beiden Blöcke unter absoluter

Achtung der jeweiligen politischen Autonomie. Der Friede bleibt für die IKP die Hauptfrage, auf die sich die Aktivität der ganzen Partei richtet.

DIE NATO-FRAGE

Angesichts des vorrangigen Zieles, den Frieden zu verteidigen, hat sich die IKP eindeutig entschieden, in der NATO zu bleiben und im Falle ihrer Regierungsbeteiligung alle von Italien übernommenen internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Die IKP ist der Auffassung, daß man nicht willkürlich das prekäre und zerbrechliche internationale Gleichgewicht verändern kann. Die Konfrontation der Blöcke läßt sich nicht durch einseitiges Handeln überwinden, das zu unvorhersehbaren internationalen Erschütterungen führen könnte. Sie kann nur durch den Konsens aller beteiligten Nationen beseitigt werden. Die IKP erkennt die Zugehörigkeit Italiens zur westlichen Welt, zur NATO sowie zur Europäischen Gemeinschaft an. Sie unterstützt Initiativen wie die Ostpolitik der BRD. In der Rede Berlinguers vor dem ZK am 12. Mai 76 wurde diese Position klar formuliert: „Es ist nicht Bestandteil unserer Politik, unserer Ziele, das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Blöcken ändern zu wollen. Wir wollen nicht, daß Italien einseitig aus der NATO austritt, wollen nicht die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und den USA stören. Auch liegt es uns fern, die Beteiligung Italiens am Prozeß der Einigung der Europäischen Gemeinschaft auf demokratischer Grundlage zu verhindern".

Die Zustimmung der IKP zur NATO hat nichts mit taktischen Erwägungen zu tun, aber auch nichts mit einer fatalistischen Auffassung, die die Welt auf ewig in entgegengesetzte Blöcke teilt. Die IKP geht von einer marxistischen Analyse der Geschichte aus und weiß, daß — um mit Togliati zu reden — „Politik machen heißt, handelnd die Welt zu verändern". Die künftige italienische Präsenz in der NATO wird sich von der gegenwärtigen sklavischen Akzeptierung einer subalternen und servilen Rolle unterscheiden. Die IKP ist sich im klaren, wie sehr die christdemokratischen Regierungen die Armee und Polizei der Italienischen Republik entwürdigt haben. Technische Modernisierung, neue Laufbahnordnungen und die Suche nach einer neuen Verbindung zum Volk sind die Ziele der IKP, um den bewaffneten Organen wieder eine effektive und demokratische Funktion zu geben. Pietro Ingrao sagte dazu: „Wir wollen in der NATO für eine Politik der Verteidigung und der Entspannung eintreten, für einen Dialog, der durch die abgewogene Verringerung der Militärausgaben schrittweise zur gleichzeitigen Auflösung der beiden Militärblöcke führt. Dafür fordern wir die Solidarität der anderen europäischen Länder. Ein Angriff auf die Selbstbestimmung und Autonomie Italiens wäre eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Autonomie des gesamten Kontinents".

DIE ENTSCHEIDUNG FÜR EUROPA

Schon seit Jahren arbeitet die IKP im Europäischen Parlament mit und widmet dem Prozeß der europäischen Einigung größte Aufmerksamkeit. Sie fördert bei ihren Mitgliedern ein lebhaftes politisches Engagement für Europa sowohl bei ihren Wählern wie Sympathisanten. Dagegen tun die Führer der DC alles, um Italien in eine Randposition zu drängen — durch ihre Opposition gegen jede strukturelle Reform, gegen jegliche Erneuerung und gegen eine vermehrte Effizienz der öffentlichen Verwaltung, die zu einem Dschungel von Parasiten geworden ist, in dem sich die verschiedenen Strömungen der Christdemokraten vergnügen. Europa soll auf ein modernes, effizientes und demokratisches Italien zählen können, und hierfür setzt sich die IKP aus dem Geist der Freundschaft zu den europäischen Werktätigen ein. Die Geschichte Europas verbindet sich immer enger mit der der IKP als einer modernen und demokratischen Kraft. Die IKP ist nicht von irgendwelchen „Modellen" oder Erfahrungen, die atypisch für Westeuropa sind, abhängig. Gewiß äußert sich die IKP im wesentlichen positiv über die historischen Veränderungen in Ländern wie der UdSSR und China, aber diese Freiheit des Urteils hängt auch ab von der Gewißheit, zu anderen politischen und kulturellen Traditionen zu gehören — denen Westeuropas. Wie in Italien hat die IKP auch in Westeuropa stets für die Einheit aller demokratischen Kräfte gearbeitet. Das Eintreten der IKP für diese Einheit hat bereits zu einer Reihe von Erfolgen geführt, zur Überwindung vieler Mißverständnisse und Verleumdungen. Das begeisternde Projekt eines Sozialismus in Frei-

heit ist der Appell, mit dem sich die IKP an die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte wendet. Es ist eine historische Herausforderung: vorschreiten zum Sozialismus in einer industriell und kulturell fortgeschrittenen Gesellschaft, zu einem Sozialismus, der ein Mehr an Freiheit in Wohlstand und Kultur bietet. Die IKP hat sich zusammen mit der Französischen KP und der Spaniens feierlich zu diesen Zielen bekannt. Das Programm der IKP zu den Wahlen war zu verstehen als Aufforderung an alle fortschrittlichen Kräfte Westeuropas, im Kampf gegen den Faschismus zusammenzuarbeiten, um überall die Demokratie zu garantieren. Dieser Kampf wird siegreich sein, wenn die Entscheidungen und die Überzeugungen eines jeden respektiert werden und zugleich die Einheit der fortschrittlichen Bewegungen — Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und linke Christen — verstärkt wird: Durch die Überwindung von Vorurteilen im gemeinsamen Kampf für die Emanzipation der Werktätigen.



NEIN zur Aufhebung der Scheidungsreform, die linke und laizistische Parteien im Parlament durchgesetzt haben. Christdemokraten und Neofaschisten erzwangen eine Volksabstimmung. Am 12. Mai 1974 erlitten sie eine vernichtende Niederlage. Fast 60 Prozent der Italiener lehnen das reaktionäre Referendum ab.



ENRICO BERLINGUER, Generalsekretär der PCI, und Luigi Longo, Präsident der Partei, auf einer Wahlkundgebung in Rom 1975.

ENRICO BERLINGUER
Der historische Kompromiss

Unmittelbar nach dem faschistischen Putsch in Chile im September 1973 schrieb Berlinguer in wenigen Tagen eine prinzipielle Analyse des Kampfes um gesellschaftliche Veränderungen in entwickelten und (teil)industriellen Ländern nieder.. Seine Vorschläge für einen historischen Kompromiß. In deutscher Sprache wurden die vollständigen Texte aus der theoretischen Zeitschrift der PCI, „Rinascita", bisher nur in Ostberlin vorgelegt. EXTRA EXTRA publiziert sie erstmals für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin im vollen Wortlaut.

IMPERIALISMUS UND KOEXISTENZ IM LICHTE DER VORGÄNGE IN CHILE

Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile (1)
28. September 1973

Die Ereignisse in Chile wurden und werden von Millionen Menschen aller Kontinente als Drama betrachtet. Es gab und gibt die Meinung, daß es sich um einen Vorfall von internationaler Tragweite handelt, der nicht nur Abscheu erweckt gegenüber den Verantwortlichen für den reaktionären Putsch und die Massenmorde, sondern auch Gefühle der Solidarität mit den Opfern und denen, die Widerstand leisten. Er wirft auch Fragen auf, die die Verfechter der Demokratie in allen Ländern bewegen und die zum Nachdenken anregen.

Es ist nicht zu verhehlen, daß der überaus schwere Schlag gegen die chilenische Demokratie, gegen die sozialen Errungenschaften und die Perspektiven des Vormarsches der Werktätigen dieses Landes auch einen Schlag gegen die Befreiungs- und Emanzipationsbewegung der Völker Lateinamerikas und die gesamte internationale demokratische und Arbeiterbewegung ist. Als solcher wird er auch in Italien von den Kommunisten, von den Sozialisten, von den werktätigen Massen sowie von allen Demokraten und Antifaschisten empfunden.

Aber wie auch bei anderen derartig dramatischen und schwerwiegenden Vorgängen, verfallen die Verfechter der Freiheit und des Sozialismus nicht in Niedergeschlagenheit oder in bloßen Abscheu und Zorn, sondern sie versuchen, Lehren daraus zu ziehen. In diesem Fall berührt die Lehre unmittelbar große Massen der Weltbevölkerung. Breite soziale Schichten, die noch nicht für unsere Auffassung über die gegenwärtigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen in der Welt gewonnen wurden, sind gehalten, einige wesentliche Merkmale der Wirklichkeit zu erkennen und zu begreifen. Das ist eine der unabdingbaren Voraussetzungen für eine breitere und machtvollere Teilnahme am Kampf für die Änderung dieses Zustands.

Gegen jede Illusion machen die Ereignisse in Chile vor allem noch stärker bewußt, daß das Wesen des Imperialismus und insbesondere des nordamerikanischen, nach wie vor in Gewalttätigkeit und politisch-ökonomischer Unterjochung, in Aggressions- und Eroberungsabsichten sowie in dem Bestreben besteht, die Völker zu unterdrücken und sie ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit immer dann zu berauben, wenn es die konkreten Umstände und das Kräfteverhältnis zulassen.

Zweitens offenbaren die Vorgänge in Chile eindrücklich, wer in den Ländern der sogenannten freien Welt die Feinde der Demokratie sind und wo sie stehen. Der Öffentlichkeit dieser Länder hat eine Propaganda jahre- und jahrzehntelang eingehämmert, die Gegner der Demokratie seien die Arbeiterbewegung, die Sozialisten und die Kommunisten. Heute hat sie einen weiteren eindeutigen Beweis dafür, daß die herrschenden bürgerlichen Klassen und die sie vertretenden oder ihnen dienenden Parteien bereit sind, alle Freiheiten zu zerstören und jedes staatsbürgerliche Recht so-

wie jedes menschliche Prinzip dann mit Füßen zu treten, wenn ihre eigenen Privilegien und ihre eigene Macht angetastet werden oder bedroht sind.

Die Aufgabe der Kommunisten und aller Kämpfer für die Sache des demokratischen Fortschritts und der Befreiung der Völker ist es, das Bewußtsein dieser Wahrheiten stärker zu nutzen, um die Aufmerksamkeit auf all jene Gefahren zu lenken, die vom Imperialismus und den herrschenden bürgerlichen Klassen für die Freiheit der Völker und die Unabhängigkeit der Nationen ausgehen. Zugleich geht es darum, bei immer breiteren Massen die demokratische und revolutionäre Verpflichtung zu entwickeln, für eine weitere Änderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und in jedem Land zugunsten der werktätigen Klassen, der nationalen Befreiungsbewegungen und des gesamten demokratischen und antiimperialistischen Lagers einzutreten. Die Ereignisse in Chile erfordern eine machtvolle und dauerhafte Solidaritätsbewegung mit diesem Volk. Darüber hinaus können und müssen sie noch umfassender das demokratische Gewissen wachrütteln und vor allem Aktionen für die Einbeziehung neuer Kräfte auslösen, die bereit sind, konkret gegen den Imperialismus und die Reaktion zu kämpfen.

Zu diesem Zweck müssen die Ereignisse unbedingt aufmerksam überdacht werden, um aus der politischen Tragödie in Chile nützliche Lehren für ein umfassenderes und tiefgründiges Urteil zu ziehen, das sowohl den internationalen Rahmen als auch die Strategie und Taktik der demokratischen und Arbeiterbewegung in einzelnen Ländern, darunter auch in Italien, betrifft.

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß sich die Präsenz und die Eingriffe des nordamerikanischen Imperialismus entscheidend auf die Vorgänge in Chile ausgewirkt haben. Das Volksgewissen hat das sofort bemerkt. Abgesehen von den recht aufschlußreichen Vorgängen der politischen und diplomatischen Chronik in den Tagen des Putsches und unmittelbar davor, steht fest, daß die nordamerikanischen Monopolgruppen, die mit dominierenden Positionen in der chilenischen Wirtschaft vertreten waren (Kupfer, ITT), und die führenden Kreise der USA-Administration seit dem Antritt der UP-Regierung systematische Aktionen auf allen Gebieten — vom Wirtschaftskrieg bis zur Subversion — unternommen haben, um das Scheitern und den Sturz der Regierung Allende herbeizuführen.

Diese und andere Formen der Einmischung der USA zum Schaden der nach Unabhängigkeit strebenden Völker und Nationen sind keine Ausnahme, sondern die Regel, besonders in Lateinamerika. Wer denkt nicht an die brutalen Interventionen in Guatemala, in der Dominikanischen Republik und in vielen anderen Staaten? Wer weiß nicht, daß das sozialistische Kuba jahrelang Machenschaften, Provokationen, den Wirtschaftsboykott und Angriffe auf sein Territorium abwehren mußte und immer wachsam sein muß, um selbst noch heute seine Unabhängigkeit zu wahren? Das konnte und kann es dank seiner Standhaftigkeit, seiner Geschlossenheit und dank der Solidarität und Unterstützung durch die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder.

Auch in anderen Gebieten der Welt — seien es die unterentwickelten Gebiete in Asien und Afrika oder seien es selbst die Länder des entwickelten Kapitalismus (von Japan bis Westeuropa) — zeigen sich weiterhin das Eindringen des amerikanischen Imperialismus und seine Versuche, auf jede mögliche Weise seine ökonomischen, politischen und strategischen Positionen aufrechtzuerhalten oder auszubauen.

Wie kann dieser Bestrebung des Imperialismus entgegengetreten und wie kann sie eingegrenzt und zurückgedrängt werden? Die einfachste Antwort ist auch die richtige: mit der fortschreitenden Änderung des Kräfteverhältnisses zu seinen Ungunsten und zugunsten der um ihre Befreiung kämpfenden Völker und aller für eine neue Ordnung der Welt und ein neues System der Beziehungen zwischen den Staaten eintretenden Länder. In genau diese Richtung verläuft der welthistorische Prozeß seit nahezu sechzig Jahren, seit die Oktoberrevolution im Jahre 1917 zum ersten Mal die Alleinherrschaft des Imperialismus und des Kapitalismus zerschlagen hat. Seit dieser Zeit und hauptsächlich nach dem Sieg über den Faschismus, nach dem Sieg der chinesischen Revolution und mit dem Zusammenbruch des alten englischen und französischen Kolonialsystems hat sich die Einflußsphäre des Imperialismus verengt. Nach dem Scheitern der wahnwitzigen und abenteuerlichen Politik, die auf die Beseitigung der nach dem zweiten Weltkrieg in Europa und in Asien entstandenen sozialistischen Ordnungen gerichtet war, sind die kapitalistischen Mächte und

selbst die USA nunmehr gezwungen einzusehen, daß die sozialistischen Ordnungen, wo immer sie bestehen, nicht angerührt werden können und daß man mit ihnen rechnen und verhandeln muß.

Andere, nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems entstandene Staaten konnten ihre Unabhängigkeit erringen und immer machtvoller verteidigen. Einige dieser Staaten zeigen die Tendenz, den Aufbau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Richtung des Sozialismus zu orientieren. In diesem Zusammenhang war und ist der Sieg des heldenhaften Volkes von Vietnam, das von den sozialistischen Ländern und von einer machtvollen internationalen Solidaritätsbewegung unterstützt wurde, über die amerikanische Aggression von außerordentlicher Tragweite. Dieser Sieg hat den imperialistischen Ansprüchen einen weiteren schweren Schlag versetzt und ist ein neuer, entscheidender Beitrag zur Änderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und zum Voranschreiten einer Politik der Entspannung und der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten.

Die USA sind heute ferner gezwungen, einen wachsenden Willen nach Selbständigkeit zur Kenntnis zu nehmen, der sich vorwiegend in den letzten Jahren in den westeuropäischen Ländern äußert.

So schwerwiegend schließlich auch der Schlag sein mag, der vom Sturz der Regierung der Unidad Popular in Chile ausgeht, die Aufstands- und Befreiungsbewegung, die eine nicht auszulöschende Realität in den Ländern Lateinamerikas bleibt, wird sich zweifelsohne auch weiterhin in den verschiedensten Formen äußern und den Weg finden, um sich auch mit Teilerfolgen der nordamerikanischen Herrschaft und den ihr dienenden einheimischen Cliquen zu widersetzen. Geht das nicht allein schon aus der Tatsache hervor, daß der militärische Staatsstreich im chilenischen Volk, bei anderen lateinamerikanischen Ländern und überall auf einen Widerstand, eine Verurteilung und eine Antwort stößt, wie sie bei anderen reaktionären Staatsstreichen nicht zu verzeichnen waren?

Die Anerkennung der grundlegenden Tendenz, die sich im welthistorischen Prozeß vollzieht und die letztlich zu einer fortschreitenden Einengung des Herrschaftsbereichs der imperialistischen Kräfte führt, hindert uns zweifelsohne nicht daran, auch das festzustellen, wofür gerade Chile in diesen Tagen eine neue, ernste Mahnung ist: Der internationale Imperialismus und die reaktionären Kräfte in vielen Ländern sind in der Lage, den Befreiungskampf der Völker einzudämmen und den Triebkräften dieses Kampfes in bestimmten Fällen bittere Niederlagen zuzufügen. Nur wenn man diesen Umstand berücksichtigt und in jedem Gebiet der Welt, in jedem Land und zu jedem Zeitpunkt die konkreten Formen erfaßt, in denen er sich äußert oder voraussichtlich äußern wird, kann man vermeiden, überrascht zu werden und Fehler zu begehen. Dann kann man sich in die Lage versetzen, schnelle revolutionäre und demokratische Aktionen zu organisieren und zu führen.

Manche haben sich gefragt, wieso in einer Phase der internationalen Entspannung und der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die immer schneller voranschreitet, derartig brutale Eingriffe des Imperialismus und der Reaktion wie in Chile weiterhin möglich sind. Aber wer hat je behauptet, internationale Entspannung und Koexistenz bedeuteten den Beginn eines Zeitalters der Ruhe, das Ende des Klassenkampfes auf internationaler und nationaler Ebene, von Konterrevolutionen und Revolutionen?

Die Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz ist vor allem der notwendigste Weg zur Gewährleistung des für die gesamte Menschheit und für jedes Volk lebenswichtigen Hauptziels: die Vermeidung eines Atom- und Kernwaffenkriegs, den Weltfrieden zu sichern und das Prinzip von Verhandlungen als dem einzigen Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durchzusetzen. Entspannung und Koexistenz umfassen Problemkreise, wie die Verminderung jedweder Rüstung sowie vielfältige und sich entwickelnde Formen der ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Sie sind daher einer der Wege, um mit vereinten Anstrengungen zur Lösung solch großer Probleme der Gegenwart, wie beispielsweise die Förderung unterentwickelter Gebiete, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung, gegen Armut und Volkskrankheit, beizutragen.

Entspannung und Koexistenz bedingen nicht von sich aus, sozusagen automatisch und in kurzer Zeit, die Überwindung der Aufteilung der Welt in Blöcke und Einflußsphären. Sie nehmen somit

den USA nicht die Möglichkeit, sich in den verschiedensten Formen, einschließlich der impertinentesten, in die Gebiete und Länder einzumischen, die sie für immer in ihrem direkten oder indirekten Herrschaftsbereich halten wollen.

Die Aufteilung der Welt in verschiedene Blöcke und Gebiete gab es bereits vor der Politik der Entspannung und Koexistenz. Sie ist das Ergebnis des gesamten Verlaufs des welthistorischen Prozesses seit der Oktoberrevolution, über den zweiten Weltkrieg bis zu den Ereignissen unterschiedlicher Art der letzten Jahrzehnte, die die gegenwärtige Verschiebung des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses bewirkt haben. Es darf auch nicht der negative Einfluß vergessen werden, den die Spaltungen zwischen den sozialistischen Ländern auf das internationale Leben ausüben, und deren ernsthafteste Form in den Gegensätzen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion besteht.

Die weitere Änderung des bestehenden Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Fortschritts hängt in erster Linie von der Kampfbereitschaft und Initiative des Proletariats, der Werktätigen, der Volksmassen und ihrer Organisationen in jedem einzelnen Land ab. Der Vormarsch der Entspannung und der Koexistenz ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die Überwindung der Aufteilung der Welt in Blöcke oder Einflußsphären zu begünstigen, um die Durchsetzung des Rechtes einer jeden Nation auf Unabhängigkeit zu erleichtern und um somit letztlich die Möglichkeiten einer imperialistischen Einmischung in das Leben anderer Länder zu verringern. Entschlossen den Weg der Entspannung und Koexistenz zu beschreiten, bedeutet gleichzeitig, die Entwicklungsprozesse der Demokratie und Freiheit in allen Ländern der Erde, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zu beschleunigen.

Das ist unsere Auffassung von Entspannung und Koexistenz. Es ist eine dynamische und offene Auffassung, die sich mit der imperialistischen Auffassung mißt und auseinandersetzt. Auch unter dem Zwang, mit den sozialistischen Ländern zu verhandeln, beansprucht der Imperialismus, das Weltbild an den Status quo des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der Welt und in den einzelnen Ländern zu binden.

Das alles bestätigt die Notwendigkeit, auf internationaler Ebene weiterhin beharrlich zu kämpfen, um den Entspannungsprozeß und die Koexistenz voranzubringen, um ihre sämtlichen positiven Potenzen zu entfalten und um gleichzeitig in jedem Land die Kämpfe für die nationale Unabhängigkeit und für die demokratische und sozialistische Umgestaltung des ökonomischen und sozialen Gefüges sowie der politischen und staatlichen Ordnung fortzuführen.

Unsere Partei hat den untrennbaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Ebenen immer beachtet. Einerseits haben wir versucht, wie es uns Togliatti gelehrt hat, sachlich die gesamten Bedingungen der Beziehungen in der Welt und den internationalen Zusammenhang einzuschätzen, in den Italien eingeordnet ist. Zum anderen waren wir bemüht, genau den Stand des Kräfteverhältnisses in unserem Land zu erfassen. Italien gehört dem von den USA beherrschten politisch-militärischen Block an und unterliegt unausweichlich den daraus resultierenden Bedingungen. Dieser grundlegenden Tatsache haben wir in unserer gesamten Politik insbesondere immer die notwendige Beachtung beigemessen. Doch das Bewußtsein dieses objektiven Umstandes hat uns sicher nicht zu Untätigkeit veranlaßt oder gelähmt. Wir reagierten und reagieren mit unseren Initiativen und mit unserem Kampf. Sämtliche Versuche, uns zu zerschlagen oder zu isolieren, haben wir zurückgewiesen. Im Gegenteil, unsere Kraft und unser Einfluß auf die Volksmassen und auf das nationale Leben sind gewachsen. Auf diesem Weg kann und muß man voranschreiten. Also muß vor allem das innere Kräfteverhältnis so verändert werden, daß jeder Versuch der nationalen und internationalen reaktionären Gruppen, den demokratischen und verfassungsmäßigen Rahmen zu unterminieren, die von unserem Volk erzielten Errungenschaften zunichte zu machen, seine Einheit zu zerstören und seinen Vormarsch auf die Umgestaltung der Gesellschaft aufzuhalten, abgewehrt und vereitelt wird.

Gleichzeitig müssen unser Kampf und unsere Initiativen auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen entwickelt werden. Wir unterstützen alle Kämpfe in Europa und in jedem Teil der Welt, die die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion und des Faschismus schwächen. Ferner for-

dern wir eine italienische Außenpolitik, die sowohl den Willen unseres Landes bekräftigt, mit allen anderen Ländern in Frieden und Freundschaft zu leben, als auch das Recht des italienischen Volkes, seine Zukunft in völliger Freiheit aufzubauen.

Entscheidende Erfolge können heute in dieser Richtung erzielt werden, weil sich die von uns erhobenen Forderungen und unterbreiteten Vorschläge in einen durch spürbare Fortschritte in der Entspannung gekennzeichneten europäischen Rahmen einfügen und weil sie auf gleiche Bestrebungen und Initiativen in anderen westeuropäischen Ländern treffen. Darauf basierend haben wir eine Richtlinie abgeleitet, die sich in die Bestrebungen einordnet, eine Friedensordnung im Mittelmeerraum und ein selbständiges, friedliches und demokratisches Westeuropa zu schaffen. Für dieses Ziel zu arbeiten bedeutet nicht, ein solches Europa und damit auch Italien in eine Position der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern oder gegenüber den Vereinigten Staaten zu bringen. Wer das beabsichtigt, würde sich etwas Absurdes, Unzulängliches und letztlich der Logik einer Politik der Entspannung und der demokratischen Entwicklung für unser Land und für alle anderen Länder Europas Widersprechendes vornehmen. Der konsequente Kampf für diesen internationalen politischen Kurs ist ein Hauptbestandteil der Perspektive, die wir als den italienischen Weg zum Sozialismus bezeichnen.

DEMOKRATISCHER WEG UND REAKTIONÄRE GEWALT

Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile (2)
5. Oktober 1973

Die Ereignisse in Chile drängen uns zu einem aufmerksamen Nachdenken nicht nur über den internationalen Rahmen und außenpolitische Fragen, sondern auch über Probleme des Kampfes und der Perspektive der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung unseres Landes.

Den Kommunisten und Demokraten dürfen nicht die tiefgreifenden Unterschiede zwischen der Lage in Chile und der in Italien entgehen. Chile und Italien liegen in zwei völlig unterschiedlichen Regionen der Welt, in Lateinamerika und in Westeuropa. Verschieden sind auch das jeweilige soziale Gefüge, die Wirtschaftsstruktur, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte wie auch das institutionelle System (Präsidialrepublik in Chile, parlamentarische Republik in Italien) und die Staatsordnung. Weitere Unterschiede bestehen in den Traditionen und in der Orientierung der politischen Kräfte, in ihrer jeweiligen Bedeutung und in ihren Beziehungen. Aber neben den Unterschieden bestehen auch Gemeinsamkeiten und insbesondere die, daß sich die chilenischen Kommunisten und Sozialisten ebenfalls das Ziel gestellt hatten, einen demokratischen Weg zum Sozialismus einzuschlagen.

Aus dem Komplex der Unterschiede und Gemeinsamkeiten müssen grundlegende Übereinstimmungen abgeleitet werden, der italienische Weg zum Sozialismus gründlich untersucht und besser präzisiert werden, worin er besteht und wie er vorankommen kann.

Man muß immer die wichtigsten Beweggründe für die Ausarbeitung und Anwendung jener politischen Strategie berücksichtigen, die Togliatti als „den Vormarsch Italiens zum Sozialismus in Demokratie und Frieden" bezeichnete. Bekanntlich gehen diese Überlegungen auf das Denken und Handeln von Antonio Gramsci und der führenden Gruppe zurück, die nach seiner Lehre arbeitete. Der Parteitag 1926 in Lyon bestätigte den Sieg über Extremismus und Sektierertum, die für das Handeln der Partei in der allerersten Zeit ihres Bestehens kennzeichnend waren und deren Überwindung Lenin in heftiger Kritik nachdrücklich gefordert hatte. Mit dem Lyoner Parteitag begann jene kommunistische Analyse der Geschichte und Strukturen der italienischen Gesellschaft, die von Gramsci in seinen Schriften aus dem Gefängnis und durch die Orientierung und Tätigkeit der von Togliatti geleiteten führenden Gruppe weiter entwickelt und vertieft wurde. Togliatti stand bekanntlich in den Jahren des Faschismus an der Spitze der Partei und machte sie politisch handlungsfähig.

Die Durchsetzung und die volle Entfaltung der historischen und politischen Orientierung, die all



FASCHISTISCHE PROVOKATION: Links im Kreis der römische Kommunalabgeordnete Marchio, ein Faschist, rechts im Kreis: Der wegen Mord an einem jungen Kommunisten im Wahlkampf 1976 in London verhaftete Kammer-Abgeordnete der MSI, Saccucci. Die Aufnahme entstand vor einer Schule im Rom.

unseren Aktionen innewohnt und ein entscheidendes Moment für das Leben der Partei und des Landes bildet, bestand in der einheitlichen Linie, die wir im antifaschistischen Befreiungskampf und seit der Wende von Salerno entwickelt und verfolgt haben.

Nach der Befreiung und Wiedergewinnung der politischen Freiheiten befand sich Italien in der Lage eines von den Armeen kapitalistischer Mächte, das heißt der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, okkupierten Landes. Diese Tatsache durfte keinesfalls unterschätzt werden, so wie auch später und noch heute nicht unterschätzt werden darf, daß Italien, wie bereits ausgeführt, in einen ganz bestimmten politisch-militärischen Block eingegliedert ist. Wo diese internationale Konstellation nicht in allen ihren Auswirkungen berücksichtigt wurde, wie es 1945 in Griechenland geschah, ging die kommunistische und Arbeiterbewegung in ein Abenteuer, erlitt sie eine tragische Niederlage und wurde in jene Illegalität zurückgedrängt, die sie gerade verlassen hatte.

Aber nicht allein das bestimmte unsere strategischen und taktischen Entscheidungen. Der tiefere Sinn der Wende bestand in der Notwendigkeit und dem Willen der Kommunistischen Partei, mit der gesamten Geschichte Italiens und also auch mit allen historischen Kräften des Landes, mit den sozialistischen, katholischen und anderen demokratischen Strömungen zu rechnen, die mit uns für Demokratie, Unabhängigkeit und die Einheit des Landes kämpften. Neu war die im Befreiungskrieg entstandene Einheit all dieser Kräfte. Diese Einheit umfaßte das Proletariat, die Bauern, große Teile des Kleinbürgertums, Gruppen der fortschrittlichen mittleren Bourgeoisie, breite Schichten der katholischen Massenbewegung und auch Einheiten und Kader der Armee.

„Wir standen in der ersten Reihe derer, die diese Einheit förderten, organisierten und leiteten, die ein Programm zur Erneuerung des gesamten Lebens des Landes besaßen. Es handelte sich um ein Programm, das — obwohl nur teilweise schriftlich fixiert — auf den Aufbau einer Ordnung der po-

litisch fortgeschrittenen Demokratie gerichtet war, auf tiefgreifende Reformen der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung sowie auf die Übernahme der Leitung der Gesellschaft durch einen neuen Block fortschrittlicher Kräfte. Unsere Politik bestand im offenen und konsequenten Kampf für dieses Ziel, das eine demokratische Entwicklung und gesellschaftliche Erneuerung, die auf den Sozialismus gerichtet sind, umfaßte. Wir brauchten also nicht zwischen dem Weg eines zur Niederlage verurteilten Aufstandes und einer ruhigen, gefahr- und hindernislosen Evolution zu wählen. Vor uns lag allein der von den objektiven Bedingungen, von den im Kampf errungenen Siegen und erarbeiteten Programmen sowie der hierbei entstandenen Einheit bestimmte Weg. Es ging darum, zu leiten, vorwärtszudrängen und sich zu bemühen, mit einer siegreich aus den Prüfungen eines Bürgerkriegs hervorgegangenen wahren Massenbewegung alle Hindernisse zu überwinden und jeden Widerstand zu zerschlagen. Das war damals die revolutionärste Aufgabe, zu deren Erfüllung wir die Kräfte konzentrierten." So kennzeichnete Togliatti im Bericht an den X. Parteitag der IKP zusammengefaßt unsere Politik.

Wir wissen sehr wohl, daß die von den in- und ausländischen konservativen und reaktionären Gruppen sowie von der Democrazia cristiana betriebene Politik, die auf den Bruch der Einheit der antifaschistischen Volkskräfte gerichtet war, vom Land teuer bezahlt wurde und den durch den Widerstandskampf eingeleiteten Erneuerungsprozeß unterbrochen hat. Sie konnten diesen Prozeß jedoch nicht völlig stoppen. Ein umfassendes und festes Einheitsgefüge widerstand allen Versuchen, es zu zerreißen. Es entwickelte sich in den letzten Jahren auf sozialem und politischem Gebiet weiter und nahm neue Formen an. Protagonisten sind aber die gleichen historischen Kräfte, die im antifaschistischen Widerstand zusammengeschlossen waren.

Die wichtigste von uns zu lösende Aufgabe besteht also darin, dieses einheitliche Gefüge auszubauen, die große Mehrheit des Volkes um ein Programm des Kampfes zur demokratischen Gesundung und Erneuerung der gesamten Gesellschaft und des Staates zu scharen und eine diesem Programm und dieser Mehrheit entsprechende Gruppierung politischer Kräfte zu schaffen, die imstande sind, es zu realisieren. Einzig und allein diese Linie kann die konservativen und reaktionären Gruppen isolieren und besiegen, die Demokratie fest und unüberwindlich machen und die Umgestaltung der Gesellschaft voranbringen. Nur auf diesem Weg kann man gleichzeitig bereits heute die Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und eines sozialistischen Staates schaffen, die die ungehinderte Ausübung und Entwicklung aller Freiheiten gewährleisten.

Wir wußten immer und wissen, daß die herrschenden Kreise der Gesellschaft und ihr Machtapparat dem Vormarsch der werktätigen Klassen und der Demokratie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand entgegensetzen. Und wir wissen, wie es die tragischen Erfahrungen Chiles erneut zeigen, daß diese antidemokratische Reaktion in dem Maße gewalttätiger und grausamer wird, wie das Volk beginnt, die Kommandohöhen im Staat und in der Gesellschaft zu erobern. Welche Schlußfolgerungen müssen wir aus diesem Wissen ziehen? Sollen wir vielleicht den Vorschlag gewisser niederträchtiger Elemente berücksichtigen, vom Weg der Demokratie und Einheit zugunsten einer Strategie der Aufschneiderei abzugehen, von der wir aber ganz genau wissen, daß sie schnell und unvermeidlich zur Isolierung der Avantgarde und zu ihrer Niederlage führt? Wir denken vielmehr, daß ein Versuch der herrschenden Kreise der Gesellschaft, den demokratischen Rahmen zu brechen, das Land zu teilen und reaktionäre Gewalt zu entfesseln, uns zwingen muß, die Sache der Verteidigung der Freiheit und des demokratischen Fortschritts noch fester in unseren Händen zu halten, die vertikale Spaltung des Landes zu vermeiden und uns noch nachdrücklicher, klüger und geduldiger dafür einzusetzen, daß die reaktionären Gruppen isoliert und jede nur mögliche Verständigung und Annäherung zwischen den Volkskräften gesucht werden.

Auch wenn die revolutionäre Avantgarde diese Linie konsequent befolgt, ist ein offener reaktionärer Anschlag nicht ausgeschlossen. Aber damit sind auch günstigere Bedingungen geschaffen, um diesen Anschlag zurückzuschlagen und im Keim zu ersticken. Seine Durchführung wird dadurch schwieriger.

Die Möglichkeit reaktionärer Gewaltanwendung „darf jedoch nicht zu einer Dualität der Perspektiven und praktischen Vorbereitung führen", wie Genosse Longo sagte. Dem, der angesichts der

chilenischen Erfahrungen fragt, wie man die Kräfte sammeln und zusammenschließen kann, die imstande sind, die reaktionären Angriffe niederzuschlagen, werden wir immer mit den Worten des Genossen Longo antworten: „Indem man die Organisation, Mobilisierung und Kampfentschlossenheit des Volkes forciert, jeden Tag die Kampfbündnisse der Arbeiterklasse mit den Volksmassen festigt und ausdehnt, und die Arbeiterklasse so im Kampf ihre Rolle als führende Klasse verwirklicht.“ Das wichtigste ist also der „Grad der Mobilisierung und der Kampfbereitschaft“ in der Arbeiterklasse und in der Mehrheit der Bevölkerung.

Nur die entschlossene und konsequente Durchsetzung dieser Prinzipien und Methoden des politischen Kampfes ermöglichten es, die faschistische Tyrannei hinwegzufegen, eine demokratische Ordnung zu errichten und die Versuche konservativer und reaktionärer Kräfte, von Scelba bis Andreotti, scheitern zu lassen, die demokratischen Institutionen zu zerschlagen oder zumindest die Arbeiter- und Volksbewegung zurückzudrängen. Das gelang in den Jahren 1947/48 im Kampf gegen die Politik der Diskriminierung, gegen die reaktionären Verfolgungen und Attentate seitens der Zentrumsregierungen. Das gelang 1953, als der Versuch vereitelt wurde, durch das Betrugsgesetz den Wahlmechanismus und den repräsentativen Charakter des Parlaments im antidemokratischen Sinne zu verändern. Das gelang 1960, als das autoritäre Abenteuer der Regierung Tambroni im Keime erstickt wurde. Das gelang auch 1964, als antidemokratische Machenschaften und reaktionäre Putschabsichten verhindert wurden, wobei man sogar versuchte, einen Teil der Armee und der Einheiten der öffentlichen Sicherheit gegen die Republik einzusetzen. Das gelingt schließlich seit 1969 im Kampf gegen eine Reihe reaktionärer faschistischer Provokationen und Umtriebe, die auch von imperialistischen und faschistischen Kreisen anderer Länder geschürt und unterstützt wurden. Mit diesen Provokationen sollten ein Klima der verschärften Spannung sowie ein politischer und wirtschaftlicher Verfall geschaffen werden, um den Weg für autoritäre, verfassungsfeindliche Entscheidungen oder zumindest für eine dauerhafte Wende nach rechts freizumachen.

In all diesen Fällen haben wir als Antwort darauf das Banner der Verteidigung der Freiheit und der Demokratie erhoben, haben die breiten Massen der Werktätigen und des Volkes zu Kämpfen aufgerufen, die äußerst erbittert waren. Zugleich förderten wir das tiefste Verständnis und die Annäherung aller für die Wahrung der Grundsätze der antifaschistischen Verfassung eintretenden Kräfte.

Diese Erfahrungen der Arbeiterklasse, des italienischen Volkes und unserer Partei bestätigen den etwas abstrakten Charakter jener Thesen, die darin bestehen, schematisch die Strategie des Kampfes für den Vormarsch zum Sozialismus auf dem friedlichen oder nichtfriedlichen Weg festzulegen. Die sozialen und politischen Ereignisse in Italien haben sich seit vielen Jahren insofern friedlich entwickelt, als sie nicht zum Bürgerkrieg führten. Aber sie waren gewiß weder ruhig noch unblutig. Sie waren gekennzeichnet durch schwerste Kämpfe, heftige Krisen und Konflikte, durch mehr oder weniger tiefe Brüche oder die Gefahr eines Bruchs. Einen demokratischen Weg wählen heißt also nicht, sich in der Illusion einer ruhigen, erschütterungsfreien Evolution der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zu wiegen.

Es schien uns auch immer falsch, den demokratischen Weg einfach als einen parlamentarischen Weg zu bestimmen. Wir leiden nicht an parlamentarischem Kretinismus, während andere vom antiparlamentarischen Kretinismus befallen sind. Wir betrachten das Parlament als wesentliche Einrichtung im politischen Leben Italiens und zwar nicht nur für heute, sondern auch für die Übergangsperiode zum Sozialismus und während seines Aufbaus.

Das trifft um so mehr zu, als die Wiederbelebung und Erneuerung des Parlaments in Italien zuerst eine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen ist. Das Parlament kann also nicht, wie zu Zeiten Lenins und wie es eventuell in anderen Ländern geschieht, nur als Tribüne zum Anprangern der Mißstände des Kapitalismus und der bürgerlichen Regierungen und für das Propagieren des Sozialismus aufgefaßt und genutzt werden. In Italien ist es auch und vor allem der Ort, an dem die Vertreter der Arbeiterbewegung ihre Initiative auf politischem und legislativem Gebiet entwickeln und konkretisieren, wobei sie die Richtung der nationalen Politik zu beeinflussen und ihre führende Rolle durchzusetzen suchen. Das Parlament kann seine

Aufgabe erfüllen, wenn es, wie Togliatti sagte, immer mehr zu „einem Spiegel des Landes" wird und die parlamentarische Initiative der Parteien der Arbeiterbewegung mit den Kämpfen der Massen, dem Anwachsen einer demokratischen Macht in der Gesellschaft und der Durchsetzung der demokratischen und verfassungsmässigen Prinzipien auf allen Gebieten und für alle Organe im Leben eines Staates verbunden ist.



ROM 1971: Die „Vereinigung der Freunde der Armee" legt am italienischen Nationaldenkmal auf der Piazza Venezia einen Kranz nieder, es salutieren Soldaten der Armee (im Hintergrund). Im Vordergrund mit Monokel der wegen Konspiration gegen den Staat abgesetzte Geheimdienstchef De Lorenzo und der faschistische Abgeordnete Caradonna.

An dieser klaren Orientierung entzündeten sich vielfältige Kämpfe, die wir für die Republik und die Verfassung geführt haben, für die Verwirklichung des vollen allgemeinen Wahlrechts durch die Stimmberechtigung der Frauen, für die Verteidigung des Prinzips der proportionalen Vertretung gegen den Versuch, es zu beseitigen. Es waren Kämpfe für die tägliche Sicherung der Vorrechte des Parlaments gegen jeden Versuch der Exekutive und anderer Zentren wirtschaftlicher, politischer und administrativer Macht, es einzuschränken oder auszuhöhlen, sowie für die Durchsetzung des Grundsatzes und der Praxis einer freien Dialektik aller im Parlament vertretenen demokratischen Kräfte ohne Ausschlüsse und Diskriminierungen. Mit dieser Orientierung kämpften und kämpfen wir für die Regionen und die Achtung der Selbständigkeit und Macht der örtlichen Organe.

Aber es gibt noch einen weiteren sehr wichtigen Aspekt unserer demokratischen Strategie. Die Entscheidung der Arbeiterbewegung, den eigenen Kampf auf dem Boden der demokratischen Legalität zu führen, bedeutet nicht, in eine Art gesetzesanbeterische Illusion zu fallen und auf die wesentliche Pflicht zu verzichten, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition ständig die Initiative zur tiefgreifenden demokratischen Erneuerung der Gesetze, Ordnungen, Strukturen und Apparate des Staates zu ergreifen. Diese Erfahrung, die wir noch vor anderen Ländern machten, erinnert uns immer an die Notwendigkeit, den Kampf um die wirtschaftliche und soziale Umge-

staltung mit dem Kampf um die Erneuerung aller Organe und der Macht des Staates zu verbinden. Diese Verpflichtung muß in einer zweifachen Aktivität zum Ausdruck kommen. Einerseits müssen alle Bereiche des Staates und alle, die hier arbeiten, von immer weitreichenderen Orientierungen zur bewußten Treue und Aufrichtigkeit gegenüber der Verfassung und dem Gefühl der engen Verbundenheit mit dem werktätigen Volk durchdrungen sein und darin bestätigt werden. Andererseits sind konkrete Maßnahmen und Vorkehrungen zur Demokratisierung der Organisation und des Lebens des Justizwesens, der Streitkräfte und des gesamten Staatsapparates zu fördern. Diese Aktion kann beträchtlich dazu beitragen, daß der demokratische Umgestaltungsprozeß der Gesellschaft nicht einseitig ausgerichtet ist und das Gleichgewicht zwischen den Bereichen nicht gestört wird, die von diesem Prozeß betroffen sind, die davon unberührt bleiben oder die auf feindliche Positionen gedrängt werden. Diese große Gefahr könnte verhängnisvoll werden.

Schließlich hängen die Erfolgsaussichten eines demokratischen Weges zum Sozialismus von der Fähigkeit der Arbeiterbewegung ab, eigene Entscheidungen zu treffen und die eigenen Initiativen über den internationalen Rahmen hinaus am konkreten Kräfteverhältnis in jeder Lage und zu jeder Zeit zu messen. Sie hängen ferner von ihrer Fähigkeit ab, ständig die Reaktionen und Gegenreaktionen zu beachten, die die Initiative zur Umgestaltung in der gesamten Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Struktur und im Apparat des Staates, in der Verteilung und Orientierung der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte und in ihren Wechselbeziehungen hervorruft.

So stellen sich erneut die Probleme der Kriterien zur Einschätzung der Kräfteverhältnisse, der Bündnispolitik, des Verhältnisses von sozialer Umgestaltung und wirtschaftlicher Entwicklung sowie die Probleme der politischen Gruppierungen.

SOZIALE BÜNDNISSE UND POLITISCHE GRUPPIERUNGEN

Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile (3)
12. Oktober 1973

Wir haben festgestellt, daß der demokratische Weg weder geradlinig noch schmerzlos ist. Unabhängig von diesen oder jenen Kampfformen war der Weg der Arbeiterbewegung nie ein ununterbrochener Aufstieg, und er kann es auch nicht sein. Es gibt immer Höhen und Tiefen. Auf Perioden des Voranschreitens folgen Zeiten, in denen es gilt, die neuen Errungenschaften zu festigen.

Ebenso gibt es Phasen, in denen es notwendig ist, einen Schritt zurückzugehen, um eine Niederlage zu vermeiden, Kräfte zu sammeln und die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Vormarsches zu schaffen. Das gilt sowohl für den Kampf der Arbeiterbewegung in der Opposition als auch bei der Eroberung der Macht oder der Regierungsübernahme.

Lenin schrieb, daß wir verstehen müssen — und die revolutionäre Klasse lernt das aus eigener bitterer Erfahrung —, daß wir nicht siegen können, ohne uns die Wissenschaft der Offensive und die Wissenschaft des Rückzuges angeeignet zu haben. Lenin war sicher der kühnste revolutionäre Führer in der Wissenschaft der Offensive. Er war aber auch der Kühnste im rechtzeitigen Erfassen der Konsolidierungs- und Rückzugsbewegungen sowie im Ausnutzen dieser Bewegungen, um Zeit zu gewinnen, die Kräfte neu zu organisieren und den Vormarsch fortzusetzen. Ein Beispiel dieser genialen Fähigkeit Lenins war der mit dem deutschen Imperialismus eingegangene Kompromiß von Brest-Litowsk. Ein weiteres Beispiel war der Kompromiß mit inneren kapitalistischen Kräften, war jene Richtung, die als NÖP (Neue Ökonomische Politik) bezeichnet wurde. Lenin zögerte nicht, diese Entscheidungen gegen alle Widerstände durchzusetzen. Diese beiden großen revolutionären Handlungen, die in entscheidender Weise beitrugen, die Sowjetmacht zu erhalten und ihre Zukunft zu sichern, wurden unter historisch unwiederholbaren Bedingungen vollbracht. Ihre Lehren in strategischer und taktischer Hinsicht bleiben jedoch gültig.

Das Ziel einer revolutionären Kraft, die Gegebenheiten einer bestimmten historischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit konkret zu verändern, kann nicht erreicht werden, wenn man sich nur auf Voluntarismus und spontane Klassenaktionen der kampfentschlossenen Teile der werktätigen

Massen stützt. Man muß vielmehr immer von den gegebenen Möglichkeiten ausgehen. Dabei sind Kampfkraft und Entschlossenheit mit Klugheit und Handlungsfähigkeit zu verbinden. Ausgangspunkt der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung ist die richtige Einschätzung des jeweils bestehenden Kräfteverhältnisses, die Kenntnis aller Aspekte der internationalen Lage und der Situation im eigenen Land, wobei niemals das eine vom anderen Element getrennt werden darf.

Der demokratische Weg zum Sozialismus ist eine — in Italien auf dem Boden der antifaschistischen Verfassung vollziehbare — progressive Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Basis, der Werte und Leitideen der Nation, des Machtsystems und des Blocks sozialer Kräfte, in dem dieses zum Ausdruck kommt. Sicher ist, daß die allgemeine Umgestaltung auf demokratischem Wege, die wir in Italien vollziehen wollen, in all ihren Phasen Kraft und Zustimmung erfordert.

Die Kraft muß ihren Ausdruck in der ständigen Wachsamkeit und in der Kampfbereitschaft der werktätigen Massen finden. Sie muß sich darin äußern, daß sowohl von der Regierung als auch von der Opposition die Machenschaften, Anschläge und Angriffe auf die Freiheit, die demokratischen Rechte und die von der Verfassung garantierte Gesetzlichkeit rechtzeitig zurückgewiesen werden. Im Bewußtsein dieser unerläßlichen Notwendigkeit haben wir die werktätigen Massen immer vor jeglichen Illusionen, vor jeder Naivität und Unterschätzung der aggressiven Ziele der Rechtskräfte gewarnt und werden es weiter tun. Gleichzeitig warnen wir die Gegner der Demokratie davor, sich Illusionen hinzugeben. Wie Genosse Longo auf dem XIII. Parteitag hervorhob, muß jeder, der abenteuerliche Absichten hegt, wissen, daß unsere Partei auf jedem Gebiet kämpfen und siegen kann. Dabei werden wir alle demokratischen und Volkskräfte zur Einheit und zum Kampf aufrufen, wie wir es in den heikelsten und schwierigsten Momenten getan haben.

Die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft auf demokratischem Wege bedarf der Zustimmung in einem ganz präzisen Sinn: In Italien kann sich die Umgestaltung nur als Revolution der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vollziehen. Einzig unter dieser Bedingung können Zustimmung und Kraft miteinander verschmelzen und zu einer unbesiegbaren Realität werden.

Dieses Verhältnis von Kraft und Zustimmung ist unabhängig von den Kampfmethoden notwendig, das heißt, auch wenn es sich um die höchsten, um die des bewaffneten Kampfes handelt. Unsere nationale Befreiungsbewegung war eine bewaffnete Bewegung. Sie konnte Widerstand leisten und siegen, weil sie sich auf die Einheit aller demokratischen und Volkskräfte gründete, weil sie die Unterstützung und die Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen konnte. Auch die andere Seite erkannte übrigens, daß die antidemokratischen Bewegungen und selbst der Faschismus nicht einzig und allein mit reaktionärer Gewalt siegen können, sondern daß sie eine mehr oder weniger breite Massenbasis benötigen, vor allem in Ländern mit einer komplexen und gegliederten Wirtschafts- und Sozialstruktur. Man muß auch daran erinnern, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft generell nicht nur mit den brutalsten und raffiniertesten Mitteln des Zwanges und der Unterdrückung aufrecht erhält. Sie stützt sich auch auf eine mehr oder minder manipulierte Basis der Zustimmung, auf ein bestimmtes System gesellschaftlicher und politischer Bündnisse.

Die Frage der Bündnisse ist also die entscheidende Frage für jede Revolution und jede revolutionäre Politik. Sie ist es damit auch für die Durchsetzung des demokratischen Weges.

In Ländern wie Italien muß man von der Feststellung ausgehen, daß sich eine äußerst komplexe soziale Schichtung und politische Gliederung herausgebildet haben.

Die kapitalistische Entwicklung Italiens brachte ein starkes Proletariat hervor. Diese Klasse hat durch fast hundertjährige Kampferfahrungen, durch die erzieherische Tätigkeit der sozialistischen Bewegung und durch den entscheidenden Einfluß der Kommunistischen Partei in den letzten fünfzig Jahren eine besondere Kampfbereitschaft und Reife erlangt. Diese Klasse, die Triebkraft jedes Umgestaltungsprozesses der Gesellschaft, ist nach wie vor eine Minderheit in der Bevölkerung unseres Landes und sogar in der werktätigen Bevölkerung. Das trifft mehr oder weniger auf fast alle kapitalistischen Länder zu.
Zwischen dem Proletariat und der Großbourgeoisie, den beiden antagonistischen Hauptklassen in

der kapitalistischen Ordnung, entwickelte sich in den Städten und Dörfern ein Netz von Berufsgruppen und Mittelschichten, die man häufig als Ganzes zu betrachten pflegt und generell als „Mittelstand“ bezeichnet. Wir müssen jedoch wirklich die genaue Stellung und Funktion jeder einzelnen Schicht im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben sowie ihre ideologischen Orientierungen konkret bestimmen.

Neben diesen Schichten und Zwischenkategorien sowie dem Proletariat, ja oft mit ihnen verflochten, gibt es in unserer Gesellschaft ferner Bevölkerungsschichten und soziale Kräfte, die als solche nicht in den Bereich der „Kategorien“ einzuordnen sind. Es handelt sich zum Beispiel um breite Teile der Bevölkerung des Südens und der Inseln, der Frauen und Jugendlichen, der Kräfte der Wissenschaft und Technik, der Kultur und Kunst. Ihre Lage in der Gesellschaft stellt sie einander gleich und vereint sie bis zu einem gewissen Grad, unabhängig von ihrem beruflichen Stand und sogar von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht.

Für den Ausgang unseres demokratischen Kampfes für die Umgestaltung und Erneuerung unserer Gesellschaft ist bestimmend, welche Haltung diese Massen, diese Mittelschichten, diese Bevölkerungsgruppen einnehmen, wie sie sich orientieren und wie sie wirksam werden. Ganz offensichtlich ist für das Schicksal der demokratischen Entwicklung und des Vormarsches zum Sozialismus entscheidend, ob sich das Gewicht dieser gesellschaftlichen Kräfte auf die Seite der Arbeiterklasse oder gegen sie verlagert.

Aus dieser wirtschaftlichen Struktur und sozialen Schichtung Italiens haben wir nicht nur Folgerungen für unsere gegenwärtige Politik gezogen. Wir haben zugleich bestimmt, welchen Platz die Probleme Süditaliens, der Frauen, der Jugendlichen, der Schule und Kultur in der italienischen Revolution einnehmen, welche Funktion hier auch die Mittelschichten ausüben.

Zu dieser Frage heißt es im wichtigsten Dokument unserer Partei, in der 1956 vom VIII. Parteitag beschlossenen Programmatischen Erklärung:“Objektiv festigt sich eine Übereinstimmung der Ziele der Arbeiterklasse, die gegen die Monopole und für die Niederwerfung des Kapitalismus kämpft, nicht mehr nur mit denen der proletarischen und halbproletarischen Massen, sondern auch der Masse der werktätigen Bauern auf dem Lande und eines wichtigen Teils der produktiven Mittelschichten in den Städten. Das eröffnet neue Möglichkeiten für die Erweiterung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Massenbasis für eine demokratische und sozialistische Erneuerung. Entsprechend den unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Merkmalen sowie dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad der einzelnen Gebiete setzt sich die Masse des Mittelstandes aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Gruppen zusammen. Das erfordert in jedem Gebiet ein differenziertes Herangehen. Die Möglichkeit eines ständigen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den städtischen und ländlichen Mittelschichten ergibt sich aus einer Übereinstimmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen, die in der historischen Entwicklung und gegenwärtigen Struktur des Kapitalismus begründet ist . . .

Andererseits muß klar sein, daß entscheidende Gruppen des Mittelstandes den Übergang auf neue Verhältnisse sozialistischen Typs oder auf direkt sozialistische Verhältnisse nicht anders vollziehen werden als auf der Grundlage ihres ökonomischen Vorteils und der freien Zustimmung. Bedingung ist ferner, daß ihnen in einer demokratischen Gesellschaft, die sich zum Sozialismus entwickelt, die wirtschaftliche Tätigkeit garantiert wird.“

Die Strategie der Reformen kann also nur erfolgreich sein und sich entwickeln, wenn sie sich auf eine Strategie der Bündnisse stützt. Wir haben sogar betont, daß im Verhältnis zwischen Reformen und Bündnissen letztere die entscheidende Bedingung sind. Wenn nämlich die Bündnisse der Arbeiterklasse eingeengt werden und die soziale Basis der herrschenden Gruppen sich erweitert, besteht für die Realisierung der Reformen wenig Aussicht. Die gesamte politische Lage verschlechtert sich und kann sich völlig zum Negativen wandeln.

Der Ausgangspunkt der Bündnispolitik liegt natürlich im Bestreben, die unmittelbaren und zukünftigen ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und anderer sozialer Gruppen und Kräfte in Einklang zu bringen. Dieses Bemühen darf nicht schematisch oder statisch aufgefaßt und realisiert werden. Es gilt vielmehr, Forderungen zu stellen und Ziele zu verfolgen, die diesen Bevölke-

rungsschichten, sozialen Kräften und Gruppen auf konkrete Weise eine sichere Perspektive bieten, die in neuen Formen ihr Existenzniveau und ihre Rolle in der Gesellschaft garantieren und möglichst verbessern, allerdings in einer anderen ökonomischen Entwicklung und in einer gerechteren und moderneren Gesellschaftsordnung.

Um dieses Ziel zu erreichen, erweist es sich als notwendig, auch für eine Evolution in der Mentalität dieser sozialen Kräfte und Schichten zu wirken. Es geht dabei darum, in der gesamten Bevölkerung eine immer weniger individualistische oder korporative, sondern vielmehr eine gesellschaftliche Meinung bei der Verteidigung der Interessen des einzelnen und der Gemeinschaft zu erreichen.

Wir beschränken uns also nicht darauf, Übereinstimmungen mit bereits festgefügten sozialen Gruppen und ökonomischen Kategorien zu suchen und zu stärken. Wir versuchen auch, ganze Bevölkerungskreise und nicht als Schichten klassifizierbare soziale Kräfte wie die Frauen, die Jugendlichen, die Volksmassen Süditaliens, die Kulturschaffenden und Vertreter bestimmter Geistesrichtungen zu gewinnen und in ein gegliedertes Bündnissystem einzubeziehen. Wir stellen nicht nur ökonomische und soziale Ziele, sondern auch Ziele einer kulturvollen Entwicklung, des demokratischen Fortschritts, der Behauptung der Menschenwürde und der Entfaltung der vielfältigen Freiheiten des Menschen. Das ist die Art und Weise, in der wir konkret die Grundlagen, die Bedingungen und die Garantien für das schaffen wollen und auch schaffen, was als ein neues „Modell" des Sozialismus bezeichnet wird.

Ein großes Problem, das uns politisch beschäftigt und das die Marxisten und fortschrittlichen Wissenschaftler Italiens und der westlichen Länder stärker theoretisch beschäftigen muß, besteht in folgendem: Wie ist zu sichern, daß ein Programm für grundlegende soziale Umgestaltungen, ein Programm, das notwendigerweise Reaktionen aller Art von seiten der herrschenden Kreise hervorruft, nicht breite Schichten des Mittelstandes in eine feindliche Position drängt, sondern das vielmehr in allen Phasen seiner Durchsetzung die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung findet. Das erfordert offensichtlich eine aufmerksame Entscheidung über die Prioritäten und die Zeitpunkte der gesellschaftlichen Veränderungen. Das bedingt folglich nicht nur Bemühungen, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, sondern auch in den kritischen Phasen des Übergangs zu neuen sozialen Ordnungen die Effektivität des ökonomischen Prozesses zu sichern.

Darin besteht sicher eines der ernsten Probleme, dem sich eine Regierung der Werktätigen und des Volkes gegenübersieht. Aber es ist auch ein Grundproblem für ein Land wie Italien, in dem eine starke Kraft wie die unsere, die bereits seit langem den Boden der reinen Propaganda verlassen hat, bis heute aus der Opposition heraus versucht, mit der Waffe des Drucks der Massen und der einheitlichen politischen Initiative ein Programm sozialer Umgestaltungen durchzusetzen.

Wenn es richtig ist, daß eine Politik der demokratischen Erneuerung nur erfolgreich sein kann, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird, dann ergibt sich daraus nicht nur die Notwendigkeit einer Politik breiter sozialer Bündnisse, sondern auch eines bestimmten Systems politischer Beziehungen. Auf diese Weise wird eine Übereinstimmung und eine Zusammenarbeit zwischen allen demokratischen und Volkskräften gefördert, bis es schließlich zwischen ihnen zu einem politischen Bündnis kommt.

Die Gegenüberstellung und der frontale Zusammenstoß der Parteien, die eine Basis im Volke haben und die von breiten Bevölkerungsschichten als ihre Vertretung angesehen werden, würden zu einer Spaltung, zu einer wirklichen Halbierung des Landes führen, was für die Demokratie verhängnisvoll wäre und sogar dem demokratischen Staat die Grundlage des Überlebens entziehen würde.

Dessen eingedenk waren wir immer der Auffassung, und die Vorgänge in Chile bestätigen unsere Überzeugung, daß die Einheit der Parteien der Werktätigen und der Linkskräfte keine ausreichende Bedingung ist, um die Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie dort zu gewährleisten, wo dieser Einheit ein Block der Parteien des Zentrums bis zur äußersten Rechten entgegensteht. Das politische Hauptproblem in Italien ist und bleibt mehr denn je, eine feste und organische Ver-

bindung zwischen dem Zentrum und der Rechten, eine breite klerikal-faschistische Front zu verhindern und demgegenüber die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Zentrums auf konsequent demokratische Positionen zu führen.

Die Einheit, die politische Kraft und der Wählereinfluß der Linken sowie die ständig größere Übereinstimmung zwischen ihren unterschiedlichen und selbständigen Organisationsformen bilden offensichtlich die unabdingbare Voraussetzung, um im Land einen wachsenden Druck für die Durchsetzung von Veränderungen aufrechtzuerhalten. Aber selbst wenn die Linksparteien und die Linkskräfte 51 Prozent der Stimmen und Sitze im Parlament erringen könnten, was an und für sich einen beträchtlichen Fortschritt im Kräfteverhältnis zwischen den Parteien in Italien darstellen würde, wäre es völlig illusorisch anzunehmen, daß allein diese Tatsache Fortbestehen und Wirken einer Regierung der Linksparteien und Linkskräfte garantieren würde, die diesen 51 Prozent entspräche.

Deshalb sprechen wir nicht von einer „Linksalternative", sondern von einer „demokratischen Alternative", das heißt von der politischen Perspektive einer Zusammenarbeit und Verständigung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Volkskräfte mit den katholisch eingestellten Kräften des Volkes sowie mit anderen demokratisch orientierten Gruppierungen.

Die Beharrlichkeit, mit der wir diese Perspektive aufzeigen, ist Gegenstand von Polemiken und Kritiken unterschiedlicher Herkunft. Aber keiner unserer Kritiker und Widersacher konnte und kann eine andere gültige Perspektive zeigen, die Italien aus der Krise herausführt, in die es durch die Politik der Spaltung der demokratischen und Volkskräfte gestürzt wurde, eine Perspektive, die die noch offenen großen und brennenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Probleme lösen und die demokratische Zukunft unserer Republik gewährleisten kann.

Jedoch konnten die Polemiken und die Versuche, die von uns gewiesene Perspektive zu vereiteln, übrigens nicht verhindern, daß diese sich im Bewußtsein immer breiterer Volksschichten und in ihren realen Bewegungen durchgesetzt hat und durchsetzt. In gewissem Umfang und in verschiedenen Formen trifft das auch auf das politische Leben und die Parteien zu. Hier liegt der Beweis, daß das von uns aufgeworfene Problem tagtäglich ernster und dringlicher wird. Wenn niemand eine andere demokratische Alternative aufzeigen kann, die ebenso wirksam und glaubhaft wie unsere ist, so nur deshalb, weil es diese andere Alternative in Italien nicht gibt.

Unsere Politik des Dialogs und des Vergleichs mit der katholischen Welt vollzieht sich notwendigerweise auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Partnern.

Es gibt vor allem das Problem, das sich aus der Präsenz der katholischen Kirche in Italien und aus ihren Beziehungen zum Staat und zur Gesellschaft ableitet. Unsere grundsätzliche Haltung und unsere politische Linie dazu sind bekannt.

Ferner gibt es das Problem der Bemühungen um ein weitgehenderes gegenseitiges Verständnis und eine wirksame Verständigung mit jenen Bewegungen und Tendenzen der Katholiken, die sich in wachsendem Maße in die Bewegung der Werktätigen einreihen und sich in eindeutig antikapitalistischem und antiimperialistischem Sinne orientieren.

Man soll jedoch nicht glauben, dem anderen großen Problem entfliehen zu können, das in der Existenz und Kraft einer politischen Partei wie der Democrazia cristiana besteht. Unabhängig von der Bezeichnung „christlich", die sie sich selbst gibt, vereinigt sie in ihren Reihen und unter ihrem Einfluß breite Teile der katholischen Werktätigen und Volksmassen.

„Rinascita" veröffentlichte vor einigen Monaten eine Artikelserie, in der die verschiedenen Aspekte der DC analysiert und geprüft wurden. Wir verweisen den Leser darauf und beschränken uns hier, das Thema in seinen Grundzügen zu behandeln.

Der Hauptfehler, vor dem man sich hüten muß, besteht darin, die italienische Democrazia cristiana und alle Parteien, die diesen Namen tragen, als eine unhistorische, fast metaphysische Kategorie einzuschätzen, die auf Grund ihres Charakters dazu bestimmt sei, immer und überall eine mit der Reaktion liierte Partei zu sein oder zu werden. Es ist wirklich lächerlich, daß sich darauf

im wesentlichen die gesamte Analyse von Leuten beschränkt, die dünkelhaft versuchen, das Katheder zu besteigen, um allen Lektionen in Marxismus zu erteilen.

Selbstverständlich ist unser Urteil über die DC gleichermaßen weit von dem Urteil entfernt, das diejenigen ihrer Führer abgeben, die die DC als eine Partei vorstellen, die „auf Grund ihres Charakters“ der Garant für die Freiheit und der Vorkämpfer des demokratischen Fortschritts sei. Dabei verdrehen sie den Inhalt, wenden aber die gleiche geschichtsfeindliche Methode an, die wir soeben kritisiert haben. Die beiden genannten Einschätzungen entbehren wirklich jeder effektiven Ernsthaftigkeit und tragen rein instrumentalen Charakter. Das einzige marxistische oder sich auch nur auf politische Seriosität stützende Kriterium besteht darin, die DC sowohl in dem historisch-politischen Zusammenhang zu sehen, in den sie eingeordnet ist und in dem sie wirkt als auch in der vielschichtigen sozialen und politischen Wirklichkeit, in der sie sich äußert. Nur so ist es möglich, wirklich auf die Orientierung und das praktische Verhalten einer solchen Partei einzuwirken und sie zu beeinflussen.

Wir waren uns ständig der Verbindung zwischen der Democrazia cristiana und den herrschenden Kreisen der Bourgeoisie sowie deren beträchtlichen und bisweilen entscheidenden Einflusses auf die Politik der DC bewußt. Aber in der DC und um sie sammeln sich auch andere ökonomische und gesellschaftliche Kräfte und Interessengruppen. Sie reichen von einzelnen Gruppen des Mittelstandes bis zu den besonders in einigen Regionen und Gebieten des Landes äußerst beständigen werktätigen Schichten von Bauern, Jugendlichen, Frauen und auch Arbeitern. Auch der Einfluß und das Drängen, die von den Interessen und Bestrebungen dieser sozialen Kräfte ausgehen, wurden mehr oder weniger im Leben und in der Politik der DC spürbar und können immer mehr zur Geltung gebracht werden.

Außer dieser unterschiedlichen und widersprüchlichen sozialen Zusammensetzung der DC müssen ihre Wurzeln, ihre Geschichte, ihre Traditionen und die verschiedenen politischen und ideologischen Tendenzen berücksichtigt werden, die in ihr wirkten und noch wirken und von den reaktionären über die konservativen und gemäßigten bis zu den demokratischen und sogar fortschrittlichen Tendenzen reichen. All das erklärt auch, weshalb die Geschichte dieser Partei äußerst verschlungen und häufig durch zuwiderlaufende Haltungen gekennzeichnet war. Als demokratische und weltliche Volkspartei entstanden, stellte sie sich anfangs der faschistischen Bewegung entgegen. Sie ging dann zur Unterstützung und Beteiligung an der ersten Regierung Mussolini über, trennte sich wieder von ihr und gelangte mühsam und qualvoll zur Teilnahme am illegalen Kampf und zum vollen und direkten Einsatz im bewaffneten einheitlichen Widerstand an der Seite der proletarischen und demokratischen Kräfte. Nach der Befreiung, nach der Gründung der Republik und der Ausarbeitung der Verfassung, die das Ergebnis eines Übereinkommens zwischen den drei großen Massenparteien — der Kommunistischen, Sozialistischen und Christlich-demokratischen — darstellte, war gerade die christlich-demokratische Partei im Klima der durch den beginnenden kalten Krieg in Europa und in der Welt hervorgerufenen Spaltung der entscheidende Urheber des Bruchs des Regierungsbündnisses mit den Kommunisten und Sozialisten, der Gewerkschaftseinheit und generell des Übereinkommens zwischen den antifaschistischen Kräften. Es war gerade die DC, die seit dieser Zeit eine Politik der Kontraposition und des frontalen Zusammenstoßes mit der Arbeiter- und Volksbewegung kommunistischer und sozialistischer Orientierung führte. Die Niederlage dieser Politik wurde durch die Kampfkraft der Arbeiterklasse, der Tagelöhner, der Bauern, aller Werktätigen und ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erzwungen. Sie wurde auch erzwungen durch die Zähigkeit, mit der unsere Partei an ihrer Linie der Einheit festhielt, mit der sie der demokratischen Bewegung und dem Lande erneut eine Perspektive des Fortschritts eröffnete und auch in der DC eine neue Situation schuf. Die christlich-demokratische Partei hielt zwar an ihrer konservativen Orientierung fest, konnte jedoch das Land nicht erneut in eine Lage der vertikalen Spaltung und der frontalen Gegenüberstellung bringen. Als mit Tambroni einer ihrer Männer den äußersten Versuch wagte, diese Situation wiederherzustellen, wurde er sehr schnell von einer großen und einheitlichen Volksbewegung hinweggefegt und von seiner eigenen Partei fallengelassen. Doch es gab noch mehr: Als die DC nach dem Scheitern ihrer Linie mit dem Experiment des linken Zentrums ein Manöver neuer Art einleitete, erlitt sie auch auf diesem Gebiet eine Niederlage.

Die Krise, die aus dem Scheitern dieser verschiedenen Versuche zur Durchsetzung einer Politik der Teilung des Volkes und des Landes entstanden ist, hat die DC noch nicht überwunden. Sie bemerkt zwar, daß es sehr schwierig ist und daß es schwerwiegende böse Konsequenzen für alle anderen und für sie selbst haben kann, wenn sie auf die Gegenüberstellung und den Zusammenstoß setzt. Sie ist aber noch nicht so weit, konsequent den anderen Weg einzuschlagen. Und eben darin liegt einer der entscheidenden Gründe für die das Land peinigende Krise.

Was tun? In welche Richtung müssen wir die Dinge zu lenken versuchen? Aus dem kurzen Überblick über die soziale Zusammensetzung und den politischen Kurs der DC ergibt sich, daß diese Partei nicht nur eine vielfältige, sondern auch äußerst wandelbare Realität darstellt. Daraus resultiert weiterhin, daß die Veränderungen zum einen durch die innere Dialektik in der DC bedingt sind. Sie sind es zum anderen und ganz besonders durch die Art und Weise, in der sich die internationalen und nationalen Ereignisse entwickeln, durch die Kämpfe und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und Parteien, durch den Einfluß der Arbeiterbewegung und der IKP auf die Situation, durch ihre Kraft, ihren politischen Kurs und ihre Initiative. Denken wir nur an das jüngste Ereignis, an den Fall der Regierung Andreotti: Die aktive Gegnerschaft der Volksmassen, die Kampfentschlossenheit und das einheitliche Vorgehen der kommunistischen Opposition, der Kampf der Sozialistischen Partei und von Gruppen, Strömungen und Persönlichkeiten der DC selbst haben zum Zerfall der Koalition des rechten Zentrums geführt. Sie schufen eine Situation, in der selbst die Mehrheit innerhalb der DC, die Andreotti an die Regierung gebracht oder ihn zumindest unterstützt hatte, dahingeschwunden ist. Die DC mußte die Linie und die Perspektive des rechten Zentrums aufgeben.

Angesichts dieser Tatsache und ihrer jetzigen Orientierung kann die Aufgabe einer Partei wie der unseren eindeutig nur in folgendem bestehen: Es gilt, die Tendenzen zu isolieren und wirksam zu überwinden, die auf die Gegenüberstellung und die vertikale Teilung des Landes abzielen oder abzielen mögen oder die zumindest hartnäckig auf eine Position der ideologischen antikommunistischen Aussperrung hinauslaufen, die in Italien die drohende Gefahr der Spaltung der Nation bedeutet. Man muß sich im Gegenteil dafür einsetzen, daß die Tendenzen immer mehr an Einfluß gewinnen und schließlich überwiegen, die mit historischem und politischem Realismus die Notwendigkeit anerkennen, daß ein konstruktiver Dialog und eine Übereinkunft zwischen allen Volkskräften herangereift sind, ohne daß dies ein Verwischen oder eine Beseitigung der Unterschiede und verschiedenen politisch-ideologischen Positionen dieser Kräfte bedeutet.

Wir begreifen sicher als erste, daß der Weg zu diesem Ziel weder leicht ist, noch überhastet beschritten werden darf. Wir wissen auch sehr wohl, welche und wie viele harte und entscheidende Kämpfe nicht nur von unserer Partei auf den verschiedenen Gebieten mit einer genauen Zielstellung und in geduldiger Weise geführt werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Doch die zur Verfügung stehende Zeit ist nicht unbegrenzt. Die das Land belastenden Probleme, die ständig drohende Gefahr reaktionärer Abenteuer und die Notwendigkeit, der Nation endlich einen sicheren Weg der ökonomischen Entwicklung, der sozialen Erneuerung und des demokratischen Fortschritts zu öffnen, machen es immer dringlicher, zu dem zu gelangen, was als der neue, große „historische Kompromiß" zwischen den Kräften, die die Mehrheit des italienischen Volkes vereinen und vertreten, bezeichnet werden kann.

ENRICO BERLINGUER
Die PCI, Italien und Europa

Bericht an den 14. Parteitag der PCI am 18. März 1975 (Auszüge)

An dem entscheidenden Punkt, zu dem jetzt die Krise der italienischen Gesellschaft gelangt ist, wird von allen die entscheidende Bedeutung der „kommunistischen Frage" anerkannt. Dabei geht es einerseits um die Linie und die Aktion unserer Partei und andererseits um die Haltung aller andern politischen und gesellschaftlichen Kräfte uns gegenüber. Im Italien von heute ist das Problem der IKP zum Prüfstein für alle geworden. Warum? Weil durch die Kämpfe von über fünfzig Jahren und durch die Politik, die Initiativen und die Arbeit gerade der letzten Jahre die Kommunistische Partei eine Stärke erreicht hat, die sie ins Zentrum des politischen Lebens unserer Nation stellt.

Hinzu kommt, daß die gegenwärtige Krise Italiens Teil einer ebenfalls äußerst tiefen Krise ist, die alle Länder mit kapitalistischen Ordnungen trifft und die in den Zusammenhang dessen gehört, was wir geradewegs als eine neue Phase in der Weltgeschichte bestimmt haben.

Heute hängt das Schicksal unseres Landes weithin von der Entwicklung dieser weltweiten Krise ab. Die Form der Lösung der Krise der italienischen Gesellschaft wird erheblichen Einfluß auf die ökonomische und politische Entwicklung anderer Länder ausüben, besonders auf die Länder Europas und des Mittelmeerraums. Dies erklärt auch, warum vor allem in letzter Zeit nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb seiner Grenzen über die italienische Problematik diskutiert wird. Natürlich ist das Interesse für die Zukunft unseres Landes von unterschiedlichen Absichten und Haltungen bestimmt. Allgemein anerkannt wird jedoch, daß in Italien heute das Problem der Kommunisten der entscheidende Punkt ist. (...)

Niemand kann leugnen — und letztlich tut es auch keiner — daß die Bilanz, die die Kommunistische Partei für die drei Jahre seit dem letzten Parteitag vorlegen kann, eine sehr positive Bilanz ist — wegen der Kämpfe in allen Bereichen, wegen des in neuen Schichten der Bevölkerung gewonnenen Ansehens und wegen der Entwicklung der organisatorischen Strukturen der Partei. Wir halten die Behauptung nicht für übertrieben, daß dies vielleicht der wichtigste positive Faktor im Leben Italiens in den letzten Jahren ist. Es ist etwas, auf das sich unser Land in dieser kritischen und riskanten Situation fest verlassen kann. Aber gerade weil wir das Gravierende dieser Situation sehen, sollten wir Kommunisten uns vor Selbstzufriedenheit hüten. Wir sind uns der Verantwortung voll bewußt, die sich aus den vor uns liegenden Aufgaben ergibt. Wir wünschen uns, daß alle demokratischen Parteien, von den großen angefangen, ebenfalls beweisen, daß sie ihre internen und auch die Probleme ihres Verhältnisses zu unserem Land mit jenem kritischen Geist angehen, den wir in der Diskussion zur Vorbereitung unseres Parteitages unter Beweis zu stellen versucht haben (...)

Unsere Einschätzung der allgemeinen Entwicklung in Italien und der Welt führte uns zu einer Politik, die durch den Gedanken der Einheit geprägt ist. In der Innenpolitik ist Ausdruck dieser Politik die Perspektive des „historischen Kompromisses" und auf internationalem Gebiet die Perspektive der breitestmöglichen Zusammenarbeit der Völker und Staaten aller Kontinente.

Gegen die Logik des Imperialismus

Nur der Kampf für ein wirksames System der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit macht es möglich, die Katastrophe des Atomkriegs zu vermeiden und die aggressive und mit dem Tod spielende Logik des heutigen Imperialismus zu überwinden. Nur so wird die Nutzung aller materiellen und menschlichen Ressourcen möglich, aller Errungenschaften der Wissen-

schaft und Technik (auch aus den kapitalistischen Ländern) — im Dienst des Friedens und der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung aller Völker und der ganzen Welt.

Im Lauf der letzten Monate hat die Krise in den einzelnen kapitalistischen Ländern und im imperialistischen und kapitalistischen Weltsystem sich rasch Tag für Tag und in jeder Hinsicht verschärft. Sie erwies sich als viel umfassender und akuter, als noch bis vor kurzem von den verschiedenen Regierungen und dem größten Teil der Wirtschaftswissenschaftler erwartet wurde.

Ganz anders, geradezu entgegengesetzt ist das Bild, das sich heute in den sozialistischen Ländern biete. Sicher hat auch auf diese Länder — vor allem auf jene, die über wenig Ressourcen verfügen und für die der Außenhandel von größerer Bedeutung ist — die Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohstoffe gewisse Auswirkungen. Das grundlegende Faktum ist jedoch, daß in allen sozialistischen Ländern auch 1974 ein starkes Wachstum der Produktion zu verzeichnen war — und das ist auch für die Zukunft zu erwarten. Aus dem vor kurzem bekanntgegebenen Jahresbericht über die ökonomische Entwicklung in den Ländern des COMECON ist zu entnehmen, daß in diesen Ländern insgesamt die Industrieproduktion 1974 um 8,5 % gegenüber 1973 zugenommen hat. Während die Werktätigen der kapitalistischen Länder hart von der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Teuerung getroffen werden, sind in den sozialistischen Ländern weitere Verbesserungen im Lebensstandard und in der kulturellen Entwicklung der Völker zu verzeichnen.

Der Vormarsch der sozialistischen Länder

Es ist also eine Tatsache: in der kapitalistischen Welt gibt es die Krise, in der sozialistischen gibt es sie nicht. Zwar können die Formen und die politischen Institutionen, mit denen bisher der Sozialismus aufgebaut wurde, aus vielen und auch wesentlichen Gründen nicht die sein, mit denen in andern Ländern und Regionen der Welt der Sozialismus aufgebaut werden wird. Aber es zeigt sich, daß der Sozialismus — durch die Planung und durch eine wirksame Steuerung der Volkswirtschaft im Interesse der Massen — fähig ist, das kontinuierliche Wachstum der Produktion und des gesellschaftlichen Wohlstands zu sichern. Darüber hinaus wird fast allgemein anerkannt, daß in jenen Ländern ein höheres moralisches Klima existiert als in den kapitalistischen Gesellschaften, wo ideelle und ethische Werte immer mehr verfallen und wo Korruption und Auflösungserscheinungen immer mehr um sich greifen.

Wie wir aus unserer Theorie und aus der Erfahrung der letzten hundert Jahre wissen, sind die zyklischen Krisen des kapitalistischen Systems die Phase, in der alle Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation explodieren — aber auch die Phase, die jeweils einem Aufschwung vorausging. Es ist vielsagend, daß die aktuellen Prognosen der Regierungen und der Wirtschaftswissenschaftler der kapitalistischen Länder den Beginn des Aufschwungs immer weiter hinausschieben.Noch bezeichnender ist, daß alle erwarten — wenn man sich weiterhin auf die Methoden einer „Stützungspolitik" verläßt, wie sie in verschiedener Form im Verlauf der zyklischen Krisen vor und nach dem zweiten Weltkrieg praktiziert wurde — daß der Aufschwung unvermeidlich von einem neuen inflationären Schub begleitet sein wird, während die Arbeitslosigkeit hoch bleibt. Es wäre dies eine Verschärfung des Elements der Instabilität, das charakteristisch für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in der gegenwärtigen Periode ist. Es hieße, daß ihre inneren Widersprüche sich in immer kürzeren Abständen und unter immer stärkeren Spannungen verdichten.

Die gegenwärtige Krise hat zyklischen Charakter — was sich obendrein heute besonders massiv äußert — so in ihrem Umfang und ihrer Dauer — sie ist aber auch durch neue Prozesse und Faktoren charakterisiert, auf internationaler Ebene wie in den gesellschaftlichen Verhältnissen der einzelnen kapitalistischen Länder. Der entscheidende neue Prozeß war und ist die Verkleinerung des Ausbeutungs- und Herrschaftsbereichs des Imperialismus, als Folge der Existenz und der Konsolidierung des sozialistischen Wirtschaftsbereichs sowie der Tendenz zur politischen und wirtschaftlichen Emanzipation, die sich immer kraftvoller und breiter unter den aufstrebenden Ländern manifestiert. Ein anderer Faktor besteht in der größeren Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die sich wesentlich härter als in den vergangenen Jahrzehnten zur Wehr setzt und die Errungenschaften neuen Typs (Garantielohn, höhere Ar-

beitslosenunterstützung, einige Formen der Kontrolle über den Einsatz der Arbeitskräfte usw.) zu verzeichnen hat. Dieser neue Faktor hemmt in mehr oder minder relevantem Ausmaß das Sinken der Beschäftigung und der Einkommen der Werktätigen, macht aber zugleich die Anwendung der in der Vergangenheit benutzten Mechanismen komplizierter, als man die Krisen überwand, indem man alle Lasten auf die werktätigen Massen abwälzte. Auch unter diesem Aspekt wird also die objektive Notwendigkeit neuer Lösungen für jeden immer deutlicher, der vermeiden möchte, daß man den Ausweg aus der Krise in reaktionären Abenteuern oder im Krieg sucht.

Der klassische sozialdemokratische Irrtum

Viele Ereignisse der letzten Monate zeigen jedoch, daß ein Teil der herrschenden Gruppen der kapitalistischen Länder dazu neigt, zu antidemokratischen Manövern Zuflucht zu nehmen oder mit kriegerischen Abenteuern droht. Als besonders besorgniserregend betrachten wir das Wiedererstarken der Rechtskräfte und offen reaktionärer Gruppen in der BRD. Leider finden die Initiativen der christdemokratischen Gruppe um Strauß nicht bei der ganzen deutschen Sozialdemokratie die angemessene Antwort. Vielmehr scheint ein Teil der SPD den klassischen Irrtum einiger sozialdemokratischer Parteien zu wiederholen, die — um dem Druck und der Aufweichung von rechts standzuhalten — sich selbst nach rechts entwickelten.

Um einem System weltweiter Zusammenarbeit näherzukommen — und sei es auch nur schrittweise —, ist der aktive Beitrag aller Länder der Welt erforderlich, der großen wie der kleinen. Dies brächte konkrete Vorteile für alle. Es liegt auf der Hand, welch ein Beitrag zur Entwicklung einer solchen weltweiten Zusammenarbeit von den sozialistischen Ländern kommen kann, besonders von einer stabilen, mächtigen, geplanten Wirtschaft wie der der Sowjetunion; sehr groß könnte auch die Rolle der Volksrepublik China sein, wenn sie vollständig und aktiv am



ROM 1972: Paramilitärische Verbände der Neofaschisten beim Marsch durch die Stadt.

Aufbau eines internationalen Systems friedlicher Koexistenz und am weltweiten wirtschaftlichen Leben beteiligt ist. Ebenso offensichtlich ist, daß zum Aufbau eines Systems der Zusammenarbeit mit derart weitgesteckten Zielen es objektiv unumgänglich ist, daß die USA darin eine Rolle spielen, die dem entscheidenden Gewicht entspricht, das ihre Politik für die Zukunft des Friedens hat, sowie ihrer ökonomischen Potenz und den spezifischen Qualitäten ihres Volkes.

Aus alledem ergibt sich, daß Westeuropa sich nicht nur nicht in Gegensatz zur Sowjetunion oder zu den Vereinigten Staaten stellen darf, sondern daß es positiv und aktiv im ganzen Bereich der internationalen Beziehungen als Partner auftreten muß. Das bedeutet, daß es Europa sich auch zur Aufgabe machen muß, den sowjetisch-amerikanischen Dialog zu fördern und daß es alles in seiner Möglichkeit stehende tun muß, damit dieser Dialog — im Rahmen des allgemeinen Entspannungsprozesses — zum Fortschritt eines jeden Volkes und der ganzen menschlichen Gesellschaft beiträgt.

Auch Träume haben einen revolutionären Wert

Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen, wäre es vorstellbar, daß die Entwicklung der friedlichen Koexistenz und eines Systems der Zusammenarbeit und der Integration allmählich die Logik des Imperialismus und Kapitalismus überwindet und die verschiedensten Aspekte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der ganzen Menschheit umfaßt. So könnte die Idee einer „Weltregierung" Realität werden, die Ausdruck der Übereinstimmung und der freien Beteiligung aller Länder wäre. So könnte diese Idee aus dem Reich der reinen Utopie heraustreten, in das sie die Pläne und Träume verschiedener Denker in den letzten Jahrhunderten stellten.

Natürlich sind wir uns darüber im klaren, daß viel Zukunftsglaube im Spiel ist, wenn wir heute diese Idee aufwerfen. Wir erinnern aber daran, daß Lenin sagte, auch die Träume könnten einen revolutionären Wert haben. (...)

Wir bleiben proletarische Internationalisten

Die italienische Arbeiterbewegung und unsere Partei haben feste internationalistische Traditionen, denen wir auch treu bleiben wollen. Niemand soll darauf hoffen, bei uns könnten Anregungen und Aufforderungen auf fruchtbaren Boden fallen, mit den Prinzipien und der Praxis des proletarischen Internationalismus zu brechen oder uns von der Linie der Solidarität und gemeinsamer Kämpfe mit allen Arbeiter-, sozialistischen und revolutionären Kräften in allen Teilen der Welt zu entfernen. Wir haben uns für sie entschieden und wollen — aus freier Entscheidung und in voller Autonomie — diese Linie weiter verfolgen. In den letzten Jahren haben sich unsere internationalen Beziehungen weiter entwickelt und ausgedehnt, nicht nur zu den kommunistischen Parteien, sondern auch zu anderen Kräften der sozialistischen und Arbeiterbewegung im Westen und zu Befreiungsbewegungen und Regierungen in den Ländern der Dritten Welt. (...)

Im Mittelpunkt unseres internationalen Engagement müssen immer mehr unsere Initiativen in Westeuropa stehen, im Geist und entsprechend den Aussagen der Brüsseler Konferenz von 1974. (...)

Wir sind davon überzeugt, daß die fortgeschrittene Arbeiterbewegung Westeuropas, in der die marxistische Theorie entstanden ist, heute eine besondere Verantwortung trägt und sich zuversichtlich der Aufgabe stellen kann, die sich heute für alle so vielfältigen und breiten Kräfte ergibt, die in allen Teilen der Welt sich auf die Ideen und die Methode des Marxismus berufen — der Aufgabe, die authentische Substanz des Marxismus in ihrer Fülle und ihrem Reichtum zu erneuern und schöpferisch weiterzuentwickeln, damit der Marxismus zu einem immer besseren Instrument wird, um die Prozesse der gegenwärtigen Welt zu verstehen und dem Kampf für den Sozialismus ein immer festeres theoretisches Fundament zu geben. Diese Entwicklung bringt mit sich die Überwindung alter und neuer Konzeptionen und Praktiken opportunisti-

scher Art (...) und des dogmatischen und scholastischen Schematismus, unter deren Konsequenzen die gesamte Arbeiter- und kommunistische Bewegung gelitten hat und immer noch leidet. Notwendig dazu sind theoretisches Arbeiten und offene Auseinandersetzung. (...)

Die allgemeine Perspektive, die wir aufzeigen, ist das, was wir eine neue Etappe der antifaschistischen Revolution genannt haben, d.h. eine neue Phase der Entwicklung der Demokratie. Sie würde einige Elemente des Sozialismus in die Strukturen der Gesellschaft einbringen, in der Einkommensverteilung, in den Lebensgewohnheiten, der Ausübung der Macht und in der bewußten Lenkung des umfassenden und vielfältigen Prozesses der ökonomischen Entwicklung.

Am 23. Mai 1945, einen Monat nach der Befreiung Italiens, sagte Togliatti vor kommunistischen Kadern in Turin: „Wir befinden uns heute in der ersten Etappe dessen, was ich als eine tiefgreifende demokratischen Transformation in Italien bezeichnen würde." Trotz der ver-





BEERDIGUNG TOGLIATTIS am 25. August 1964 unter Beteiligung von mehr als einer Million Menschen. Umberto Terracini, Gian Carlo Pajetta, Pietro Ingrao und Giorgio Amendola (von links) tragen den Sarg aus dem Gebäude des Zentralkomitees in Rom.

schlungenen und auch stürmischen Geschichte dieser Jahrzehnte glauben wir, daß einige der wesentlichen Ziele dessen, was Togliatti damals als erste Etappe einer demokratischen Revolution bezeichnete, erreicht worden sind. Es wurde das Fundament eines demokratischen Staats neuen Typs gelegt und die entscheidende Rolle dabei spielte die Arbeiterklasse.

Der Typ der kapitalistischen Entwicklung, dem man in diesen Jahren folgte, ist in die Krise geraten und die herrschenden bürgerlichen Klassen sind unfähig, den weiteren Fortschritt der italienischen Gesellschaft nach den Prinzipien der republikanischen Verfassung zu sichern. Heute geht es deshalb darum, eine zweite Etappe der demokratischen und antifaschistischen Revolution in Angriff zu nehmen. Sie muß charakterisiert sein durch einen Prozeß der allmählichen Lösung von den Mechanismen des kapitalistischen Systems, durch die volle Bestätigung der führenden nationalen Rolle der Werktätigen und der Arbeiterklasse. (...)

Der Vorschlag des historischen Kompromisses drückte einerseits die immer breiteren Erwartungen nach einer allgemeinen Veränderung des politischen, gesellschaftlichen und moralischen Systems aus; andererseits stellte er sich dar (und wurde zu recht so verstanden) als der einzige neue Vorschlag gegenüber all den verschiedenen politischen Formeln, mit denen man seit über 25 Jahren operierte.

Viele sahen im historischen Kompromiß im wesentlichen den Vorschlag eines neuen Regierungsbündnisses, einer neuen Regierungsformel unter Einschluß der IKP. Diese Interpretation erfaßt ohne Zweifel ein wesentliches Element des historischen Kompromisses (...). Aber diese Interpretation erfaßt nicht die ganze Tragweite und drückt nicht alle Aspekte der Linie des historischen Kompromisses aus. Die Frage des Eintritts der IKP in den Regierungsraum ist zweifellos entscheidend, aber (...) wir müssen nochmals betonen, daß der Moment zur Realisierung dieser Möglichkeit nicht nur von uns abhängt. Wir sind keine „Bewerber" und werden es auch nicht sein. Wir haben es nicht eilig. Die objektive Dringlichkeit ergibt sich aus dem Stand der Dinge, aus der Schwere der Krise, die unser Land durchmacht.

Eine Beteiligung der IKP an der direkten Regierungsverantwortung wäre gewiß eine Wende — ausgehend davon, wer wir sind und was wir repräsentieren — es wäre aber falsch, unsere gesamte Strategie auf diesen Aspekt zu reduzieren.

Einerseits geht die Strategie des historischen Kompromisses über die Frage der Beteiligung der Kommunisten an der Regierung hinaus, andererseits (...) ist er eine Linie, die über die Bildung einer neuen Mehrheit hinaus Gültigkeit besitzt, eine Linie, die geeignet ist, die dringlichsten Probleme unseres Landes korrekt und positiv anzugehen und zu lösen.

Den Privilegierten die Massenbasis entziehen

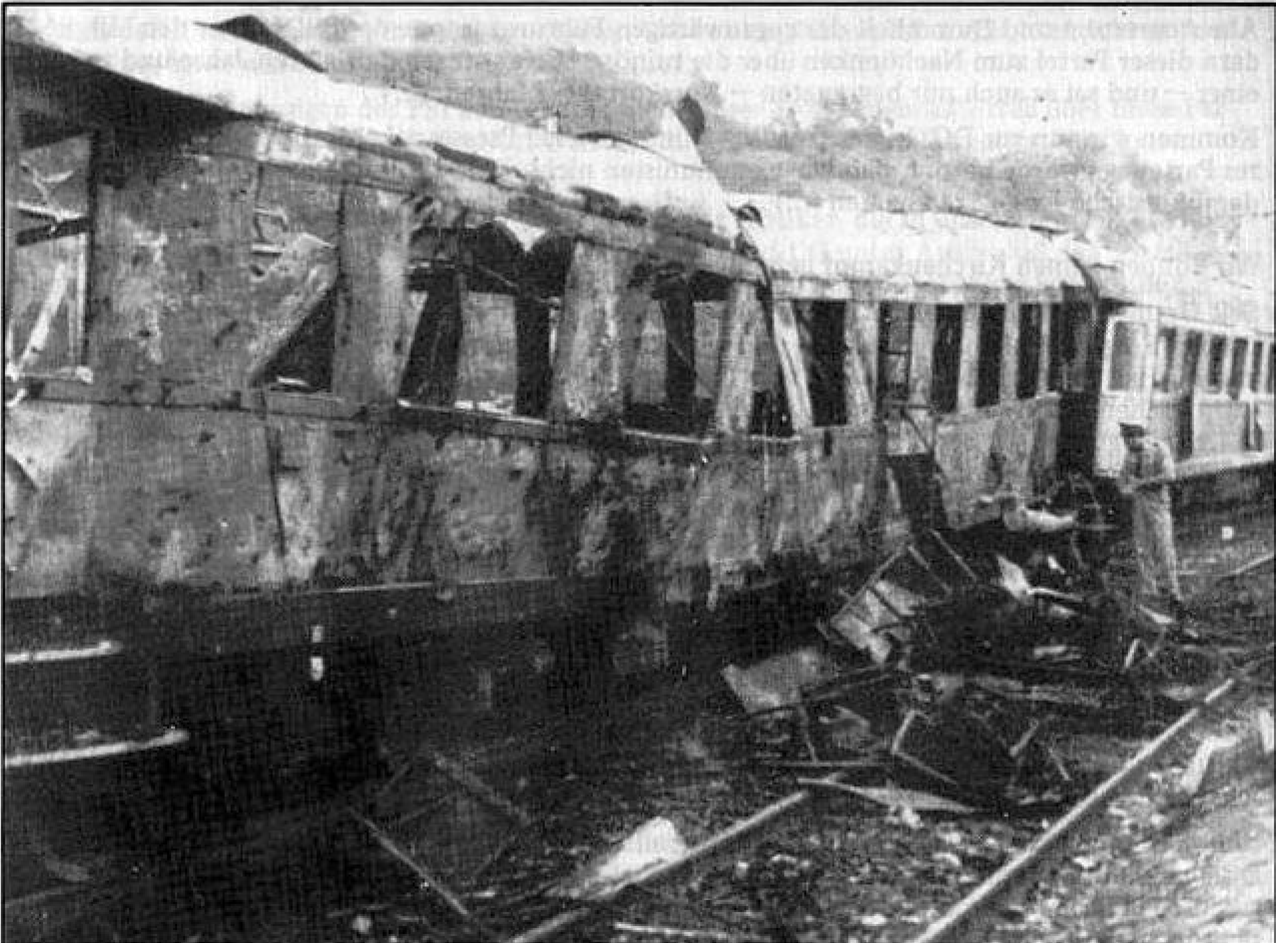
Die Strategie des historischen Kompromisses wurde sicher nicht zufällig in kohärenter Form nach den tragischen Ereignissen in Chile entwickelt, jedoch stets unter Bezug auf die Besonderheiten der italienischen Situation. Dieser Strategie liegt ein sehr einfacher Gedanke zugrunde: um in Italien die Demokratie zu retten und eine allgemeine Erneuerung der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens zu verwirklichen, sind große Kämpfe, außerordentliche Anstrengungen und alle Energien der Massen nötig. Gerade weil einer solchen Erneuerung sich kleine, aber sehr mächtige und aggressive wirtschaftliche und politische Gruppen widersetzen, ist es notwendig, sie zu isolieren und zu verhindern, daß sie über eine Massenbasis verfügen. Eben deshalb sind wir der Auffassung, daß man eine breite Mehrheit schaffen muß, die alle demokratischen und Volkskräfte umfaßt und die die Verschiedenheit in ideeller Herkunft und politischer Tradition beachtet, von denen diese Kräfte geprägt sind. (...)

An dem Tag, an dem die demokratischen Kräfte gemeinsam eine effektive Aktion zur Erneuerung der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens in Angriff nehmen, würde die Opposition der privilegierten Gruppen gewiß nicht ausbleiben. Gerade um mit den Risiken einer solchen Opposition fertig zu werden, bräuchte die Regierungsmehrheit die breiteste Zustimmung der Massen (...) in einem engen Vertrauensverhältnis zwischen der politischen Führung des Landes und dem Volk. Gleichzeitig — und das ist ein zweiter zentraler Punkt für uns — müssen die demokratischen Garantien und die volle Achtung aller verfassungsmäßigen Freiheiten beibehalten werden. (...)

Die Bedeutung der Basisdemokratie

Die Bedeutung, die wir der Entwicklung verschiedener Formen dessen zumessen, was man als Basisdemokratie bezeichnen könnte, heißt nicht, daß wir abstruse Theorien von direkter Demokratie akzeptieren, die die einzig echte sein soll und die notwendigerweise in Konflikt mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie geraten würde.

Wir verstehen die Entwicklung der Basisdemokratie als etwas, das einerseits zur Lösung von Problemen durch die breiteste Beteiligung und Initiative der Bürger beiträgt und andererseits den repräsentativen Institutionen und dem demokratischen Staat ein festeres Fundament



FASCHISTISCHES ATTENTAT auf den Schnellzug „Italicus" im August 1974. 12 Tote. 58 Verletzte.

geben kann. (...) Wir sind für eine reich gegliederte, aber auch starke Demokratie — stark, weil getragen vom Vertrauen und der Initiative der Bürger und ihrer verschiedenen Organisationen; stark aber auch, weil die Organe der politischen Macht, denen die politische Leitung des Landes zukommt, die notwendigen Entscheidungen mit Effizienz, Weitblick und ohne Aufschub treffen und es zu erreichen verstehen müssen, daß diese Entscheidungen von allen respektiert werden. Speichelleckertum lehnen wir entschlossen und einheitlich ab. (...)

Die Krise der rechten Positionen

Es ist festzustellen, daß die Krise der rechten Positionen und Gruppen akuter geworden ist. Selbst innerhalb der MSI treten Gegensätze auf, auch infolge der Neinstimmen, die von zahlreichen Wählern der MSI beim Scheidungsreferendum abgegeben wurden, sowie infolge der in letzter Zeit ans Licht gekommenen Komplizenschaft zwischen Exponenten der MSI und Gruppen, die in den Bereich des nackten Terrorismus und der kriminellen Gewalt gehören. Diese Krise bringt Gruppen der MSI einerseits zu immer aggressiveren und provokatorischeren Akten, verkleinert andererseits aber die Basis des Einverständnisses, die sich die MSI in einigen Provinzen und Regionen hatte verschaffen können. Wir müssen daher dem faschistischen Terror noch fester und rascher eine Abfuhr erteilen und uns gleichzeitig weiter bemühen, der MSI jede Massenbasis zu nehmen. (...)

Die PSDI hat im Lauf der letzten Jahre eine schroffe Niederlage erfahren. Es wäre zu wünschen — auch wenn zu großen Hoffnungen kein Anlaß besteht — daß die wiederholten Beweise für

Abenteurertum und Dummheit der gegenwärtigen Führungsgruppe der PSDI unter den Mitgliedern dieser Partei zum Nachdenken über die ruinösen Erfahrungen der letzten Jahre und zu einer — und sei es auch nur begrenzten — Kurskorrektur führen. (...)

Kommen wir nun zur DC. In den Tagungen und in vielen Presseartikeln zur Vorbereitung unseres Parteitags wurde betont, daß wir Kommunisten nicht die katholische Frage auf die „christdemokratische Frage" reduzieren (...) .

Wir können keinen Kirchenkampf gebrauchen

Seit Gramsci haben wir gelernt, die entscheidende Bedeutung der vatikanischen und der katholischen Frage in Italien zu verstehen und wir alle wissen, welche Anstöße zur Ausarbeitung, unserer Haltung in dieser Frage erst von Togliatti und dann Longo kamen. (...) Man muß der katholischen Frage stets Rechnung tragen, einmal weil es sich um verletzbare Gefühle und tiefe Überzeugungen großer Massen handelt, zu denen wir ein positives Verhältnis wechselseitigen Verständnisses herstellen können und müssen, zum andern weil die italienische Demokratie weder heute noch in Zukunft Spaltungen aus religiösen Gründen braucht. Wir betonen erneut unsere Ablehnung jedes Integralismus und unsere entschiedene Treue zur Methode der Toleranz und des Respekts vor jeder Überzeugung und jeden Glaubens. Sie liegen auch dem von uns vertretenen Prinzip der religiösen Neutralität des Staates zugrunde, auch des sozialistischen Staates, den wir aufbauen wollen — eines Staates, der sich nicht mit einer Partei und nicht mit einer besonderen politischen und ideologischen Konzeption identifizieren kann und darf. Er darf nicht einen religiösen Glauben, eine Kirche oder eine kulturelle Strömung zum Nachteil von anderen privilegieren, sondern muß die grundlegenden Bedingungen für eine freie materielle, intellektuelle und moralische Entwicklung einer jeden Persönlichkeit sowie der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen garantieren, in denen sie sich ausdrückt. (...)

Einige Gruppen haben sich auf einigen Vorbereitungstagungen gefragt, ob sich die Politik der DC überhaupt ändern kann. Aber kann ein Marxist annehmen, es gebe irgendeinen Aspekt der gesellschaftlichen und politischen Realität, der dazu bestimmt ist, sich nicht zu ändern? Hinsichtlich der DC läßt sich vor allem feststellen, daß sie im Laufe ihrer Geschichte sich nicht wenige Male geändert hat, in speziellen wie in allgemeinen Aspekten, zum Guten wie zum Schlechten. Gerade gegenwärtig aber ist die DC von tieferen Krisen und Gegensätzen geprägt denn je.

Einerseits gibt es eine Richtung, die störrisch an einer rückschrittlichen Politik festhält. Andererseits — und nicht nur an der Basis — gibt es in der DC mehr Zweifel, Vorbehalte, offene Opposition und verbreitete und alarmierende Fragen über die Politik und die Identität der Partei als in der Vergangenheit der DC. (...)

Man muß sich darüber im klaren sein, daß die DC nach wie vor in breiten Schichten der Bevölkerung, darunter Werktätige aus den verschiedensten Bereichen, stark verankert ist. Das Hauptziel kann nur darin bestehen, soweit wie möglich einen Wandel in der Orientierung und den Zielen der DC zu erreichen, einen Wandel in konsequent demokratischem und antifaschistischem Sinn, im Sinn der Öffnung zu einer Politik der Reformen und der Verständigung mit allen Arbeiter- und Volkskräften. Für die Perspektive, die wir für richtig für die Interessen und die demokratische Zukunft des ganzen Landes halten, also für die Perspektive einer positiven Veränderung der Linie der DC zu kämpfen, bedeutet, die Initiative für die Einheit zu intensivieren und auszuweiten, indem wir gegen die gegenwärtige Politik der DC kämpfen.

Die Linie breiter demokratischer Volkseinheit, die wir vorschlagen, ist kein Hindernis für eine festere Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien; vielmehr stimuliert und fördert sie diese Einheit. (...)

Die Problematik der Sozialisten

Die Problematik der PSI beinhaltet viele positive Elemente, aber auch Momente von Konfusion, die eine gewisse Besorgnis erregen. So gab es Positionen, die weithin auf eine Akzeptierung des

Systems der Klientelwirtschaft in der staatlichen Verwaltung hinausliefen. Zugleich lebten Positionen eines alten wie eines neuen Maximalismus auf.

Fehler und Schwankungen der PSI ändern aber nicht unser grundlegendes Urteil über diese Partei, wonach die PSI eine wichtige Kraft der Arbeiterbewegung und der Demokratie in Italien darstellt.

Nichts kann oberflächlicher sein als die Positionen jener Kritiker, die in unserer Politik des historischen Kompromisses eine Übereinkunft zwischen IKP und DC unter Ausschluß der Sozialisten sahen. Im Gegenteil begreifen wir die politische Einheit der Arbeiterklasse als Angelpunkt der Strategie des historischen Kompromisses.

Die entscheidende Frage, die sich gleichermaßen Kommunisten wie Sozialisten stellt, ist, sich auf den Standpunkt der allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und des Landes zu stellen. Das Ziel, das wir gemeinsam erreichen müssen, ist jenes, für das Generationen von Arbeitern, Tagelöhnern und armen Bauern, Werktätigen, Jugendlichen und Intellektuellen und viele bewährte kommunistische und sozialistische Aktivisten gearbeitet haben: die Erreichung der politischen Lenkung der Gesellschaft und des Staates durch die Arbeiterklasse in ihrer Gesamthiet. (...)

Unsere Kritik an den Extremisten

Unsere Kritik am Extremismus ist nicht nur politischer Natur. Auf politischer Ebene ist unsere Verurteilung aller Formen des Abenteuertums und der Provokation total. Die schlimmen Irrtümer in der politischen Analyse und die gewaltige Widersprüchlichkeit der extremistischen Gruppen lassen sich nicht vergessen. Es sei hier nur an ihr Geschrei vor einigen Jahren erinnert, über die Möglichkeiten des bourgeoisen Reformismus und die Unvermeidlichkeit der sozialdemokratischen Integration der Massen. Oder man denke an ihre Polemiken gegen uns, weil wir den antifaschistischen Kampf nicht als überholt ansahen — heute dagegen sehen sie überall Faschismus, sie begünstigen geradezu die Bildung eines reaktionären Blocks und drängen Schichten nach rechts, die keineswegs Faschisten sind. (...)

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Partei in der Zeit seit dem letzten Parteitag ständig und in bedeutendem Ausmaß ihre Kraft und ihr politisches Prestige gesteigert hat. Dies ist zweifellos der politischen Linie und den Initiativen zu verdanken, mit denen wir die schwierigen internationalen und inländischen Probleme angegangen sind.

Die erste Voraussetzung der Entwicklung der IKP in den letzten Jahren liegt in der Geschichte unserer Partei, in ihrem großen Erbe an Opfern, Kämpfen, Erfahrungen und theoretischer Arbeit.

Wir haben uns stets — auch in den Momenten akuter politischer Spannung — bemüht, die allgemeinen Ziele unseres Handelns nicht aus den Augen zu verlieren, die Verbindung zwischen den unmittelbaren und den historischen Zielen, die wir haben — die Emanzipation der Welt der Arbeit, die demokratische und sozialistische Revolution. Dies haben wir nicht nur durch die Propagierung des Sozialismus getan; wir haben konkret eine alte Beschränkung der Arbeiterbewegung überwunden, nämlich die faktische Trennung zwischen politischer Aktion und sozialistischer Perspektive, die auf bloße Propaganda reduziert wurde. Angesichts der Probleme der kapitalistischen Krise, in deren Zusammenhang die Krise unseres Landes gehört, sprachen wir von der Notwendigkeit, einen Ausweg aus der Logik des Kapitalismus zu finden, und von der Dringlichkeit, Lösungen zu finden, die Elemente des Sozialismus enthielten. Dies ist eindeutig kein Schritt zurück, kein Abgehen von unserem allgemeinen Ziel, dem Sozialismus. Es ist im Gegenteil ein realer Prozeß des Fortschritts zu ihm.

QUELLE: PROTOKOLL DES XIV. PARTEITAGES DER PCI, 1975

SOZIALISTISCHE PARTEI
Tiefgreifende Wende nach Links

Die Italienische Sozialistische Partei legte zu den letzten Wahlen vom 20.Juni ein umfassendes Programm vor, das sowohl Absichtserklärungen für eine neue Regierungsbeteiligung enthielt als auch eine Beschreibung ihrer prinzipiellen Positionen. EXTRA EXTRA dokumentiert aus diesem Programm Wesentliches

Die PSI kämpft gegen die Hegemonie und das Machtsystem der Christdemokraten, die die entscheidende Ursache für die schwere Krise unseres Landes sind. Das Ende der christdemokrati schen Vorherrschaft ist die erste Voraussetzung für eine demokratische Lösung der politischen Krise Italiens.

Daher stellt die PSI die „sozialistische Frage", die in der Notwendigkeit des Wachstums der Stimmenzahl und der entscheidenden politischen Rolle der PSI besteht. Die PSI ist die einzige Partei, die aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Traditionen und ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung in der Lage ist, den Fortschritt der Demokratie zum Sozialismus zu garantieren und zu entwickeln, ohne das Risiko des Integralismus oder der Hegemonie einer Partei.

Die PSI fordert einen radikalen politischen Wandel und stellt als unmittelbares Ziel die Bildung einer Regierung, die — auf Basis eines Programms einer echten Wende — in ihrer Mehrheit alle verfassungstreuen demokratischen Kräfte vereint, um mit der Notstandssituation fertig zu werden, um alle Energien des Landes zu mobilisieren. Dabei stellt sich das Problem der unmittelbaren Übernahme von Verantwortung durch die Kommunisten, die die PSI — auf Grundlage der jeweiligen Autonomie in Urteilen und Entscheidungen — befürwortet.

Andere Lösungen kommen für die PSI nur in Frage, wenn sie eine tiefgreifende politische Wende nach links beinhalten.

Unabhängig vom Charakter der Regierung tritt die PSI ein für die Ausweitung und Vertiefung aller demokratischen Freiheiten — Meinungs- und Religionsfreiheit, Koalitionsfreiheit. Sie tritt ein für die Garantie des Pluralismus und der Autonomie der Gewerkschaften gegenüber der Regierung und den Parteien. Durch sozialen Fortschritt, die Befreiung von den materiellen Schranken der ökonomischen Unfreiheit und durch den Kampf für die Freiheit von Not strebt die PSI danach, der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit alle Möglichkeiten zu eröffnen.

Die PSI ist die Partei, die früher als andere und mit größerer Konsequenz für die Scheidung kämpfte, für die Demokratisierung der Streitkräfte, für die Abtreibung in den ersten Wochen nach freier Entscheidung der Frau auf Kosten und mit Hilfe des öffentlichen Gesundheitsdienstes, für das neue Familienrecht, für eine tatsächliche Befreiung der Frau und ihre Gleichheit mit dem Mann, für die volle Freiheit des künstlerischen Ausdrucks, für die Achtung aller Meinungen, für eine staatliche Ordnung, die tatsächlich für alle offen ist und besonders für die schwächsten Teile der Bevölkerung, für eine echt demokratische Leitung von Radio und Fernsehen. Die Freiheit ist untrennbar von der Gleichheit und der Gerechtigkeit.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist für die PSI der Schutz der Meinungsfreiheit und der Freiheit der Kultur. Dies darf keine verbale Versicherung bleiben, über die man sich faktisch hinwegsetzt, wenn man für nichtkonformistische Schriftsteller und Kulturschaffende unerträgliche Bedingungen schafft.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ist die PSI — im Geist der Verfassung — für die Garantie der Freiheit der katholischen Kirche wie der anderen Konfessionen. Zugleich

fordert die PSI die absolute Achtung der Autonomie und der Souveränität des Staates. Sie kämpft für eine Verstärkung seines weltlichen Charakters.

Die PSI betont ihre volle Autonomie und ihre unersetzliche Funktion in der italienischen Arbeiterbewegung. Gegenüber dem Kommunismus unterstreicht sie ihren demokratischen Charakter und ihre westliche, europäische Konzeption von den historischen und menschlichen Werten des Sozialismus. Sie unterstreicht auch die Fortschritte der IKP auf diesem Weg, zugleich aber das Fortbestehen von Zweideutigkeiten und Widersprüchen, die aus den Bindungen der IKP zur internationalen kommunistischen Bewegungen resultieren.

Die PSI betont die Bedeutung der Beziehungen zu den demokratischen Katholiken, lehnt aber entschlossen ein Fortbestehen der christdemokratischen Hegemonie in der Regierung ab. Auf die Christdemokraten fällt die Verantwortung für die gegenwärtige schwere Krise und für die Auflösungserscheinungen bei den demokratischen Institutionen — nach dreißig Jahren nahezu exklusiver Machtausübung, unter Einschluß der centro-sinistra-Periode, in der trotz der Bemühungen der PSI und einiger hauptsächlich auf ihre Initiative zurückzuführender Reformen sich die integralistisch-hegemonistische Konzeption der Christdemokraten nicht verändert hat: mit der Folge, daß sie Staat und Partei identifizierten und Regierungsmethoden anwandten, die Ausbreitung der Korruption auf allen Ebenen förderten und die Effizienz der Verwaltung untergruben.



DIE „HISTORISCHEN" FÜHRER der italienischen Sozialdemokraten (rechts: Guiseppe Saragat) und Sozialisten (links: Pietro Nenni) beim Vereinigungsparteitag 1966.

Die PSI akzeptiert die internationalen Bündnisverpflichtungen Italiens. Sie ist gegen einseitige Initiativen, die das Gleichgewicht der Kräfte verändern. Die Errichtung eines ökonomisch und politisch vereinten Europa ist für die PSI das Hauptziel der italienischen Außenpolitik.

Getreu ihren Traditionen unterstützt die PSI den Kampf der Völker gegen den Faschismus, besonders in Chile und den anderen Ländern Lateinamerikas, wo die Freiheit beseitigt wurde. Die PSI unterstützt die ehemals kolonialen Völker. Sie weist ausländische Einmischungen in die Politik Italiens und jedes anderen Landes zurück.

Grundlegendes Ziel der PSI ist die Restrukturierung des Wirtschaftssystems, die Stärkung seiner produktiven Basis. Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle — und besonders für die Jugendlichen und die Frauen, auf denen die Krise am schwersten lastet — sind eine vorrangige Aufgabe für den demokratischen Staat.

Man muß für andere Werte als die gegenwärtigen eintreten, für Vollbeschäftigung, für kollektiven und gesellschaftlichen Konsum, für eine größere Gleichheit im Lebensniveau. Mit einem Wort, es geht um den Übergang von der gegenwärtigen Ungewißheit, die die Unternehmer verunsichert, zu einer Politik, die die gegenwärtige Struktur allmählich im Sinne größeren Wachstums und größerer Wirtschaftlichkeit des Produktionsprozesses wandelt.

All das ist nur möglich mit einer Wirtschaftsprogrammierung neuen Typs. Die Unternehmen mit staatlicher Beteiligung müssen dem Partei-Einfluß entzogen werden.

Das italienische Banksystem muß tiefgreifend erneuert werden, um den Erfordernissen der wirtschaftlichen und finanziellen Restrukturierung des Landes zu entsprechen. Alle Verflechtungen mit den monopolistischen Gruppen müssen eliminiert werden.
Es wird zu prüfen sein, ob es angebracht ist, Vorschläge zur Realisierung einer effektiven industriellen Demokratie zu unterbreiten, durch eine Kontrolle der Investitionsprogramme, im Rahmen der nationalen Programmierung, auch um eine Entwicklung hin zur Selbstverwaltung zu fördern.

Eine Regierung mit sozialistischer Beteiligung muß auf die Stabilität der Preise achten. Es ist notwendig, von allen neue Opfer zu verlangen. Aber die höheren Kosten dürfen nicht auf die schwächsten Gruppen abgewälzt werden, auf die Volksmassen, die Werktätigen. Man muß die höchsten Einkommen beschneiden. „Wer mehr hat, hat mehr zu zahlen."

Größte Anstrengungen sind zu verwenden auf den Kampf gegen die Spekulation, besonders mit Waren des täglichen Bedarfs.

Hinsichtlich der Währungsschwierigkeiten muß in erster Linie die Kapitalflucht gestoppt werden. Zweitens muß der Konsum der Güter, die sich negativ auf die Zahlungsbilanz auswirken, eingeschränkt werden.

Die PSI betont erneut, daß man die Süditalienfrage nur dann ernsthaft angehen kann, wenn man sie als wesentliches Moment der allgemeinen Wirtschaftspolitik betrachtet. Notwendig ist eine radikale Veränderung in den bisher vorherrschenden Zielsetzungen.

Der Zusammenhang zwischen der Krise der Produktionsstruktur in Süditalien und der Krise des industriellen Apparates unseres Landes ist immer offensichtlicher geworden. Eine neue wirtschaftliche Strategie muß abzielen auf eine Stärkung der Produktionsstruktur Süditaliens und auf eine engere Verbindung zwischen dem Aufschwung der Industrie und der Modernisierung der Landwirtschaft.

Unser städtebauliches System gehört zu den enttäuschendsten und schmerzlichsten Kapiteln der Politik des centro-sinistre, sowohl wegen der Abneigung der Christdemokraten gegen eine umfassende, ernsthafte Reform, als auch wegen der Sabotage gegen die Verwirklichung der verabschiedeten Gesetze, die immerhin ein teilweises neues Bodenrecht brachten.

Diese Frage muß wiederaufgegriffen werden, da sie die Voraussetzung zur Überwindung der schweren Krise der Bauwirtschaft ist. Es gibt zuviel Luxuswohnungen und zuwenig Wohnungen für die Massen. Der Bausektor hat vorrangige Bedeutung für die Restrukturierung der Wirtschaft. Der Wohnungsbau muß dem wachsenden Bedarf an gesellschaftlichen Dienstleistungen entsprechen. Der Begriff der Wohnung muß ausgedehnt werden bis hin auf selbstverwaltete, gemeinschaftliche Einrichtungen, wie Kantinen oder Gemeinschaftsräume.

Gleichzeitig muß in der Frage der Mieten eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Die gegenwärtige Praxis des Mietstops muß aufgehoben werden. Einzuführen ist ein System der Kostenmiete.

Die Frage der Abtreibung ist von großer politischer Bedeutung. Sie war Gegenstand leidenschaftlicher Kämpfe und trug dazu bei, das Problem der Situation der Frau in unserer Gesellschaft aufzuwerfen.

Die PSI hatte das Verdienst, als erste die Initiative zu einem Gesetzesvorschlag zu ergreifen, um die schwersten Fälle der Abtreibung zu legalisieren und die alten inhumanen gesetzlichen Vorschriften abzuschaffen, wonach die strafrechtliche Ahndung der Abtreibung mit dem Schutz der Rasse in Zusammenhang gebracht wurde. In der Folge hat die PSI die Frage der Abtreibung in den allgemeineren Zusammenhang der Lage der Frau gestellt. Sie trat einfür die freie Abtreibung in den ersten zehn Wochen. Im parlamentarischen Kampf war die PSI die einzige Partei, die konsequent und entschlossen für die Selbstbestimmung der Frau eintrat, gegen die Empfehlung des Parlamentsausschusses, wonach die Entscheidung beim Arzt lag. Nachdem die Unterschriftensammlung für ein Referendum zur Abschaffung der strafrechtlichen Ahndung der Abtreibung angekündigt worden war, haben die sozialistischen Parteigruppen dieser Initiative die größtmögliche Unterstützung gegeben und ihnen ist es im wesentlichen zu verdanken, wenn die vorgeschriebene Unterschriftenzahl überschritten wurde.

Die Politik der PSI zielte darauf ab, ausgehend vom Prinzip der Selbstbestimmung der Frau, eine Übereinkunft aller laizistischen demokratischen Parteien zu erreichen, wobei ein positives Ergebnis erzielt wurde.

Hinsichtlich der Situation der Frau wird die PSI imParlament einen Gesetzesentwurf vorlegen, der — im Sinn der Gleichberechtigung der Geschlechter — jegliche Diskriminierung eliminiert.



ARBEITSLOSE demonstrieren 1976 in Neapel. Im letzten Jahr wurden im Süden des Landes zahlreiche Komitees der Arbeitslosen gegründet, die unter dem Patronat der Linksparteien stehen.

FRANCESCO DE MARTINO
Die Gefahr kommt immer von rechts

Interview mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens PSI vom 14. Juni 1976 in wesentlichen Auszügen

FRAGE: Ihr sagt in Eurem Programm, daß die Beendigung der christdemokratischen Vorherrschaft notwendig ist. Was bedeutet das?

DE MARTINO: Die Übermacht der DC gründete sich auf die Überzeugung, daß sich nie etwas verändern würde. Diese Überzeugung hat eine Partei verwirrt, die ehrbare Wurzeln und viele schätzenswerte Männer hat. Aber um etwas in der DC zu verändern, müßte man jedoch beweisen, daß sich in der Politik alles verändern kann. Keiner ist daran interessiert, eine Volkspartei zu bestrafen. Aber die DC beherrscht der Krebs der unerschütterlichen Macht, zumindest ist diese fixe Idee vorhanden. Aber nichts ist ewig, nichts ist heilig (ich spreche von den Parteien), alle Grenzen sind beweglich, alle Kombinationen müssen möglich sein.

FRAGE: Die PSI erklärte in ihrem Programm und Sie haben das oft wiederholt, daß sie zu verschiedenen politischen Konstruktionen bereit ist, mit Ausnahme der Rückkehr zum linken Zentrum. Die PCI lehnt indessen eine Unterstützung von außen entschieden ab und schlägt sich entweder für die Regierung oder für die Opposition vor. Das beschränkt die Breite des sozialistischen Projekts.

DE MARTINO: Ich glaube, daß damit die Kommunisten sagen wollen, daß sie kein neues linkes Zentrum akzeptieren würden. Wir haben nichts gegen eine Beteiligung der PCI an der Regierung einzuwenden. Das ist aber keine Bedingung. Die Bedingung ist, daß es keine Regierung gibt, die streng nach links verschlossen ist.

FRAGE: Die Kommunisten aber sagen „entweder Regierung oder nichts".

DE MARTINO: In der Wahlkampagne war das verständlich. Aber diese Strenge steht im Gegensatz zur natürlichen Fähigkeit der PCI, neue und verschiedene Situationen zu beachten.

FRAGE: Wie wichtig sind für die PSI die internationalen, vor allem amerikanische, Stimmen, die sich über das „italienische Problem" geäußert haben?

DE MARTINO: Das interessiert uns sehr. Wir kennen die Gründe dafür, aber andererseits kann man nicht ignorieren, was durch unsere historische Veränderung natürlich ist. Ich bin sicher, daß es zukünftig ein aufgeschlossenes Verhältnis geben wird, das für unseren westlichen Rahmen typischer ist, und das sich auf die Freiheit und das Verständnis für die nationalen Faktoren Italiens gründet. Ich glaube außerdem, daß die Sozialistische Partei als Garant für unsere internationalen Verpflichtungen angesehen werden muß. Ich glaube, daß das die ehrlichste Antwort ist, die man von uns erwarten kann. Darüber hinaus sehe ich am politischen und kulturellen Horizont Amerikas ermutigende Elemente auftauchen.

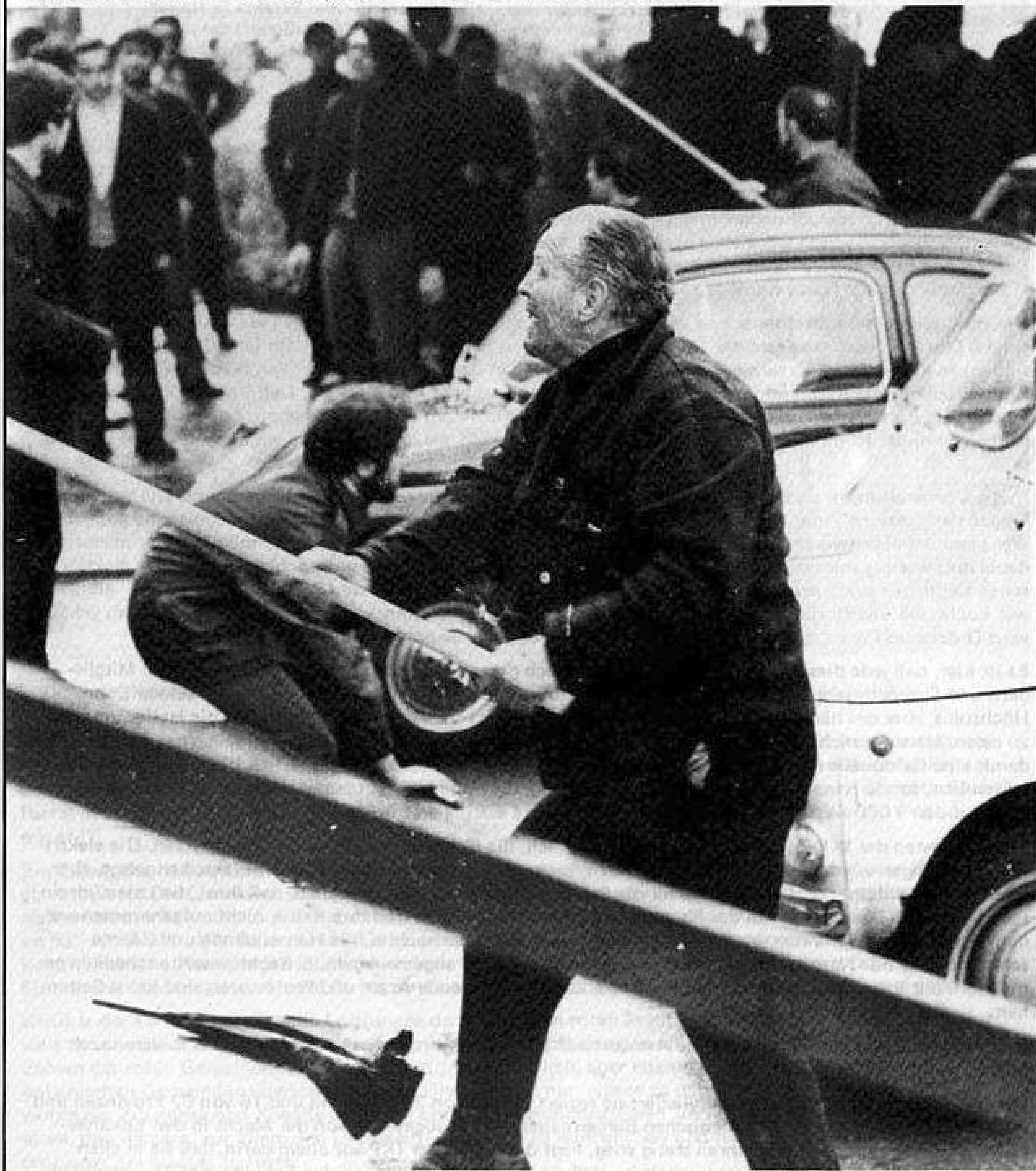
FRAGE: Aber das Mißtrauen betrifft nicht die PSI sondern die PCI.

DE MARTINO: Im Westen muß sich die Überzeugung von den Autonomiebestrebungen der PCI und der anderen westlichen Kommunistischen Parteien gegenüber den Ländern und Modellen Osteuropas den Weg bahnen, und das geschieht bereits. Es stimmt, daß es sich um einen unvollständigen Prozeß handelt. Aber er muß ermutigt und nicht entmutigt werden.

FRAGE: Folgendes Problem bleibt offen: Fürchtet die PSI, eine Partei der Freiheit und der Tole-

ranz, (wie es auch im Wahlprogramm der Partei heißt), nicht eine mögliche Annäherung an die osteuropäischen Modelle?

DE MARTINO: Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir das osteuropäische Modell konsequent zurückweisen. Aber es wäre seltsam und kulturhistorisch falsch, wenn wir die italienische Geschichte nicht beachten würden, in der die Linke im Kampf für die Freiheit in der Opposition steht, und in der die Gefahr für die Freiheit regelmäßig von rechts kommt. Wer uns helfen will, unsere Freiheit zu verteidigen, der muß unsere Geschichte kennen.



ROM, OKTOBER 1972: Ein faschistischer Schläger vor einer Mittelschule beim „Einsatz"

ESTHER BIONDI

Weshalb Antikommunismus nicht funktioniert

Unsere Italien-Korrespondentin Esther Biondi befragten wir nach den Gründen des häufigen Nichtfunktionierens des antikommunistischen Effekts in Italien. Sie nannte uns vier: Den prinzipiellen Antifaschismus der Italiener; das nie verlorene Bewußtsein von der Arbeiter-Einheit; die Solidarität als weitverbreitetes Lebensprinzip; und die Identifizierung der Kommunisten mit diesen Prinzipien.

Das letzte nationale Pressefest der „Unita" fand in der ersten Septemberhälfte 1975 in Florenz statt. Es war ein kulturelles und politisches Ereignis von nationaler Bedeutung und dauerte 15 Tage. In der Hauptstadt der Toskana traten Künstler von Weltruf auf, an den politischen Veranstaltungen nahmen Politiker aus vier Erdteilen teil. Zur Schlußkundgebung kamen etwa 1,2 Millionen Menschen und hörten Enrico Berlinguers Rede. Die Zuhörer waren aus allen Teilen Italiens gekommen, und nicht nur aus Italien, sondern aus ganz Europa und sogar aus Übersee: Mit Bussen, Eisenbahn, Flugzeug und Schiff. Trotzdem waren die meisten der vielen ausländischen Gäste wenig erstaunt. Von einer Partei wie der IKP hatte man nichts anderes erwartet.

Die ausländischen Beobachter wären vielleicht eher zum Staunen gebracht worden, wenn sie an einem der rund 9 000 lokalen Pressefeste der „Unita" teilgenommen hätten, die in jedem Jahr überall in Italien stattfinden: In kleinen Bergdörfern der Abruzzen ebenso wie in den Vororten der großen Städte, ja selbst in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, in Belgien und sogar inAustralien. Den Vorbereitungen für eines dieser Pressefeste, die eher Volksfeste sind, beizuwohnen, an ihnen teilzuhaben, vermittelt einen Eindruck von dieser Kommunistischen Partei, einen weit besseren, als die Teilnahme am Massenfestival von Florenz.

In die Vorbereitungen und den Ablauf der 9 000 Pressefeste ist die gesamte IKP eingespannt. Die Versammlungen der „sezione" (der Grundorganisationen der Partei) legen den Ablauf fest und verteilen die Aufgaben: Wer plant die Stände und wer baut sie auf; wer stellt das kulturelle Programm zusammen und wer macht dabei mit; wer organisiert die politischen Diskussionen und worüber wird gesprochen; wer legt die elektrischen Leitungen und wer macht das „ristorante", das es auch beim kleinsten Pressefest der „Unita" gibt; wer kocht; wer macht die Ausstellungen mit Fotografien und Plakaten; wer leitet die Sanitätsstation; wer wird Ordner und wer verkauft die „Unita" an jene Leute, die sie noch nicht abonniert haben.

Es ist klar, daß jede dieser Arbeiten völlig unentgeltlich getan wird und daß sie ausschließlich von Mitgliedern und Sympathisanten vollbracht wird. Für die tage- und oft nächtelange Arbeit gibt es keinen Lohn. Höchstens, aber das hängt von der „Strenge" des Restaurants-Verwalters ab, bekommen die Helfer umsonst zu essen. Meistens nicht, denn der Betrieb des ristorante ist eine der Haupteinnahmequellen des Festes — und damit eine Geldquelle für die Partei, die nur zu einem geringen Teil aus den lächerlich kleinen Mitgliedsbeiträgen lebt, sondern im wesentlichen von den Spenden, die Tag für Tag zusammenkommen und nicht zuletzt aus den 9 000 Festen der „Unita".

Bei den Festen der IKP-Zeitung versucht man natürlich, die Genossen „zielbewußt" einzusetzen. Die elektrischen Leitungen werden, aus Sicherheitsgründen, meist von einem kommunistischen Elektriker gelegt, aber schon der Architekt, der die Entwürfe für die Stände fertigt, muß damit rechnen, daß ihm „die Laien" dreinreden und alles „umwerfen" in der Planung, wenn ihre Anregungen und ihre Kritik nicht aufgenommen werden. Kritisch wird vor allem das Werk der Maler, der Künstler betrachtet, die Häuserwände und Bäume schmücken. Große Namen zählen nichts, wenn das Werk nicht allgemein gefällt. Rechtsanwälte schenken gemeinsam mit ihren Sekretärinnen den Wein aus, kartoffelschälende Ärzte und Professoren sind keine Seltenheit.

Die Volksfeste der „Unita" geben eine Antwort auf die Frage, warum diese Partei in Italien so verwurzelt ist und warum man ihr „glaubt".

Die IKP hat heute 1,7 Millionen Mitglieder; sie regiert in fünf von 20 Regionen und 16 von 92 Provinzen und sie stellt 1250 der rund 8000 italienischen Bürgermeister. Doch abgesehen von der Macht in den Lokalverwaltungen, die in den letzten Jahren stetig stieg, liegt die Stärke der IKP vor allem darin, daß sie in allen Schichten der Bevölkerung tief verwurzelt ist, daß sie in allen Betrieben, an den Schulen, den Universitäten, in allen Bereichen des öffentlichen, sozialen und kulturellen Lebens mitredet. Besonders in der Kampagne



VERONA, 21. JUNI 1976: Die Kommunisten feiern den Sieg bei den nationalen Wahlen.

zum Referendum über die Ehescheidung, die 1974 zu einem überraschend hohen Sieg führte, fanden auch fortschrittliche katholische Kreise, die der Heuchelei überdrüssig waren, zur Partei. So wurde Carlo Pajetta, dem Mitglied des Sekretariats der PCI, die Frage gestellt, ob die Partei darauf aus sei, die zweite katholische Partei nach den Christdemokraten zu werden. Pajetta antwortete: „Warum die zweite? Warum nicht die erste?"

Ein Erfolg der IKP besteht vor allem darin, daß man ihr das Motto, „Die Partei mit den sauberen Händen" glaubt. Waren die Christdemokraten und die anderen Parteien, auch die Sozialisten (und vor allem die Sozialdemokraten) ständig in politische Skandale, Korruptionsaffären und andere Spielarten des „sottogoverno" verwickelt: Die Kommunisten blieben ungeschoren. In einigen untergeordneten Fällen waren auch kommunistische Funktionäre in „nicht ehrbare Geschäfte", etwa bei der Grundstücksvergabe, verwickelt. Sie wurden schonungslos von der Partei zur Rechenschaft gezogen, aus ihrem Amt und der Partei gejagt.

Kritiker der Partei versuchen die Leistungen der IKP in den roten Städten und Regionen oft mit dem Hinweis zu schmälern, daß sie die Gemeinden mit ihren Dienstleistungen einfach in die Schulden, die „roten Zahlen der roten Gemeinden" treiben. Das stimmt sicherlich, aber ebenso stimmt auch, daß heute 90% aller italienischen Gemeinden überschuldet sind. Die Frage ist nur, wie es zu den Schulden gekommen ist und wohin die Zuschüsse und Kredite geflossen sind. Die kommunistischen Verwalter erklären, daß ihre Aufgabe es sei, den Bürgern, vor allem den Großstädtern, Leben zu ermöglichen und nicht, die chronischen Finanzprobleme des Staates zu lösen.

Andererseits versuchen die vorgesetzten Behörden, den roten Gemeinden das Arbeiten so schwer wie mög-

lich zu machen und sie an Erfolgen zu hindern. In den Zeitungen liest man täglich vom zermürbenden Tauziehen zwischen lokalen und zentralen Instanzen, weil jedes Gesetz, das eine Gemeinde, Provinz oder Region beschließt, von der römischen Zentrale gegengezeichnet werden, jede Finanzierung eine zweite Unterschrift tragen muß. So beschloß etwa die Stadt Turin die Finanzierung der Schulbücher für die Mittelschulen, aber die Zentralregierung verweigerte die Zustimmung.

Die IKP bereitet ihre Kader auf die Schwere des ungewohnten Amtes, das sie zunehmend übernehmen müssen, gründlich vor. Denn nicht Funktionäre übernehmen die harten Jobs in den Gemeinden, sondern Bürger, die bisher mit Finanzen und Wirtschaft nichts zu tun hatten. Die Partei führt eine Vielzahl von Seminaren auf ihren Parteischulen durch, von denen es nicht nur die großen in Rom, Como, Modena, Bari und Lecce gibt.

Diskussionen mit allen Schichten des Volkes

Die Partei ist dazu übergegangen, wichtige Probleme auch „offen" zu behandeln, also nicht nur für Mitglieder. Sie führt Konferenzen durch, die allen interessierten Bürgern offenstehen und auf denen sie mitdiskutieren können und sollen. Seit einiger Zeit hat sich das Fernsehen und die bürgerliche Presse dieser Konferenzen angenommen und berichtet breit darüber, weil viele dieser Konferenzen wichtige Lösungsvorschläge bringen. Zuletzt gab es Fachkonferenzen der Partei für die Mittel- und Kleinindustrie, für den Fischfang, den Handel und die Touristikindustrie. Damit wurden die Probleme von Schichten aufgegriffen, die der Partei in der italienischen Geschichte bisher eher feindlich gegenüberstanden und die Mittelschichten lernten eine Partei und deren Grundsätze kennen, die sie bisher nicht kennenlernen wollten. Im Zentralkomitee und in den Provinzleitungen (federazione) gibt es besondere Abteilungen, die sich mit den Problemen des Mittelstandes beschäftigen, der von der Wirtschaftskrise besonders erfaßt wurde und der immer weniger Vertrauen in die Staatsgewalt hat. Handwerker, Händler und Kleinunternehmer in der IKP sind keine Seltenheit mehr.

Der Antifaschismus als ein italienisches Prinzip

Hier stellt sich die Frage, warum der Antikommunismus, der doch seit 1947 von den Christdemokraten mit großzügiger Unterstützung der Amerikaner geschürt wurde, in Italien weniger Fuß gefaßt hat als in anderen westeuropäischen Ländern. Der Hauptgrund liegt sicherlich in der Geschichte dieses Landes, im Widerstandskampf, den Kommunisten, Sozialisten, Christen und Liberale Seite an Seite durchfochten, wobei niemand abstreiten kann (und will), daß die hauptsächlich aus Kommunisten zusammengesetzten Garibaldi-Verbände unter den Partisanen die Hauptlast des Kampfes trugen. Anders als in Deutschland, wo es zu einem nennenswerten bewaffneten Widerstand nicht kam, wo keine Stadt von deutschen Antifaschisten im Kampf gegen deutsche Faschisten befreit wurde, sondern wo die Alliierten als ausländische Befreier kamen, wurden viele italienische Städte von italienischen Widerstandskämpfern, kommunistischen Partisanen, mit der Waffe in der Hand von den Faschisten freigekämpft. Es waren Kommunisten, die am 25. April 1945, am Tag der Befreiung, als Volkshelden gefeiert wurden. Männer wie Luigi Longo, Arrigo Boldroni, Umberto Terracini und Giorgio Amendola marschierten an der Spitze der Partisanen in Mailand, Genua und Turin ein und es war nur natürlich, daß in den Jahren nach demKrieg, bis 1947, Kommunisten an der Regierung des Landes teilnahmen. Dann wurden sie, zusammen mit den ebenfalls im Widerstand stehenden Sozialisten Pietro Nennis, aus der Regierung gedrängt und der antisozialistische Kreuzzug erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 1949 bis 1958. Doch selbst in den Hochzeiten des Kalten Krieges blieb eine Element bestehen, das das italienische Volk, über alle ideologischen Unterschiede hinweg, verbindet: Der Antifaschismus und die antifaschistische Tradition. Keine Partei und kein Politiker kann es sich erlauben, auf die antifaschistische Komponente zu verzichten, wenn Glaubwürdigkeit bewahrt bleiben soll. In den Sechziger- und Siebziger Jahren, als die faschistische Spannungsstrategie einen Höhepunkt erreichte, bewiesen die Italiener einen erstaunlichen Überblick: Die von den Neofaschisten und anderen reaktionären Kreisen unter Duldung und Stillschweigen und manchmal dem Mitwirken der Geheimdienste gewollte Stimmung für ein politisches Klima des Eingreifens der Streitkräfte und die Errichtung einer autoritären Präsidialrepublik wurde nicht geschaffen. Die Italiener unterschieden auch in dieser Zeit sehr genau zwischen „Freund und Feind", die Arbeiter stellten sich geschlossen hinter die Gewerkschaften, niemand ließ sich auf Provokationen ein.

Demokratisches Bewußtsein der Arbeiterschaft

Der tiefverwurzelte Antifaschismus der Italiener — jener, die unter Mussolini lebten und jener, die nach seiner Hinrichtung geboren wurden — ist in allen kritischen Augenblicken klar geworden. Als 1974 auf einer Gewerkschaftskundgebung eine Bombe explodierte und acht Menschen getötet wurden, waren es die Arbeiter und nicht die Polizei, die sofort den Ordnungsdienst übernahmen. Während der beeindruckenden Begräbnisfeierlichkeiten interviewte das Italienische Fernsehen einige Arbeiter. Viele verlangten härtere Maßnahmen gegen die Neofaschisten, die Terroristen, die MSI. Einer sagte: „Meine Kameraden haben gesagt,

daß sie es leid sind, in einem Staat zu leben, der zu demokratisch ist. Doch ich sagte ihnen, daß ich es leid bin in einem Staat zu leben, der noch nicht demokratisch genug ist."

Das Symbol Pina Conti

In den letzten Monaten und Wochen verging kaum ein Tag, ohne daß irgendwo im Lande eine Partei- oder Gewerkschaftszentrale, ein linker Schüler oder Student, ein Gewerkschaftsfunktionär oder ein Arbeiter von faschistischen Terroristen angegriffen wurde. Für die Opfer des täglichen Neofaschismus stehe der Fall der Pina Conti:

Sie besitzt in Rom einen Haushaltswarenladen, der einer Großhandelsgesellschaft zugeordnet ist. Ihr Mann ist Leiter einer linken Händlergewerkschaft. Ihr Pech ist, daß ihr Laden in einem römischen Stadtteil liegt, in dem die neofaschistische MSI nach den Christdemokraten die zweitstärkste Partei ist. Der Laden ist so ein „beliebtes" Ziel von Attacken der Faschisten.

Im Frühjahr 1974 gab es wieder einen Angriff. Die Schaufenster wurden zerschlagen, die Auslagen zertrümmert. Die 43jährige Pina Conti stellte sich mit ihrer Verkäuferin vor die Ladentür, um den Faschisten den Zugang zum Ladeninneren zu verwehren. Sie wurde von sechs Angreifern geschlagen und mit Füßen getreten, auch in den Bauch. Pina Conti war im vierten Monat schwanger. Zwei Stunden nach der faschistischen Attacke wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert, aber sie verlor ihr Kind.

Die Täter wurden nie gefaßt, aber Pina Conti ist heute ein Symbol. Symbol für die blinde Gewalttätigkeit des Faschismus, aber auch den italienischen Antifaschismus von heute.

Der Einheitsgedanke in der Gewerkschaftsbewegung

Ein zweiter Grund, daß der Antikommunismus in Italien nicht wie in anderen westeuropäischen Ländern Fuß fassen konnte, liegt in der starken Gewerkschaftsbewegung und ihrer Politik. Die Einheitsgewerkschaft wurde zwar 1947 mit großzügiger finanzieller Hilfe der Amerikaner gespalten, aber die Spaltung ist praktisch überwunden. Auch in den kältesten Tagen des Kalten Krieges rissen die Kontakte der drei Gewerkschaftsbünde (des kommunistisch-sozialistischen, des sozialdemokratisch-republikanischen und des christdemokratischen) nie ab. Das Bewußtsein, Arbeiter zu sein, Lohnabhängiger, wurde nie verschüttet, die gemeinsame Interessenlage nie vergessen.

Zwar dauerte es 25 Jahre — bis 1972 —, daß sich die drei Gewerkschaften wieder eine gemeinsame Leitung gaben und es wird noch bis 1977 dauern, bis die Wiedervereinigung Tatsache ist. Schon seit Jahren aber führt das gemeinsame Sekretariat, in dem die drei Bünde paritätisch vertreten sind, alle Verhandlungen mit der Regierung gemeinsam. Natürlich ist diese Gewerkschaftseinheit, die als eine Art Vorwegnahme des historischenKompromisses gilt, in den letzten Jahren immer wieder auf hartnäckigen Widerstand gestoßen. Vor allem in der christlich dominierten Gewerkschaft CISL gab es wiederholt Abspaltungsversuche, die aber von den Mitgliedern nicht mitgemacht wurden. Die Einheit ist in die Industriegewerkschaften bereits weitgehend vollzogen. Auf Schwierigkeiten stößt sie lediglich noch bei den Angestellten, den Lehrern, den Beamten. Das Ziel, die Vereinigung, wurde freilich nie in Frage gestellt.

Die Solidarität in der Arbeiterschaft

Schließlich spielt für die Kraft des sozialistischen Gedankens in Italien die Solidarität in diesem Lande eine gewichtige Rolle. Die Italiener haben oft bewiesen, daß sie eingesehen haben, daß ihre Ziele nur mit gemeinsamen Anstrengungen und nicht per individuellem Ellenbogen erreicht werden können. So stand bei allen großen Gewerkschaftskämpfen das Problem des Mezzogiorno, also des Südens, im Mittelpunkt, auch bei den Arbeitern des Nordens. Konkret bedeutet das etwa, daß die „reicheren" Chemiearbeiter des Nordens für die armen Landarbeiter des Südens streikten und dies, obwohl gewerkschaftliche Streikgelder in Italien unbekannt sind, ein Streik also immer einen erheblichen Lohnausfall und Einkommensverlust bedeutet. Streikende italienische Arbeiter werden immer von ihren arbeitenden Kollegen durch Spenden unterstützt, die Bevölkerung nimmt immer tätigen und hilfreichen Anteil, und sei es nur, daß sie Pizze für die Streikenden backt. Während des heißen Herbstes 1969 setzten es die Arbeiter der Elektrizitätswerke durch, daß die wochenlang im Ausstand befindlichen Metallarbeiter ihre Stromrechnungen nicht zahlen mußten und das Licht nicht abgesperrt bekamen.

In einer so solidarisch denkenden und handelnden Arbeiterschaft schlagen sozialistische Ideen schnell Wurzeln, hat ein von Mythen und Irrationalismen lebender Antikommunismus weniger Chancen als anderswo ...

KP ITALIEN UND FRANKREICH
Sozialismus – höhere Form von Demokratie

Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs vom 15.2.1975 in wesentlichen Auszügen

Die Situation in Frankreich und Italien ist gekennzeichnet durch die Verschärfung der Krise, die alle Bereiche des ökonomischen, sozialen, politischen, moralischen und kulturellen Lebens betrifft . . .

Daher kämpfen FKP und IKP gleichzeitig für die unmittelbaren Interessen der Werktätigen und für eine Politik tiefgreifender demokratischer Reformen (. . .) Beide Parteien arbeiten unter unterschiedlichen konkreten Bedingungen. So realisiert jede eine Politik, die den Bedürfnissen und den Bedingungen des eigenen Landes entspricht. Gleichzeitig – da beide in entwickelten kapitalistischen Ländern kämpfen – stellen sie fest, daß die wesentlichen Probleme, die vor ihnen stehen, gemeinsame Züge aufweisen und analoge Lösungen erfordern.

Die italienischen und französischen Kommunisten sind der Meinung, daß der Vormarsch zum Sozialismus und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die sie als Perspektive für ihre Länder vorschlagen, sich im Rahmen einer stetigen Demokratisierung des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens vollziehen müssen. Der Sozialismus wird eine höhere Phase der Demokratie und der Freiheit sein, die vollständige Verwirklichung der Demokratie. In diesem Sinn müssen alle Freiheiten, die in den großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen und den großen Volkskämpfen dieses Jahrhunderts errungen wurden (. . .), garantiert und ausgebaut werden. Dies gilt für die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, für die Freizügigkeit im In- bzw. ins Ausland, die Unverletzlichkeit der Privatsphäre, für die religiösen Freiheiten, für die totale Freiheit aller philosophischen, kulturellen und künstlerischen Strömungen und Auffassungen. Die französischen und italienischen Kommunisten treten ein für einen Pluralismus der politischen Parteien, für das Existenz- und Betätigungsrecht von Oppositionsparteien, für die freie Bildung von Mehrheiten und die Möglichkeit eines demokratischen Regierungswechsels, für die religiöse Neutralität des Staates, für sein demokratisches Funktionieren und für die Unabhängigkeit der Justiz. Sie sprechen sich ebenfalls aus für freie Betätigung und Autonomie der Gewerkschaften. Sie messen der Entwicklung der Demokratie in den Betrieben wesentliche Bedeutung bei. Die Werktätigen müssen an der Leitung der Betriebe effektiv beteiligt sein und weitgehende Entscheidungsbefugnisse haben. Die demokratische Dezentralisierung des Staates muß den Regionen und kommunalen Institutionen eine immer bedeutendere Rolle übertragen (. . .).

Ein Übergang zum Sozialismus setzt die öffentliche Kontrolle über die hauptsächlichen Produktions- und Distributionsmittel voraus, ihre fortschreitende Vergesellschaftung und die Verwirklichung einer demokratischen Wirtschaftsprogrammierung auf gesamtstaatlicher Ebene. Das kleine und mittlere bäuerliche Eigentum, das Handwerk, und die kleinen und mittleren Industrie- und Handelsunternehmen können und müssen eine spezifische, positive Funktion beim Aufbau des Sozialismus übernehmen.

Diese neue Gesellschaftsformation kann nichts anderes sein als das Ergebnis umfassender Kämpfe und machtvoller und breiter Massenbewegungen, in denen die Arbeiterklasse die Mehrheit des Volkes um sich zusammenschließt. Dazu sind notwendig Existenz, Garantie und Entwicklung vollständig repräsentativer demokratischer Institutionen der Volkssouveränität sowie freie allgemeine, unmittelbare und nach dem Verhältniswahlsystem ablaufende Wahlen. Dies ist der Rahmen, in dem beide Parteien – die stets das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts respektiert haben und die es auch in Zukunft respektieren werden – sich den Weg der arbeitenden Klassen zur Leitung des Staates vorstellen.

Die IKP und die FKP messen all diesen Bedingungen des demokratischen Lebens entscheidende Bedeutung bei. Dies ist keine taktische Position, sondern ergibt sich für beide Parteien aus der Analyse der objektiven, spezifischen historischen Bedingungen ihrer Länder und aus ihrer Auswertung der Gesamtheit der internationalen Erfahrungen.

Beide Parteien sind der Meinung, daß in den Beziehungen zwischen allen Staaten (die — im Rahmen einer neuen internationalen Arbeitsteilung — von einer immer engeren Zusammenarbeit geprägt sein sollten) das Recht eines jeden Volkes garantiert sein muß, souverän über sein politisches und gesellschaftliches System zu entscheiden. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, gegen die Einmischung des US-Imperialismus in das Leben der Völker zu kämpfen. Sie sprechen sich gegen jegliche ausländische Einmischung aus.

Beide Parteien sind der Auffassung, daß zur Sicherung des Erfolgs im Kampf gegen den Hauptfeind der Arbeiterklasse und der Volksmassen — den Monopolkapitalismus — die Realisierung eines gleichberechtigten Bündnisses unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte unumgänglich ist, unter denen die vereinte Arbeiterklasse eine führende Rolle einnehmen würde. Solche breiten Bündnisse sind notwendig sowohl in der gegenwärtigen Phase wie auch beim Aufbau des Sozialismus.

Die Entwicklung einer festen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten ist das Fundament dieses breiten Bündnisses. Es läßt sich ferner feststellen, daß heute breite Schichten der katholischen Welt sich des Widerspruchs zwischen der Realität des Imperialismus und Kapitalismus und ihrem tiefen Streben nach Brüderlichkeit zwischen den Menschen, nach sozialer Gerechtigkeit, nach der Behauptung hoher moralischer Werte und nach der vollen Entwicklung der Persönlichkeit zunehmend bewußt werden. Diese Tatsache schafft immer größere Möglichkeiten für eine Begegnung zwischen den Kommunisten, der Gesamtheit der Arbeiterbewegung und den Volkskräften christlicher Prägung (. . .).

Die Politik der nationalen und multinationalen monopolistischen Zentren und jener führenden Gruppen, die verantwortlich sind für die Zunahme der sozialen Disproportionen und der Arbeitslosigkeit im Europa des Gemeinsamen Marktes, steht in tiefem Widerspruch zu den Interessen der Völker. Daher messen beide Parteien der Entwicklung einheitlicher Initiativen der Volks- und der linken Kräfte — auch im Europäischen Parlament — für die Demokratisierung der Zielsetzungen und der Funktionsweise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und für den Aufbau eines demokratischen Europa in Frieden und Unabhängigkeit große Bedeutung bei. (. . .)

Die friedliche Koexistenz ist die einzige Alternative zu einem Vernichtungskrieg. Sie ist notwendig zur Lösung der zwischenstaatlichen Konflikte und zur Entwicklung der breitestmöglichen internationalen Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Die friedliche Koexistenz, die nicht den sozialen und politischen Status Quo festschreibt, bietet das günstigste Terrain für den Kampf gegen den Imperialismus und für Demokratie und Sozialismus. In diesem Kampf geht es beiden Parteien um neue Fortschritte für den Frieden, um die allseitige allmähliche Reduzierung der Rüstung (bis hin zur allgemeinen Abrüstung) und um die schrittweise Überwindung und Auflösung der Militärblöcke.

FKP und IKP, die erneut die Prinzipien der Autonomie einer jeden Partei, der Achtung und Nichteinmischung und des Internationalismus betonen, werden ihre brüderliche Zusammenarbeit fortsetzen und intensivieren.

QUELLE: SEKTION INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN DER PCI, ROMA

KP ITALIEN UND SPANIEN
Unser Weg – eine strategische Überzeugung

Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens vom 11.7.1975 in wesentlichen Auszügen

Mit dem Fall der faschistischen Diktaturen in Portugal und Griechenland und dem Ruin des franquistischen Regimes in Spanien eröffnet sich für Europa konkret die Perspektive eines Kontinents ohne faschistische Regimes. Auch für Spanien ist ein freiheitliches und demokratisches System in Reichweite gerückt.

Für die Arbeiter- und demokratischen Kräfte ist – sowohl in den einzelnen Ländern als auf der Ebene Westeuropas, unter den neuen Bedingungen der positiven Entwicklung des internationalen Entspannungsprozesses – um so dringender die Notwendigkeit, neue Orientierungen zu vermitteln; diese müssen die Begegnung zwischen der Gesamtheit der demokratischen Kräfte fördern – für eine Politik der demokratischen und sozialistischen Erneuerung der Gesellschaft und um einen positiven Weg aus der tiefen Krise der kapitalistischen Länder Europas zu finden.

Diese Krise beweist die Unfähigkeit des Kapitalismus, den allgemeinen Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung zu entsprechen (. . .) und jene tiefgreifenden Strukturreformen durchzuführen, die allein den Fortschritt der Nationen garantieren können. Durch die Krise wird der Gegensatz immer krasser zwischen einer von den Monopolgruppen und den großen multinationalen Konzernen bestimmten Politik und der Notwendigkeit, den Forderungen der Volksmassen nach Freiheit, Mitbestimmung und ökonomischem, sozialem und kulturellem Fortschritt zu entsprechen. Diese Krise muß und kann man dadurch überwinden, daß man zu möglichst breiten Konvergenzen und Übereinkommen gelangt, zwischen allen Kräften, die heute die Arbeiter- und demokratische Bewegung unseres Kontinents bilden. Dies ist auch unumgänglich, um die Versuche gewisser kapitalistischer Gruppen zum Scheitern zu bringen, diese Krise zu offen reaktionären und autoritären Zwecken zu nutzen.

(. . .) Die italienischen und spanischen Kommunisten erklären mit aller Bestimmtheit, daß ihre Konzeption eines demokratischen Weges zum Sozialismus – in Frieden und in Freiheit – keine taktische Position ist, sondern eine strategische Überzeugung. Sie ergibt sich aus der Auseinandersetzung mit der Gesamtheit der Erfahrungen der Arbeiterbewegung und mit den spezifischen historischen Bedingungen der einzelnen Länder. (. . .)

Die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft ergibt sich heute aus der realen Situation und hat zur Voraussetzung die Überzeugung, daß der Sozialismus in unseren Ländern sich nur durch die Entwicklung und die volle Verwirklichung der Demokratie behaupten kann. Grundlegend dafür sind die Betonung der Werte der persönlichen und kollektiven Freiheiten und ihrer Garantie, sowie der Prinzipien der religiösen Neutralität des Staates, seiner demokratischen Strukturierung, des Pluralismus der Parteien in freier Auseinandersetzung, der Autonomie der Gewerkschaften, der religiösen Freiheiten sowie der Freiheit der Meinungen, der Kultur, der Kunst und der Wissenschaften. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet muß eine sozialistische Lösung eine hohe Entwicklung der Produktion sichern, durch eine Politik demokratischer Programmierung, die von der Koexistenz verschiedener Formen privater und öffentlicher Initiativen und Eigentumsverhältnisse ausgehen muß.

Von diesem Standpunkten aus, die zum Grundlegenden ihrer politischen und theoretischen Auffassungen gehören (. . .), setzen sich die italienischen und spanischen Kommunisten für eine möglichst breite demokratische Begegnung zwischen allen politischen Kräften ein. Dies ist – bei voller Achtung der Individualität und Autonomie einer jeden dieser Kräfte – der einzige Weg, um zu einer Perspektive des Fortschritts und der Freiheit zu gelangen, um die Interessen der Arbeiter-

klasse, der Bauernmassen, der Mittelschichten und der Intellektuellen durchzusetzen und um eine nationale Einheit der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts zu schaffen, die in der Lage ist, die konservativen und reaktionären Kräfte zu isolieren.

(. . .) Zu diesen Fragen ist sowohl in den einzelnen Ländern wie auch auf westeuropäischer Ebene (. . .) ein möglichst breiter Meinungsaustausch notwendig (. . .) — mit sozialistischen, sozialdemokratischen, christdemokratischen, katholischen und anderen demokratischen und forschrittlichen Kräften.

Es geht darum, alle neuen Möglichkeiten zu nutzen, auch damit die Länder Westeuropas und dieses insgesamt einen eigenständigen Beitrag zur Errichtung einer internationalen Gesellschaft leisten können, die auf der Achtung des Rechts eines jeden Vokkes beruht, frei über seine Zukunft zu entscheiden, auf der Beseitigung von Ungleichgewichten, auf der Gerechtigkeit, dem Fortschritt und dem Frieden. Eine neue westeuropäische Politik, die auf Freundschaft und Zusammenarbeit — ausgehend von der Gleichberechtigung — mit allen Ländern der Welt beruht, namentlich mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, und auf einem neuen Verhältnis zu den Entwicklungsländern, kann zur Realisierung dieser großen Ziele einen unersetzbaren Beitrag leisten.

In Westeuropa wie im Mittelmeerraum werden die italienischen und spanischen Kommunisten ihre Anstrengungen und Initiativen in dieser Richtung verstärken. Die Wiedereroberung der Demokratie in Spanien und die demokratische Entwicklung in Italien können — zusammen mit den neuen Prozessen, die das Leben vieler europäischer Länder charakterisieren — für Westeuropa einen Anstoß zur Lösung der anstehenden Probleme bringen, in einer Perspektive von Freiheit, Demokratie, Fortschritt und Frieden.

Die KPS und die IKP, die in voller Autonomie und Unabhängigkeit ihre nationale und internationale Politik ausarbeiten, sind sich ihrer großen nationalen und europäischen Verantwortung bewußt. Von diesen gemeinsamen Vorstellungen ausgehend werden sie ihre brüderlichen Beziehungen, die durch eine lange feste Freundschaft geprägt sind, weiter entwickeln.



ROM, 1960: In ganz Italien finden Protestkundgebungen gegen die Regierung Tambroni statt. Der Christdemokrat bildete erstmals nach dem Krieg sein Kabinett mit Hilfe der Neofaschisten. Die Demonstrationen werden, wie hier an der alten Stadtmauer zur Villa Borghese, von der Polizei gewaltsam unterdrückt. Die Regierung aber stürzt. Die antifaschistische Aktionseinheit hat sich bewährt.

EURO-KOMMUNISMUS
Der eigene Weg zum Sozialismus

Rede von Enrico Berlinguer auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Ostberlin am 30. Juni 1976 (Wortlaut)

Am 29. und 30. Juni 1976 fand in der DDR-Hauptstadt eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien statt, an der sich 29 Parteien — mit Ausnahme der maoistischen Albaniens also alle — Europas beteiligten. Die nach rund zweijähriger Vorbereitung zustandegekommene Konferenz und das ohne Abstimmung zur Kenntnis genommene Schlußdokument bestätigen nachdrücklich Recht und Pflicht jeder kommunistischen Partei, einen den nationalen historischen Gegebenheiten entsprechenden eigenen Weg zum Sozialismus und beim Aufbau des Sozialismus einzuschlagen. Das praktische Ergebnis der Konferenz, für das Berlinguer und seine Partei leidenschaftlich gekämpft hatten, schreibt die theoretischen Arbeiten des Berlinguer-Vorgängers im Amt des Generalsekretärs der PCI, Palmiro Togliatti, fest: Die Auffassung von einer polyzentrischen und nicht einheitlichen Entwicklung des Sozialismus ist damit offiziell Bestandteil kommunistischer Politik. Am letzten Tag der Konferenz hielt Berlinguer seinen Diskussionsbeitrag, den EXTRA EXTRA im.Wortlaut dokumentiert.

Liebe Genossen!

Auch ich möchte zuerst den Genossen des Zentralkomitees der SED den herzlichen Dank unserer Delegation aussprechen — nicht nur für die herzliche Gastfreundschaft, mit der sie uns alle empfangen haben und für die ausgezeichnete Organisation unserer Arbeiten, sondern auch für die besonders wirksame Rolle, die sie bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz gespielt haben.

Wir begrüßen freundschaftlich die Genossen, die hier die kommunistischen und Arbeiterparteien ganz Europas vertreten und mit denen wir voller Freude bei einer so wichtigen und bedeutungsvollen Gelegenheit zusammentreffen.

Unsere Zusammenkunft findet große Aufmerksamkeit und Erwartung. Millionen und Abermillionen von Kommunisten, von Werktätigen, von Demokraten sehen auf sie mit dem Bewußtsein, daß die Konferenz einen positiven Beitrag zum Erfolg einer Sache bringt, die nicht nur die unsere ist: die Sache der Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit aller Völker unseres Kontinents. Die Konferenz wird mit Interesse von den repräsentativsten Organen der Presse und der Information in allen Teilen der Welt verfolgt. Das zeigt, welch politische Bedeutung eine Tagung wie die unsere in der gegenwärtigen Phase des europäischen und internationalen Lebens einnimmt — eine komplizierte Phase, die nicht frei ist von unbekannten Größen und Risiken, aber auch offen für große positive Erneuerungen.

Es fehlt natürlich nicht an Kritikern, die sich bereits über die Tatsache erregten, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen Länder beschlossen haben zusammenzutreffen. Aber warum sollte dieses Ereignis Erstaunen hervorrufen? Werden nicht Zusammenkünfte dieser Art von Zeit zu Zeit durch Parteien verschiedenster Richtung durchgeführt?

Unsere Tagung ist bekanntlich nicht die eines internationalen kommunistischen Organs, das es nicht gibt und das in keiner Form bestehen kann, weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene. Unser Treffen ist eine freie Begegnung von selbständigen und gleichen Parteien, ein Treffen, das keiner Partei Direktiven oder Bindungen auferlegt. Es ist auch wichtig, daß unsere Aussprache offen und öffentlich ist. In ihrem Verlauf trägt jede Partei ihre eigenen Standpunkte vor, wobei wir uns alle bewußt sind, daß in verschiedenen und auch wichtigen Fragen die Positionen verschieden sind, und zwar nicht nur wegen der Verschiedenheit der objektiven Bedingungen, unter denen jede Partei arbeitet. Natürlich sind die Konvergenzpunkte wichtig, wie die Ergebnisse der Redaktionskommission zeigen. Unsere Partei ist erfreut, zu den Initiatoren dieser Konferenz zu gehören.

Es ist für niemanden ein Geheimnis — man braucht dies nicht zu verschweigen —, daß ihre Vorbereitung langwierig und mühsam war. Daraus haben sich positive Lehren und kritische Feststellungen ergeben, die berücksichtigt werden müssen.

Wir sind z. B. weiterhin der Ansicht, daß die Vorbereitung kürzer und fruchtbarer gewesen wäre, wenn, so

wie wir und einige andere Parteien vorgeschlagen hatten, gleich anfangs beschlossen worden wäre, daß eine Konferenz der kommunistischen Parteien auch ohne die Ausarbeitung eines Dokuments hätte abgehalten werden könnnen. Dadurch wären in erster Linie bei allen vorbereitenden Treffen die Erörterungen über Probleme der lebendigen und konkreten Wirklichkeit Europas in den Vordergrund gerückt, während wir uns nach unserer Ansicht vielleicht zu lange mit Diskussionen über diese oder jene Formulierung aufgehalten haben.

Unserer Meinung nach müßte uns die Erfahrung lehren, daß die gegenwärtige Situation der internationalen Arbeiterbewegung und in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien die Aufgabe nunmehr überholter Methoden verlangt. Wir wissen nicht ob diese Einschätzung von den Genossen aller hier vertretenen Parteien geteilt wird. Wir wollen Euch jedoch ehrlich sagen, daß dies für uns nunmehr eine feststehende Sache ist.

Indem wir dies sagen, wollen wir nicht die positiven Seiten der bei der Erarbeitung eines Dokuments gewonnenen Resultate verkennen. Die ganze Arbeit hat sich auf demokratische Weise vollzogen. Die positivste Seite ist vom Gesichtspunkt der Methode die Erkenntnis gewesen, daß ein Dokument nur unter drei Bedingungen ausgearbeitet werden konnte: daß es auf bestimmte Themen begrenzt wird, daß es den Konsensus aller teilnehmenden Parteien findet, daß es auf jeden Fall nicht einmal indirekt den Anspruch erhebt, die volle Unabhängigkeit jeder Partei in ihrer inneren und internationalen Linie und in ihrer politischen und theoretischen Arbeit zu beeinträchtigen. Der Inhalt des Dokuments spiegelt natürlich nicht die spezifischen Positionen der verschiedenen Parteien wider.

Wir selbst hätten verschiedene Punkte auf andere Weise formuliert. Dennoch entgeht uns nicht die wichtige und in vieler Hinsicht erneuernde Bedeutung vieler im Dokument aufgenommener Positionen.

Uns allen gemeinsam ist der Wille, für neue Fortschritte in der Entspannung auf unserem Kontinent zu wirken. Vor einem Jahr haben in Helsinki alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada die in den vergangenen Jahren auf dem Weg der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa gewonnenen Ergebnisse sanktioniert und die grundlegenden Kriterien vereinbart, die die weitere Entwicklung der Entspannung und der Zusammenarbeit bestimmen sollen.

Hinter uns liegt die dunkle Zeit des kalten Krieges, die mehrfach die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen drohte und sich so sehr negativ auf die innere wirtschaftliche und politische Lage der einzelnen Länder ausgewirkt hat. Durch die Konvergenz der hartnäckigen Bemühungen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten und der realistischen Tendenzen, die sich in den USA und in verschiedenen anderen Ländern der westlichen Welt durchgesetzt haben, durch den Widerstand, die Kämpfe und Siege der nationalen Befreiungsbewegungen auf allen Kontinenten sowie durch das machtvolle Streben der Völker nach einem Leben in Frieden wurde es möglich, den kalten Krieg zu überwinden. Ein bedeutender Beitrag zur Herstellung immer konstruktiverer Beziehungen in Europa und in der Welt wurde und wird auch von den nichtpaktgebundenen Staaten, darunter dem sozialistischen Jugoslawien, geleistet.

Natürlich muß der Kampf gegen jene reaktionären Kräfte weitergeführt werden, die nicht davon ablassen, auf die eine oder andere Art den Entspannungsprozeß aufzuhalten oder umzukehren, oder die behaupten, Entspannung brächte die Erhaltung des alten gesellschaftlichen und politischen Gleichgewichts in jedem einzelnen Lande mit sich.

Jedes Volk hat das unbestreitbare Recht, frei die Form seiner Entwicklung und seiner Regierung zu wählen. Wir zum Beispiel treten dafür ein, daß das italienische Volk im Rahmen der internationalen Bündnisse, denen unser Land angehört, selbständig, ohne jede fremde Einmischung über seine politische Führung entscheiden kann.

Unserer Meinung nach besteht der Hauptweg zur Weiterführung der Entspannung in der Entwicklung der Zusammenarbeit und Reduzierung der Rüstungen, im Schutz der Garantien der gegenseitigen Sicherheit ohne einseitige Veränderungen im strategischen Gleichgewicht zwischen dem Nordatlantikpakt und dem Warschauer Vertrag, um somit zur schrittweisen Auflösung der Blöcke zu gelangen.

Von grundlegender Bedeutung war und bleibt unseres Erachtens die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Es ist aber ebenso wichtig, daß jedes europäische Land sich aktiv am allgemeinen Prozeß der Entspannung und friedlichen Koexistenz beteiligt und ihn mit seiner eigenen Initiative bereichert.

Ungemein groß und noch nicht völlig genutzt sind die Möglichkeiten der Entwicklung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas – nicht nur zur Intensivierung des gegenseitigen wirtschaftlichen und Handelsaustausches, sondern auch zur gemeinschaftlichen Bewältigung solcher gemeinsamen Probleme wie Umweltschutz und Pflege des künstlerischen Erbes, Kampf gegen Verunreinigung der Luft und der Gewässer, Erkundung und Ausnutzung neuer Energiequellen, Prophylaxe und

Behandlung der am meisten verbreiteten und der gefährlichsten Krankheiten und wissenschaftliche Forschung.

Zur Durchsetzung dieser Ziele ist eine umfassendere und freiere Zirkulation der Ideen, der kulturellen Strömungen und der Menschen in Europa wie auch in der gesamten Welt von Wichtigkeit. Ein Europa, das immer mutiger auf dem Wege der Entspannung und Zusammenarbeit voranschreitet, wird einen äußerst großen Beitrag zur Lösung jenes Grundproblems unserer Zeit, des Aufbaus einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils leisten können, wodurch auch die unannehmbaren, entsetzlichen Unterschiede in der Wirtschaft und in den Lebensbedingungen überwunden werden können, die die Lage in der beutigen Welt kennzeichnen.

Ein Wesenszug jeder kommunistischen Partei ist der Internationalismus. Das bedeutet, sich als Mitstreiter und Protagonist zu fühlen in der Aktion, die im eigenen Lande und im internationalen Maßstab entfaltet wird, in der gesamten Bewegung der Werktätigen und der Völker, die für ihre eigene gesellschaftliche und politische Befreiung, für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Fortschritt der ganzen Menschheit kämpfen.

Diese Bewegung geht nunmehr über die kommunistischen Parteien hinaus. Sie umfaßt ein sehr unterschiedliches Gefüge politischer und gesellschaftlicher Kräfte verschiedener geistiger Ausrichtung. In dieser so breiten und differenzierten Bewegung herrscht die Tendenz vor, die darauf drängt, eine Lösung der Probleme der heutigen Gesellschaft auf einem Weg zu suchen, der zum Sozialismus führt.

Unsere Epoche ist also tatsächlich die, in der sich trotz tausendfacher Widerstände und Hindernisse der Übergang zum Soziaiismus in einem Prozeß vollzieht, der gewisse Momente der Stagnation und auch Irrtümer nicht ausschließt.

Die Zeichen dieser Tendenz werden auch außerhalb Europas immer deutlicher, Völker und Länder aller Kontinente, die sich von der Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus befreit haben, suchen für ihre eigene Entwicklung nach anderen als kapitalistischen Wegen. Viele dieser Völker und Länder orientieren sich offen auf sozialistische Gesellschaftsformen, die sich in dem Maße entwickeln, wie sie die Traditionen und Besonderheiten eines jeden Landes widerspiegeln und sich in ihnen die aktive Mitwirkung der werktätigen Klassen durchsetzt.

Auch in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern der kapitalistischen Welt und besonders in Japan und in Westeuropa wächst das Streben zum Sozialismus. Dieses Streben geht heute nicht nur von der Arbeiterklasse aus, sondern auch von anderen Schichten der Werktätigen, von großen Massen Jugendlicher, Frauen und Intellektueller.

Im alten zaristischen Rußland haben die Kommunisten mit der Oktoberrevolution 1917 zum erstenmal die Ketten der Weltherrschaft des Imperialismus und Kapitalismus gesprengt und nicht nur den Völkern der Sowjetunion, sondern der gesamten Menschheit einen völlig neuen Weg eröffnet. Dieser vorher nie erprobte Weg wurde unter besonderen inneren und internationalen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen gebahnt und beschritten. Der Aufbau des Sozialismus war somit von Härten, Schwierigkeiten und auch Fehlern begleitet.

Diesem großen Sieg folgte nicht der Sieg der Arbeiterbewegung in anderen Ländern Europas. Es gab dort vielmehr tragische Niederlagen. In einigen Ländern, beginnend in Italien, wurden Regime finsterer Reaktion errichtet. Ganz Europa und danach die gesamte Welt wurden in den blutigsten Konflikt der Menschheitsgeschichte gestürzt. Ein jeder von uns erinnert sich noch gut an die großen Geschehen dieser ganzen Periode der europäischen Geschichte. Tatsache ist, daß gerade nach dem Sieg über die nazifaschistische Barbarei die fortgeschrittenste Arbeiterbewegung Westeuropas in ihrer Gesamtheit aus einer Reihe objektiver und subjektiver Gründe,.die man an diesem Ort sicherlich nicht analysieren kann, im wesentlichen auf der Stelle treten mußte. Das Haupthindernis war gewiß der kalte Krieg.

Heute stellt sich angesichts einer neuen internationalen Situation und angesichts der immer offenkundigeren Unfähigkeit des Kapitalismus, eine positive Antwort auf die großen Probleme der ökonomischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts zu geben, erneut die Aufgabe, nicht nur über die bis jetzt gewonnenen sozialistischen Erfahrungen nachzudenken, sondern auch neue Wege zum Sozialismus in den Ländern des europäischen Westens zu suchen.

Welche Wege, welcher Sozialismus? Die von den Sozialdemokratien beschrittenen Wege haben sich, obgleich sie in diesem oder jenem Land bestimmte Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Werktätigen erreichten, als unfähig erwiesen, zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus zu führen. Andererseits entsprechen die in den Ländern Osteuropas verfolgten Modelle nicht den besonderen Bedingungen und den Orientierungen der großen Arbeiter- und Volksmassen der Länder des Westens.

Einige unserer Gegner behaupten, der Sozialismus und der Kommunismus seien überall gleich. Das stimmt

nicht, und das stimmte nicht einmal für die bürgerlichen Revolutionen oder für die Gesellschaften, die aus diesen hervorgingen. Bereits heute gibt es in der Welt mannigfaltige Erfahrungen bei der Errichtung neuer, nicht mehr kapitalistischer Gesellschaften. Und es ist logisch, daß es weitere vielfältige Formen geben kann und muß, darunter die wesentlich neuen, die in den Ländern Verwirklichung finden werden, wo der Kapitalismus die höchsten Stufen seiner Entwicklung erreicht hat, und in denen demokratische Traditionen und besondere politische Organisations- und Ausdrucksformen der Werktätigen verwurzelt sind.

In Italien, wo die Arbeiterklasse und unsere Partei die Hauptkräfte im Kampf für die Eroberung der Verteidigung und die Entwicklung der Demokratie waren und sind, kämpfen wir für eine sozialistische Gesellschaft, die sich gründet auf die Bekräftigung des Wertes der persönlichen und kollektiven Freiheiten und ihrer Garantie; der Prinzipien des weltlichen, nicht ideologischen Charakters des Staates und seiner demokratischen Artikulierung; der Pluralität der Parteien und der Möglichkeit, sich entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Regierung abzuwechseln; der Autonomie der Gewerkschaften, der religiösen Freiheiten, der Freiheit des Ausdrucks, der Kultur, der Kunst und der Wissenschaften.

Auf ökonomischem Gebiet geht es darum, eine Entwicklung der Produktivität mittels einer demokratischen Programmierung zu sichern, die sich auf die Existenz und die positive Funktion verschiedener Formen öffentlicher und privater Initiativen und Leitungsformen stützen und die alle auf die Befriedigung der Hauptbedürfnisse der Menschen und der nationalen Gemeinschaft gerichtet sind.

Es ist sehr bedeutsam, daß einige andere kommunistische und Arbeiterparteien Westeuropas mittels eigenständiger Untersuchungen zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt sind. Diese Übereinstimmungen und diese gemeinsamen Züge fanden kürzlich in den Erklärungen ihren Ausdruck, die wir mit den Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens, der Französischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Großbritanniens vereinbart haben. Es sind dies jene Ausarbeitungen und Untersuchungen neuen Typs, denen einige den Namen „Eurokommunismus" gegeben haben. Diese Bezeichnung ist natürlich nicht von uns geprägt worden, aber die Tatsache ihrer weiten Verbreitung ist bezeichnend dafür, wie tief und breit das Bestreben ist, in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft in sozialistischem Sinn durchzusetzen und voranzutreiben.

Für uns ist es heute vor allem wichtig, einen wesentlichen Punkt hervorzuheben. Diese Suche nach dem Neuen ist etwas ganz anderes als ein Zugeständnis an die herrschenden Gruppen.

Sie stellt die wirksamste Art dar, für die konstruktive Durchsetzung der demokratischen Führungsfunktion der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu kämpfen. Uns ist gleichzeitig bewußt, daß diese Suche und dieser Kampf den Dialog und die Verständigung mit anderen sozialistisch, sozialdemokratisch, christlich inspirierten Kräften der Arbeiterschaft und des Volkes, mit der Gesamtheit der Kräfte notwendig machen, die die Erneuerung und den Fortschritt der Gesellschaft wollen. Wir italienischen Kommunisten widmen uns mit allen unseren Kräften diesem Einheitswerk in unserem Land. Aber wir sehen auch und immer mehr, daß sich neue Möglichkeiten der gegenseitigen Verständigung und Begegnung auch in europäischem Maßstab eröffnen. Das haben auch wir direkt durch nützliche Kontakte mit verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und mit anderen demokratischen und Arbeiterkräften verschiedener europäischer Länder feststellen können.

Was uns anbetrifft, werden wir unsere europäische Initiative in vielfachen und vielfältigen Richtungen weiterentwickeln: auf gesamteuropäischer Ebene, um zum Vorantreiben der Entspannung und der Zusammenarbeit beizutragen, auf westeuropäischer Ebene, um die breiteste Übereinstimmung mit anderen Kräften der Linken, der Demokratie und des Fortschritts zu finden, auf der Ebene der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, um unseren Beitrag zu leisten, damit der Integrationsprozeß einen demokratischen Charakter erhält und den Interessen der arbeitenden Klassen entspricht.

In diesem Rahmen findet unsere Solidarität und die aller demokratischen Kräfte Italiens mit dem mutigen Kampf der Kommunistischen Partei Spaniens und aller Antifaschisten dieses Landes ihren Platz.

Liebe Genossen!

Wir halten es für sehr bedeutend, daß es im Verlauf der Beratungen, die diese Konferenz vorbereiteten, möglich wurde, zu Formulierungen in bezug auf die Beziehungen zwischen unseren Parteien zu gelangen, die uns richtig und korrekt erschienen.

Die Solidarität zwischen unseren Parteien gründet sich auf die Anerkennung der Tatsache, daß jede Partei ihre eigene innere und internationale politische Linie selbständig erarbeitet und darüber in völliger Unabhängigkeit entscheidet. Sie gründet sich auf die genaue Beachtung der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf die Achtung der freien Wahl von verschiedenen Wegen im Kampf für die Umwandlung der Gesellschaft und für den Aufbau des Sozialismus.

Die Achtung dieser Prinzipien steht nicht im Gegensatz zu der von uns stark empfundenen Notwendigkeit einer breiteren und weniger formalen Aussprache über die großen theoretischen und politischen Probleme der Bewegung für den Sozialismus in der ganzen Welt. Es ist für uns zum Beispiel eine offensichtliche Tatsache, daß die Weiterentwicklung des Marxismus nicht Schritt gehalten hat mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit der politischen Praxis. Oft beschränkt man sich darauf, stereotype Formulierungen zu benutzen, mit Zitaten zu kämpfen oder jede Position, die von der eigenen abweicht, willkürlich in dem einen oder anderen Sinne als revisionistisch zu etikettieren. Wie es keine führende Partei und keinen führenden Staat gibt und geben kann, so ist ebenso wahr, daß auch auf theoretischer Ebene die Entwicklung des Marxismus der Mitwirkung vielfältiger Beiträge von Parteien und einzelnen anvertraut ist. Gerade aus der Art und Weise, wie unsere großen Lehrmeister gewirkt haben, muß die Hinwendung zum kritischen Geist und der Ansporn zur unaufhörlichen Erneuerung der politischen Arbeit und der Praxis kommen derart, daß der Entwicklung der realen historischen Prozesse Rechnung getragen wird.

Es ist unsere Auffassung, daß die Achtung gegenüber dem Prinzip der Nichteinmischung nicht die Freiheit ausschließen kann, theoretische und politische Positionen anderer Parteien sowie bestimmte Ereignisse des internationalen Lebens und der Arbeiterbewegung zu beurteilen. Alle wissen zum Beispiel, daß wir italienischen Kommunisten zwar stets die großen Errungenschaften der sozialistischen Länder betont haben, aber auch mehrmals kritische Urteile abgaben, entweder über bestimmte Ereignisse und Situationen (wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei) oder über allgemeinere Probleme hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus in verschiedenen sozialistischen Ländern.

Die Genossen anderer kommunistischer und Arbeiterparteien haben ihrerseits explizit oder indirekt in ihren Reden oder in Artikeln kritische Meinungen gegenüber unseren Orientierungen und Überzeugungen zum Ausdruck gebracht, die wichtige Aspekte unserer Auffassung vom Sozialismus betreffen, wie zum Beispiel solche des Pluralismus.

Wenn wir auch diese kritischen Meinungen nicht teilen, so halten wir es doch für legitim, daß sie zum Ausdruck gebracht werden. Unser Wunsch ist sogar, daß sich zu diesen großen Themen die Diskussion in der Arbeiterbewegung weiterentwickelt, natürlich im Geiste der Freundschaft und des Verständnisses, aber auch in einer freieren und offeneren Art und Weise. Auch dieser freie Meinungsstreit kann dazu beitragen, die Anziehungskraft des Sozialismus , besonders in der jungen Generation, zu erhöhen.

Liebe Genossen!

Es wäre unser Wunsch, Euch umfassend die jüngste Entwicklung der italienischen Situation darzulegen, die soviel Interesse in Europa und in der Welt hervorgerufen hat und hervorruft. Aber die Absprachen, die wir über die Dauer unserer Reden getroffen haben, zwingen mich, kurz die wichtigsten Punkte des politischen Kampfes in Italien zusammenzufassen.

Die Parlamentswahlen vom 20. Juni waren ein wichtiges Moment dieses Kampfes. Die bemerkenswerteste Neuigkeit ist, wie Ihr alle wißt, der Sprung nach vorn, den unsere Partei gemacht hat, indem sie 12 620 000 Stimmen errang, von 27 Prozent im Jahre 1972 auf 34,4 Prozent kam und damit noch das als außergewöhnlich bezeichnete Ergebnis der Kommunal- und Regionalwahlen vom 15. Juni 1975 übertraf.

Dieser Wahlerfolg ist die Frucht einer ständigen und aktiven Beteiligung unserer Partei an den Arbeiter- und Volkskämpfen, die Frucht von großen und häufig harten Massenkämpfen für die Demokratie, für den gesellschaftlichen Fortschritt, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden und die Solidarität zwischen den Völkern. Der Wahlerfolg bedeutet wachsende Zustimmung zu unserer Einheitspolitik, zu unserer ständigen Anstrengung, konstruktive Lösungen für alle Probleme der Volksmassen,der Gesellschaft und des Staates aufzuzeigen und voranzubringen.

Gleichzeitig resultiert dieser Erfolg aus dem Charakter, den wir unserer Partei gegeben haben: eine Massenpartei mit einem ausgeprägten demokratischen Leben, die sich ständig zu erneuern vermag, vor allem Politik betreiben kann und sich nicht auf Propaganda beschränkt. Unsere Stärke und unser Ansehen resultieren hauptsächlich aus den Anstrengungen, die wir seit vielen Jahren mit einer wachsenden Zahl von aktiven Genossen unternehmen, um einen Weg zum Sozialismus auszuarbeiten und durchzusetzen, der völlig den Besonderheiten unseres Landes und dem Streben unseres Volkes nach Freiheit und Fortschritt entspricht.

Selbstverständlich schätzen wir die Gesamtsituation in Italien sowie auch unsere Grenzen und Mängel mit kritischem Realismus ein. Die Situation in unserem Land ist noch immer ziemlich kompliziert. Zwar bestehen heute neue Möglichkeiten, aber es gibt auch viele unbekannte Faktoren, die die Zukunft unseres Landes ungewiß machen. Unter diesen Bedingungen werden wir auch künftig für die Lösung kämpfen und arbeiten die wir für die angemessen halten, um Italien aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise herauszuführen.

Die Interessen der werktätigen Klassen und des gesamten Volkes erfordern eine neue politische Führung, die auf der Verständigung aller demokratischen Kräfte einschließlich der Kommunistischen Partei beruht.

Es ist unsere feste Überzeugung: Wenn Italien auf diesem Weg der Demokratie und der Einheit seine Krise überwindet, liegt es nicht nur im Interesse unseres Volkes, sondern auch im Interesse der Völker und Länder, die den gleichen internationalen Bündnissen und Gremien angehören wie unsere Halbinsel. Ein erneuertes, politisch stabiles Italien mit einer sich entwickelnden Wirtschaft kann dann auch einen aktiveren und kontinuierlicheren Beitrag zur Schaffung von internationalen Beziehungen in Europa und in der Welt leisten, die die Entspannung und die Zusammenarbeit aller Völker voranbringen.

Liebe Genossen!

Wir glauben, unsere Position offen und zugleich in brüderlichem Geist dargelegt zu haben. Abschließend bringe ich noch einmal unsere Genugtuung darüber zum Ausdruck, zu den Teilnehmern eines Ereignisses zu gehören, wie es unsere Konferenz darstellt, die sicher einen positiven Einfluß auf das Leben unseres Kontinents ausüben wird.

BIBLIOGRAPHIE

Literatur zum heutigen Italien

A.EINFÜHRENDE LITERATUR

Albers/Goldschmidt/Oehlke: „Klassenkämpfe in Westeuropa" (Italien, Frankreich, Großbritannien), Rowohlt Taschenbuch, 1971.
Helga Koppel: „Klassenkämpfe in Italien heute", Verlag Marxistische Blätter 1972, Frankfurt.
Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 3: „Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien", (Übersetzungen italienischer Dokumente), 1972, Frankfurt.

Detlev Albers: „Abriß der politischen und sozialen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974", in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1 und 2/1975, Köln.

B.ZUR ENTWICKLUNG EINZELNER PARTEIEN

Kommunistische Partei: Enrico Berlinguer: „Für eine demokratische Wende", Dietz Verlag (DDR), 1975; Berlinguer u.a.: „Der historische Kompromiß", VSA Westberlin, 1976.

Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Partei: Berlinguer u.a.: „Die Sozialistische Partei Italiens", in: Marxismus Digest Nr. 20/1974, Frankfurt; Winfried Roth: „Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie", in: Sozialistische Politik Nr. 16/1972, Westberlin.

Christdemokraten: Winfried Roth: „Zur Entwicklung der linkskatholischen Kräfte in Italien", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1973, Köln.

Neofaschisten: Petra Rosenbaum: „Neofaschismus in Italien", EVA 1975, Köln.

Allgemein: Petra Rosenbaum: „Italien 1976" (Einführung in das italienische Parteiensystem), Rowohlt Taschenbuch 1976, Hamburg.

C. GEWERKSCHAFTEN

Detlev Albers: „Von der Einheit zum Kampf um die Einheit", Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung von 1943 bis 1973, in: Argument-Sonderband 2, 1974, Westberlin-Karlsruhe.

D. ZUR POLITIK DER PCI IN EINER VON IHR VERWALTETEN STADT: BOLOGNA

Michel Regnier: „Alternative Stadtpolitik Bologna", in: Rowohlt Technologie und Politik Nr. 1/1975, Hamburg.

Winfried Roth: „Ansätze zu einer demokratischen Alternative, Städtebau in Bologna, in: Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert, Band 2, (Hrsg. Joachim Petsch), VSA 1975, Westberlin.

Debold/Debold-Kritter: „Die Planungspolitik Bolognas", in: Bauwelt Nr. 33/1974, Westberlin.



PIETRO INGRAO, Mitglied der Nationalen Leitung der PCI. Seit dem 6. Juli 1976 Präsident der Kammer des italienischen Parlamentes.

CHRONIK

Ausgewählte historische Daten 1820–1976

DIE BÜRGERLICHE REVOLUTION

1820: Nach der Niederlage Napoleons und dem Abzug der französischen Truppen besteht Italien aus einigen Kleinkönigreichen und Kleinfürstentümern sowie dem Kirchenstaat. Andere Gebiete sind von Österreich okkupiert oder stehen unter österreichischem Einfluß. Das fortschrittliche Bürgertum versucht unter dem Einfluß der spanischen Revolution die Republik durchzusetzen. In Neapel kommt es zum Aufstand und zur Bildung einer republikanischen Armee. Der Aufstand wird 1821 von österreichischen Okkupationstruppen niedergeworfen.

1830: Neuer bürgerlicher Aufstand, diesmal in Mittelitalien. Gründung der Vereinigten Italienischen Provinzen. Österreich unterdrückt die Revolution. Ein Jahr später: Gründung des Geheimbundes „Giovane Italia" (Junges Italien) durch Mazzini. Ziel: Einigung Italiens und Vertreibung der Fremden.

1844: Mazzinis Aufstandsversuch scheitert in Kalabrien.

1848: Die europäische Revolution dringt auch in Italien vor. Volksaufstand in Sizilien und in Neapel gegen die Bourbonen. Verjagung der Österreicher bei Straßenkämpfen aus Mailand im März.
Am 24. März Proklamation eines unabhängigen Italiens. Der König von Sardinien wird italienischer König. Im Juli Niederlage der italienischen Truppen gegen die Österreicher unter Radetzky.

1849: Der italienische König muß abdanken. Österreich stellt seine Herrschaft in Italien nördlich des Kirchenstaates wieder her. Der Papst hebt die ausgerufene „Römische Republik" auf. Die Revolution ist gescheitert.

1859: Das Königreich Sardinien bleibt Triebkraft der italienischen Einigung, sein Minister Cavour die Triebfeder. Er rüstet unter Garibaldis Führung stehende Partisanenverbände in Italien aus, die gegen die Österreicher kämpfen. Sie siegen im Juni bei Solferino.

1860: Volksabstimmungen in Mittelitalien beschließen Anschluß an Sardinien (März). Im April tritt das erste Parlament zusammen, dem nur Süditalien fernbleiben muß. Im Mai landet Garibaldis Heer in Süditalien und befreit es von der Herrschaft der Bourbonen (Königreich von Sizilien und Neapel). Im August landet Garibaldi in Kalabrien und schlägt die päpstlichen Truppen. Der größte Teil des Kirchenstaates kommt zu Italien.

1861: Gaeta, letzte Festung der Bourbonen fällt (Februar). In Turin tritt das Parlament zusammen und wählt Viktor Emanuel II. zum König von Italien. Rom kann nicht Hauptstadt werden, da es weiter dem Papst untersteht (der Frankreich zu Hilfe gerufen hat). Italien ist einig und unabhängig, aber ohne hauptstadt. Regierungssitz wird Turin, ab 1865 Florenz. Im Krieg 1866 steht Italien auf Seite Preußens gegen Österreich und bekommt die heutige Provinz Venetia zugesprochen. 1871, nach der Niederlage Frankreichs gegen Deutschland, befreien italienische Truppen Rom. Der Papst bleibt nur noch in Vatikanstadt Souverän.

ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG

1882: Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei; sie wird nach 4 Jahren verboten. Gründung zahlreicher anarchistischer Bünde nach spanischem Vorbild.

1892: Gründung der Sozialistischen Partei Italiens (Partito Socialista Italiano – PSI) in Genua; die Partei trennt sich von den Anarchisten.

1898: Barrikadenkämpfe der Linken gegen die Verelendung der Volksmassen in Mailand. Nach Kämpfen auch in anderen Städten wird die PSI aufgelöst, in Genua und Turin kommt es daraufhin zu Generalstreiks.

1906: Praktische Legalisierung der PSI; Umbenennung der Zeitung der Partei in „Avanti" (Vorwärts) nach deutschem Vorbild. Gründung der Allgemeinen Arbeiterkonföderation, Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung. Zugeständnisse der bürgerlichen Regierung bei Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsschutz.

1912: Wahlrechtsreform unter dem Druck der Arbeiterschaft. Statt 3 jetzt 8 Millionen Wahlberechtigte. Am 12. Juli 1912 findet der 12. Parteitag der PSI in Reggio Emilia statt. Die Linke setzt sich gegen den reformistischen Flügel durch und schließt deren Führer aus. Hauptgrund: Die Reformisten hatten den Eroberungskrieg Italiens gegen Libyen, der 1911 begann, begrüßt. Sozialisten und Anarchisten führen Streiks in Betrieben und Meutereien bei den Truppendurch. Benito Mussolini vom linken Flügel der PSI wird Chefredakteur des „Avanti".

1914: Im 1. Weltkrieg ist Italien zunächst neutral, auch die PSI. Lenin nennt die PSI als „rühmliche Ausnahme". Im Laufe der ersten Kriegsmonate wird die Kriegsstimmung in Italien angeheizt. Benito Mussolini wird einer der schärfsten Kriegsantreiber. Er wird aus der Partei ausgeschlossen und gründet „Il Popolo d'Italia", das sich für den Kriegseintritt an der Seite der Entente einsetzt.

1915: 26. April. Italien tritt in den Krieg ein, obwohl weite Teile der Bevölkerung dagegen sind. Es gibt Streiks, aber die PSI vermeidet den Generalstreik.

DIE SPALTUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

1917: Nach schweren Niederlagen der italienischen Truppen setzt — ähnlich wie in Deutschland — Kriegsmüdigkeit ein. Konferenz linker Sozialisten in Florenz (November): Beschluß zur Trennung der Partei von Opportunisten und Reformisten.

1918: Die klerikale Partito Popolo (PP) wird gegründet, Vorläuferin der heutigen DC (18. Januar). Am 24. März werden die Fasci Italiani di Combattimento gegründet, Vorläuferin der faschistischen Partei.

1919: Antonio Gramsci, Mitglied der PSI, gründet in Turin die Wochenzeitung „Ordine Nuovo" (Neue Ordnung), Blatt der revolutionären Sozialisten. Seine engsten Mitarbeiter sind Palmiro Togliatti, Umberto Terracini und Angelo Tasca. Ihre Positionen entfernen sich immer mehr von der offiziellen PSI. Sie setzen sich, nach sowjetischem Vorbild, für „Fabrikräte" ein, eine Art Sowjets. Aufbau einer Gegenmacht in Betrieben, die sich allerdings auf Turin beschränkt und an der Isolation scheitert. — Am 20. und 21. Juli Generalstreik in Italien gegen die Beteiligung des Landes an der Intervention gegen die UdSSR.

8.10.: PSI-Parteitag in Bologna beschließt Beitritt zur III. (kommunistischen) Internationale.

16.11.: PSI wird mit 156 Sitzen stärkste Fraktion im Parlament.

1920: Höhepunkt der Land- und Fabrikbesetzungen, die mangels klarer politischer Führung seitens der PSI und der ihr nahestehenden Gewerkschaften (CGL = Confederazione Generale Italiana) aber bald in sich zusammenfallen (August-September). Die faschistische Bewegung findet Anhang unter den Enttäuschten, meist Kriegsheimkehrer, die keinen Anschluß mehr an die bürgerliche Vorkriegsexistenz finden. Mussolini ist Führer dieser reaktionären Bewegung, die verbal sozialistische Ziele vertritt.

1921

15.1.: In Livorno findet der 17. Parteitag der PSI statt. Die Zentristen lehnen den Bruch mit den Reformisten ab. Daraufhin verlassen die Linken den Parteitag und gründen im Teatro San Marco die Partito Comunista Italiano (PCI) unter Führung von Adameo Bordiga, die zunächst sektiererische Züge aufweist. Trotzdem tritt die Gruppe um „Ordine Nuovo" mit Gramsci und Togliatti zur PCI über.



LIVORNO 1921: Eines der wenigen Fotos vom ersten Parteitag der PCI, unmittelbar nach der Abspaltung von der PSI. Das Foto zeigt die Eröffnungssitzung am 21. Januar im Teatro San Marco.

15.5.: Bei den Wahlen ziehen 15 PCI-Abgeordnete ins Parlament ein.

3.8.: „Befriedungspakt" zwischen PSI und Faschisten zur „Rettung der Demokratie".

10.10.: 18. Parteitag der PSI, linke Fraktion bildet sich, die Anschluß an PCI erstrebt.

1922

1.10.: 19. Parteitag der PSI. Linker Flügel spaltet sich ab und vereinigt sich mit der PCI, die damit stärkste Abteilung der italienischen Arbeiterbewegung wird.

28.10.: Nach Vorbereitung durch Gewaltakte und Attentate unternehmen die Faschisten mit Unterstützung der Industriellen aus dem Norden und der Großgrundbesitzer im Süden, Teilen des Militärs und mit Duldung durch König und Papst den Marsch nach Rom. Der König verweigert die vom demokratischen Ministerpräsidenten geforderte Ausrufung des Ausnahmezustandes und beauftragt Mussolini mit der Regierungsbildung. Die Faschisten haben zu diesem Zeitpunkt ganze 7 % der Sitze in der Kammer. Am 29. Oktober: Abschaffung des 8-Stundentags. Am 25. November Ermächtigungsgesetz, dem die christlichen Politiker, u. a. de Gasperi, zustimmen. Am 27. Dezember Eingliederung der faschistischen Miliz in die Armee.

ILLEGALE ARBEIT IM FASCHISMUS

1924

24.1.: Königliches Dekret zur Überwachung der Gewerkschaften.

19.5.: De Gasperi wird Chef der PP.

10.6.: Nachdem der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti im Parlament eine mutige antifaschistische Rede gehalten hat, in der er die faschistische Gewalttaktik beklagt, um freie Wahlen zu verhindern, wird er von faschistischen Schlägern ermordet.



GIACOMO MATTEOTTI

13.6.: Die antifaschistischen Parteien verlassen das Parlament und bilden das Komitee der Fraktionen der Opposition (Aventinischer Block). Nachdem der Vorschlag der PCI, den Block in ein Gegenparlament umzuwandeln und den Generalstreik auszurufen, von den Christen und Liberalen abgelehnt wird, kehren die Kommunisten ins Parlament zurück, um von hier aus ihren Kampf fortzusetzen.

1926

29.1.: In Lyon (Frankreich) findet unter illegalen Bedingungen der 3. Parteitag der PCI statt, auf dem sich die Gruppe Gramsci gegen die sektiererische Linie Bordigas durchsetzt. Gramsci verlangt eine tiefere Verwurzelung der Partei in den Massen und einen klaren, entschlossenen Kampf gegen den Faschismus, der von der Bordiga-Gruppe als „radikale Form bürgerlicher Demokratie" bezeichnet wurde. Gramsci wird Generalsekretär. Togliatti verläßt Italien, um bei der III. Internationale in Moskau hauptamtlich tätig zu sein.

3.4.: Auflösung der Gewerkschaften und Ersetzung durch faschistische Syndikate.

6.10.: Beseitigung des Streikrechts.

5.11.: Sondergesetze nach einem vermutlich anarchistischen Attentat auf Mussolini, die das Verbot aller antifaschistischen Parteien vorsehen. Am 8.11. wird Gramsci, zusammen mit zahlreichen Kommunisten und Sozialisten, verhaftet, des Hochverrats angeklagt und bis zu seinem Tod 1937 eingekerkert.

1927: Beginn der Neugründung illegaler Gewerkschaften durch die PCI.

1928: Verhaftung aller wichtigen Führer der PCI und der PSI. Umberto Terracini, einer der Gründer der PCI, wird zu 28 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Auf einem Kongreß der italienischen Unternehmerverbände („Confindustria") sprechen die Unternehmer dem faschistischen Regime ihre volle Sympathie aus und versprechen Unterstützung.

1929

11.2.: Abschluß der Lateranverträge zwischen Faschismus und Vatikan, die der Kirche erhebliche Rechte gegenüber dem Staat einräumen; dafür erkennt der Vatikan erstmals Italien als Staat an. Italien zahlt dem Vatikan eine erhebliche Summe, die den Grundstock für den Grundbesitz des Vatikans in Rom legt. Aufwertung des Faschismus durch die Kirche.

1931: Die PCI führt ihren 4. Parteitag in Köln durch und beschließt alle legalen und illegalen Maßnahmen, die dem Sturz des Faschismus dienen.

1934

14.6.: Erstes Treffen Hitler-Mussolini in Venedig, keine Einigung über die Österreich-Frage.

17.8.: PCI und PSI unterzeichnen in Paris den „Pakt der Aktionseinheit". Für die PSI unterschreiben Nenni und Saragat, für die PCI Togliatti.

1935: Beginn des faschistischen Krieges gegen Abessinien (Äthiopien) am 3. Oktober.

1936: Beginn der faschistischen Intervention in Spanien (Juli). Italienische Antifaschisten bilden innerhalb der Internationalen Brigade das Bataillon Garibaldi. Über 3 000 Italiener kämpfen auf der Seite der spanischen Republik, unter ihnen Carlo Rosselli, Luigi Longo, Pietro Nenni, Giuseppe Di Vittorio.

1937
27.4.: Gramsci stirbt im Kerker.
10.6.: Die Gebrüder Rosselli, die die liberale Widerstandsgruppe „Giustizia e Liberta" (Gerechtigkeit und Freiheit) gründeten, werden in Paris vom italienischen Gemeindienst ermordet.
26.7.: Erweiterung des Paktes PCI-PSI.



HITLERS RASSENGESETZGEBUNG wurde von den italienischen Faschisten übernommen. Im November 1838 bringt eine Verkäuferin an einem Geschäft die Aufschrift an: „Dieser Laden ist arisch".

1938
12.3.: Mussolini stimmt der Annektierung Österreichs durch Deutschland zu.
10.11.: Mussolini erläßt nach deutschem Beispiel die antisemitischen Rassengesetze. In Inhalt und Formulierung sind sie dennoch nicht so gravierend wie in Hitlerdeutschland. Die Ausrottung der italienischen Juden beginnt erst 1943 mit der deutschen Besetzung Italiens.

1939
7.4.: Italien erobert Albanien und gliedert es seinem „Imperium" um.
22.5.: „Stahlpakt" Italien - Deutschland.

1940
11.6.: Italien tritt auf deutscher Seite in den 2. Weltkrieg ein.

1941
5.9.: Gründung des „Aktionskomitees für die Vereinigung des italienischen Volkes" in Frankreich durch PCI, PSI und liberale Vertreter von „Giustizia e Liberta". Ein Jahr später tritt die DC dem Komitee bei.

DIE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

1943
5.3.: Märzstreiks, ausgehend von den Fiat-Werken in Turin. Die Arbeiter fordern mehr Lohn, aber sie erheben auch politische Forderungen: Frieden und „Schluß mit dem Faschismus".
10.7.: Angloamerikanische Truppen landen auf Sizilien.
25.7.: Der „Große Rat des Faschismus" stimmt 19:7 gegen „Duce" Mussolini, der verhaftet wird. Damit lassen einflußreiche Kreise des italienischen Monopolkapitals, des Klerus, des Königshauses und führende Militärs Mussolini fallen. Die Regierung übernimmt Marschall Badoglio. Er erklärt, der Krieg werde fortgesetzt (gegen die Alliierten).
August: Die politischen Gefangenen werden entlassen, Anarchisten und Kommunisten als letzte.
8.9.: Bekanntgabe des am 2.9. geschlossenen Waffenstillstandes zwischen den Alliierten und Italien.
9.9.: Das bisherige Oppositionskomitee wird umgewandelt in das Nationale Befreiungskomitee CNL (Comitato Nazionale di Liberazione), dem angehören: PCI, PSI, DC, Demokratische Arbeiterpartei, Aktionspartei und Liberale Partei. Das CNL ruft zum bewaffneten Kampf gegen die Deutschen auf. Die politische und militärische Resistenzia breitet sich aus. Garibaldi-Verbände der Partisanen entstehen. Bis April 1945 erreichen sie ein Stärke von 200 000 Mann.
12.9.: Mussolini wird von der SS befreit. Am 15.9. bildet er eine neue Regierung und führt an der Seite Hitlers den Krieg im Norden fort („Italienische Soziale Republik" in Salo).
27.9.: Beginn der „4 Tage von Neapel", Höhepunkt des Widerstandes im Süden: Die Bevölkerung kämpft vier Tage gegen die Deutschen und erzwingt deren Abzug.
13.10.: Die Regierung Badoglio erklärt Deutschland den Krieg.
28.12.: Die sieben Gebrüder Cervi aus Reggio Emilia werden als Partisanen von den Deutschen erschossen: Symbol des Eintritts der Bauern in den bewaffneten Widerstand.

1944
Januar: Die Faschisten, die im „Faschistischen Großrat" gegen Mussolini gestimmt haben, werden von den Deutschen füsiliert.

1.3.: Generalstreik — der einzige, der während des 2. Weltkrieges in Europa in von Deutschen besetzten Gebieten gegen die Besatzung stattfand. 1,2 Millionen Arbeiter legen die Arbeit nieder.

25.3.: In Rom werden bei Fosse Ardeatine 335 Männer von den Deutschen unter Befehl des Offiziers Kappler ermordet, nachdem bei einem Partisanenangriff 33 deutsche Soldaten ums Leben gekommen waren: Symbol des italienischen Widerstandes.

27.3.: Togliatti kehrt aus Moskau nach Italien zurück. Am 31. März beschließt die PCI, in die Regierung für die nationale Einheit und Befreiung Badoglios einzutreten. Durch diese „Wende von Salerno" erreicht Togliatti, daß die Streitfrage innerhalb des CNL-Bündnisses um die Einbeziehung der kompromittierten Monarchie in den Widerstandskampf sowie die konstitutionelle Frage bis nach der Befreiung zurückgestellt wird und beendet die sektiererischen Kämpfe darüber in der PCI. Durch die Einbeziehung auch der antifaschistischen Monarchisten wird die erste Grundlage für den „italienischen Weg zum Sozialismus" gelegt.

3.6.: Im „Pakt von Rom" bilden sozialistische, kommunistische und christdemokratische Gewerkschafter den einheitlichen Gewerkschaftsbund CGIL.

5.6.: Der König dankt ab.

9.6.: Eine Regierung aller antifaschistischen Parteien wird unter Ivanoe Bonomi gebildet.

Sept.: Im norditalienischen Val 'Ossola wird eine Partisanenrepublik gegründet. Von deren Prinzipien gehen viele in die spätere italienische Verfassung ein.

12.10.: Aus Rache gegen Partisanenakte zerstören die Deutschen das Dorf Marzabotto bei Bologna und ermorden 1840 Menschen — das italienische Lidice.

13.11.: Der englische General Alexander fordert die Partisanen auf, die Waffen niederzulegen. Sie weigern sich und kämpfen weiter.

1945

25.4.: Generalstreik und siegreicher Aufstand im Norden. Die Partisanen befreien Mailand und andere norditalienische Städte, noch ehe die Angloamerikaner eintreffen.

28.4.: Die Partisanen verhaften Mussolini und andere faschistische Führer. Sie werden nach einem Gerichtsurteil des CNL erschossen; die Leichen Mussolinis und seiner Freundin Clara Petacci werden auf einem Platz in Mailand zur Schau gestellt.

Mai: Das CNL übernimmt noch vor dem Eintreffen der Alliierten in den befreiten Gebieten „im Namen des Volkes und der Freiheitskämpfer" die Regierungsgewalt.

Juni: Ferrucio Parri als Vertreter der Aktionspartei, der zusammen mit Luigi Longo von der PCI die Resistenza militärisch leitete, wird Ministerpräsident. Nach 5 Monaten wird er auf amerikanischen Druck durch den Christdemokraten De Gasperi abgelöst.

29.12.: 5.Parteitag der PCI, auf dem die Partei ihren Willen bekräftigt, in der Verfassungsgebenden Versammlung der Republik Italien mitzuarbeiten

1946

März: Erste Wahlen für die Kommunen nach 22 Jahren Faschismus. Von den 5 722 Verwaltungen bekommen 2 289 eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit, 2 534 eine christdemokratische.

2.6.: Volksabtimmung über die Staatsform. 12 718 019 stimmen für die Republik, 10 709 423 (vor allem im Süden) für die Monarchie. Am Tag darauf verläßt der letzte des Hauses Savoyen, Kronprinz Umberto, der den kompromittierten König Emanuele abgelöst hatte, das Land. Am 18. Juni wird die Republik proklamiert.

25.6.: Die Verfassungsgebende Versammlung tritt zusammen. Die größten Parteien sind die DC (35,3%), die PSIUP (Sozialisten) mit 20,7% und die PCI mit 19,0%.

1947

3.1.: Der christdemokratische Ministerpräsident de Gasperi fährt nach den USA. Er erhält dort Zusicherungen für finanzielle und andere Hilfe unter der Bedingung, daß Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung gedrängt werden. Der Kalte Krieg hat auch in Italien begonnen. Im Mai des Jahres werden Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung gedrängt.

7.1.: Saragat provoziert die Spaltung der Sozialisten und gründet die Sozialdemokratische Partei Italiens.

16.4.: Italien wird in den Marshallplan mit einbezogen.

1.5.: Der Bandit Salvatore Giuliano schießt im sizilianischen Dorf Portella della Ginestra im Auftrag der Großgrundbesitzer und der Mafia in eine Maikundgebung von Bauern und Arbeitern. 20 Menschen, unter ihnen Frauen und Kinder, werden getötet. Wenig später werden im Parlament die Verbindungen zwischen der DC und der Mafia bloßgestellt.

1.6.: 1. Kongreß von CGIL, deren Generalsekretär Guiseppe Di Vittorio wird. Sozialdemokraten und Christdemokraten drohen die Spaltung der Einheitsgewerkschaft an.

August: Die Aktionspartei löst sich auf. Ihre Führung geht zur PRI (La Malfa) oder zur PSI (De Martino).

27.12.: Umberto Terracini(PCI), Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, unterzeichnet die italienische Verfassung, die trotz mancher Kompromisse von demokratisch-antifaschistischem Geiste geprägt ist. Die Verfassung wird im Parlament mit 453:62 Stimmen gegen die Rechte angenommen.

1948

18.4.: Erste Parlamentswahlen in Italien. Die USA greifen auf Seiten der DC massiv in den Wahlkampf ein, der von beispielloser antikommunistischer Hetze geprägt wird. Die DC erhält mit 48,5% der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit, die Volksfront (PCI und PSI) erreicht 31%, die sozialdemokratische Abspaltung 7%.

14.7.: Aufgrund der angeheizten antikommunistischen Hysterie wird ein Attentat auf Togliatti verübt, der Generalsekretär schwer verletzt. Die Arbeiterschaft reagiert mit einem Generalstreik der 7 Millionen erfaßt. Luigi Longo gelingt es durch besonnene Appelle, den in der Luft liegenden Bürgerkrieg zu verhindern (hier die fiktive Vorlage für den jüngsten Rosi-Film „Die Macht und ihr Preis").

22.7.: Spaltung der Einheitsgewerkschaft durch Sozialdemokraten und Christdemokraten.

1949

4.4.: Italien tritt in die NATO ein.

1.7.: Der Vatikan droht allen PCI-Mitgliedern die Exkommunikation an.

1950

9.1.: Polizei erschießt bei Demonstration in Modena in 9 Bürger.

1951

17.1.: Eisenhower besucht als US-Präsident Italien. Bei Demonstrationen erschießt die Polizei vier Bürger.

April: 7. Parteitag der PCI. Der christdemokratische Innenminister Scelba wird verantwortlich dafür gemacht, daß unter seiner Herrschaft 462 Arbeiter und Bauern auf Kundgebungen und bei Arbeitskämpfen von der Polizei erschossen wurden und 10 000 Kommunisten und Sozialisten aus dem Heer, der Polizei und dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen worden sind.

1952

8.1.: Gründung der Sozialdemokratischen Partei Italiens (PSDI) durch Zusammenschluß der Saragat-Gruppe und der Romita-Gruppe.

1953

7/8.6.: Der Vorschlag der DC, ein neues Wahlgesetz durchzubringen, das der relativen Mehrheitspartei (oder Koalition) zwei Drittel der Parlamentssitze bringen soll („Betrugsgesetz"), scheitert am massiven Widerstand inner- und außerhalb des Parlaments. Bei den Wahlen fallen die Christdemokraten auf 40% zurück, während die Linke gewinnt: PCI 22,7%, PSI 12,7%, De Gasperi, 6 Jahre unterbrochen Ministerpräsident, verläßt die Regierung.



ANTIKOMMUNISTISCHES Wahlplakat der Christdemokraten 1948 mit dem Appell an die „elegante Römerin": Italienische Frau — auch deine Weiblichkeit wird deiner Wahl anvertraut. Wähle die Christdemokraten!"

1955

29.4.: Mit den Stimmen der PCI und der PSI wird im 4. Wahlgang der progressive Christdemokrat Gronchi zum Präsidenten der Republik gewählt. Der offizielle christdemokratische Kandidat, der ultrarechte Merzagora, verzichtet nach dem 3. Wahlgang.

1956

27.8.: Pietro Nenni und Giuseppe Saragat beraten die Wiedervereinigung ihrer Parteien, der PSI und der PSDI. Der Weg der Sozialisten in die Regierung beginnt.

5.1o.: Konsultativabkommen zwischen der PSI und der PCI, das das Aktionsbündnis aus dem Jahre 1934 ablöst. Die Wege der beiden Parteien, die bisher eng zusammenarbeiteten, trennen sich.

1957

30.Juli: Italiens Parlament beschließt Beitritt zur EWG

Oktober: Die italienische Regierung beteiligt sich am Staatsstreich in San Marino, der „Zwergrepublik" östlich von Florenz: Die römische Regierung unterstützt durch Straßenblockaden den Boykottfeldzug der San Marineser Christdemokraten gegen die KP-SP-Regierung der Republik, die seit 1945 amtiert. Die Linkskoalition muß zurücktreten.

1958

28.10.: Angelo Roncalli wird als Johannes XXIII. Papst (Nachfolger des reaktionären Pius XII). Die Kirche wendet sich unter Johannes erstmals an die Arbeiter und „alle Menschen guten Willens", vorübergehende Öffnung der Kirche.

Oktober: In Sizilien wird vom linken Christdemokraten Milazzo eine Regierung mit Unterstützung von Kommunisten und Sozialisten gebildet. Milazzo und seine Anhänger werden aus der DC ausgeschlossen.

1960

8.4.: Nach langer Regierungskrise bildet der Christdemokrat Tambroni mit Unterstützung der MSI eine Regierung. Im ganzen Land finden Protestkundgebungen statt. In Reggio Emilia werden von der Polizei dabei 5 Menschen erschossen. Tambroni und seine Regierung müssen zurücktreten (19. Juli). Es folgt die erste Mitte-Links-Regierung (Centro Sinistro) unter Fanfani (DC) und Einbeziehung der PSI. Das Programm zählt viele Reformen auf, die aber größtenteils nicht realisiert werden. Die PCI verhält sich abwartend, kritisiert aber den Versuch, das sozialistisch-kommunistische Bündnis aufzuspalten.

1962

27.1.: DC beschließt auf ihrem Parteitag die „Öffnung nach links", zum Centro Sinistro (Einbeziehung der PSI, Isolierung der PCI).

1963

28.4.: Parlamentswahlen. Die DC sinkt erstmals unter 40% und landet bei 38.3%. Die PCI wird deutlich zweitstärkste Partei (25,3%) und läßt die PSI (13,9%) weit hinter sich.

25.10.: Der Parteitag der PSI beschließt Beteiligung der PSI an der Regierung, nennt dafür aber eine Reihe von Bedingungen.

4.12.: PSI-Führer Nenni tritt in die Regierung der DC ein, ohne daß die Bedingungen des PSI-Parteitags erfüllt werden.

15.12.: Der linke Flügel der PSI beschließt auf einer Konferenz den Austritt aus der Partei und gründet die PSIUP (Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit) (Parteigründung am 11. Januar 1964).

1964

21.8.: PCI-Führer Palmiro Togliatti stirbt während eines Kuraufenthals in Jalta (UdSSR). An seiner Beerdigung in Rom am 25. August nehmen mehr als eine Million Menschen teil. Luigi Longo wird Nachfolger als Generalsekretär der PCI.

28.12.: Durch Unterstützung der PCI wird der Vorsitzende der Sozialdemokraten (PSDI), Saragat, im 21. Wahlgang (!) Präsident der Republik. Die DC hatte vergeblich versucht, eines ihrer Parteimitglieder durchzubringen.

1966

30.10. PSI und PSDI vereinigen sich in Rom. Präsident der Partei wird Nenni. Der Beitritt zur Sozialistischen Internationale (der bisher nur die PSDI angehört) wird beschlossen(aber nicht realisiert).

1968

9.4.: Die PCI organisiert erstmals eine regionale Konferenz von kommunistischen und Arbeiterparteien des Mittelmeerraums, an der 17 Organisationen teilnehmen.

19.5.: Parlamentswahlen. Die PSI/PSDI erreicht nur 14,5% — erstes und letztes gemeinsames Auftreten nach diesem Mißerfolg. Die DC kommt auf 39,1%, die PCI ist weiter auf dem Vormarsch und erreicht 26,9% sowie 8,6 Millionen Stimmen (gegenüber 7,8 Millionen 1962). Die Linksabspaltung PSIUP kommt auf 4,5% und arbeitet eng mit der PCI zusammen. Krise in der PSU (Vereinigte Sozialistische Partei).

8.8.: 12. Parteitag der PCI kurz vor dem Einmarsch des Warschauer Pakts in der CSSR. Das Zentralkomitee kritisiert später den Einmarsch und erklärt, daß die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung auf dem Respekt vor der nationalen Unabhängigkeit beruhen muß. Die PCI bekräftigt gleichzeitig das Prinzip des demokratischen Zentralismus: Jede Kritik innerhalb der Partei ist möglich, wenn sie nicht in organisierte Fraktionsbildung ausartet.

Oktober: Massenstreiks, Straßenkämpfe und Unruhen, nachdem die Studentenrevolte auch Italien erreichte, vor allem in Rom und Mailand. Einheitsfront zwischen Arbeitern und Studenten bildet sich.

14.11.:	Generalstreik von 24 Stunden, an dem sich 14 Millionen beteiligen. Neuer Generalstreik am 3. Dezember.		12.12.:	Faschistisches Attentat vor der Landwirtschaftsbank in Mailand, 14 Tote. Beginn der „Spannungsstrategie" der Neofaschisten und reaktionärer Kreise unter Duldung staatlicher Organe, teilweise mit Unterstützung der militärischen Geheimdienste und dem Ziel, die parlamentarische Demokratie durch eine Art „Präsidentialrepublik" zu ersetzen.

1969

11.4.: Generalstreik von 15 Millionen gegen einen brutalen Polizeieinsatz in Battipagla am Vortag.

4.7.: Die PSU spaltet sich erneut in PSI und PSDI, nachdem die Sozialdemokraten unter Saragat und dem später der Korruption überführten Tanassi ausziehen.

19.11.: Bisher größter Massenstreik in Italien (Beteiligung: 20 Millionen) gegen soziale Mißstände; Höhepunkt des „heißen Herbstes". Kampf für Rahmenkollektivverträge.

26.11.: PCI beschließt Ausschluß der „Manifesto"-Gruppe.

1970

7. Juni: Erste Regionalwahlen in Italien mit linken Siegen und Regierungsbildung unter PCI-Beteiligung in Emilia, Toscana und Umbria. Der Verfassungsauftrag nach einer föderalisierten Struktur wurde nach 20 Jahren endlich erfüllt.

Dezember: Staatsstreichversuch der Faschisten mit Prinz Junio Valerio Borghese an der Spitze.

ITALIENS POLIZEI GLIEDERT sich in drei Teile:
1. Die den Gemeinden unterstellte kommunale Polizei.
2. Die der Armeeführung unterstellte 86 000 Mann starke Carabinieri-Truppe.
3. Die „Pubblica Sicurezza" /Öffentliche Sicherheit —, die dem Innenminister untersteht. Sie ist etwa 130 000 Mann stark.
Ausserdem schätzt man, daß in den Diensten zahlungskräftiger Kapitalisten etwa 60 000 Privatpolizisten stehen.



EIN STAATSPOLIZIST in der „Aufruhr-Gala". Italiens Polizei erschoß bei Demonstrationen und Arbeitskämpfen seit 1945 mehr als 500 Menschen — mehr als in jedem anderen Land Europas.

BENIGNO ZACCAGNINI, der Generalsekretär der DC. Seine ausgestreckte Hand gilt in diesen Wochen der Sozialistischen Partei, die er — zwecks Isolierung der PCI — wieder in die Regierung holen will. Die PSI lehnte ab.



1972

März: 13. Parteitag der PCI. Enrico Berlinguer wird zum Generalsekretär gewählt; der kranke Luigi Longo zum Ehrenpräsidenten der Partei.

7.Mai: Wahlen nach Auflösung der Kammer, weil die Parteien des Centro Sinistro (DC, PSI, PSDI, PRI) keine gemeinsame Basis finden konnten. Verluste der DC (auf 38,7%), wiederum Gewinne der PCI (27,2%). Die PSI blieb bei 9,6% hängen, die PSIUP erreichte nur noch 1,9% und kein Mandat. Die Partei löst sich auf, die meisten Mitglieder gehen zur PCI, einige zur PSI, der Rest bildet eine neue Partei (PDUP). Die DC bildet unter Andreotti eine Mitte-Rechts-Regierung ohne Sozialisten, aber mit den Liberalen (PLI).

25.7.. Die Führungen der drei großen Gewerkschaften CGIL (kommunistisch-sozialistisch), CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch-sozialistisch-republikanisch) tun den ersten Schritt zur Einheit und gründen das paritätisch besetzte Sekretariat des Gewerkschaftsbundes.

1974

12.5.: Referendum über das 1970 vom Parlament verabschiedete Ehescheidungsgesetz (319: 286 Stimmen); die Kampagne wird von DC, MSI und reaktionären Kirchenkreisen geführt und gleicht einem Kreuzzug. Die reaktionäre Kampagne (DC-Parteisekretär Fanfani: „Die Ehescheidung ist das Krebsgeschwür der Gesellschaft") bringt eine vernichtende Niederlage für die Rechte: 59,26% der Italiener stimmen für die Scheidung. Beginn der historischen Wende in Italien.

28.5.: Auf einer von den Gewerkschaften einberufenen antifaschistischen Kundgebung im norditalienischen Brescia explodiert eine Bombe. Acht Tote und 90 Verletzte. Bei der Totenfeier kommt es zur Bildung einer antifaschistischen Front unter Teilnahme der Christdemokraten. Die faschistische Terrorgruppe „Ordine Nero" (Schwarze Ordnung) übernimmt die Verantwortung.

4.8.: Im Schnellzug Italicus explodiert eine Bombe, 12 Tote, 58 Verlezte. Auch für dieses Attentat übernimmt die „Ordine Nero" die Verantwortung.

1975

15.6.: Regionalwahlen in Italien. Großer Linksruck. Zu den drei linken Regionen kommen Ligurien, Piemont und später Latium hinzu. Zahlreiche Städte bekommen Linksregierungen. Die DC bleibt nur noch knapp mit 35,5% in Führung vor der PCI mit 32,0% und der PSI mit 12,0. PSDI 5,6; PRI 3,3; PLI 2,5; MSI 6,8; PDUP 1,2 %.

POLIT–LEXIKON

Zu einigen Begriffen und Abkürzungen

BERLINGUER, ENRICO: Geboren 25.5.1922 in Sassari, Sardinien. Stammt aus liberaler Adelsfamilie, Vater Mitglied der PRI, dann der PSI. Enrico 1942 Mitglied des KP-Jugendverbandes, 1944 von den Faschisten inhaftiert, 1945 sardischer Landessekretär der Jugend, 1945 Mitglied des ZK, 1950-53 Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Sprecher bei



den Weltjugendfestspielen 1951 in Ostberlin, 1956 Leiter der Parteischule der PCI, 1959 Chef der Abteilung Organisation beim ZK, seit 1962 Mitglied des Politbüros, 1969 stellvertretender Generalsekretär, 1972 Generalsekretär. Einkommen der fünfköpfigen Familie Berlinguer: Monatlich 595 000 Lire (1800,–DM), dazu stellt die Partei freie Wohnung sowie ein Auto mit Chauffeur.

CENTRO DESTRA: Regierungsformel „Mitte-Rechts" aus DC, PSDI und PLI.

CENTRO SINISTRA: Regierungsformel „Mittel-Links" aus DC, PSI, PSDI, PRI.

CGIL = Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Italienischer Bund der Arbeit); PCI-PSI-DP; 4 Millionen Mitglieder, Hauptgewicht Tagelöhner, Bausektor, Metallbranche.

CISL = Confederazione Italiana Sindicati Lavoratori (Italienischer Bund der Gewerkschaften der Werktätigen), katholisch DC; 2,7 Millionen Mitglieder, Hauptgewicht Industriesektor und öffentlicher Dienst.

CLIENTELISMO = System von Beziehungen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich auf der Grundlage persönlicher materieller Interessen und Begünstigungen. Grundlage der DC-Staatsmacht.

COMPROMESSO STORICO: Historischer Kompromiß, offizielle Strategie der PCI.

CORRENTI: Strömungen, vor allem in der DC; derzeit etwa 10, die sich jeweils um einen „Führer" scharen, der Einfluß, Posten und Geld zusichert, eigentlich ein primitives Stammessystem. Wichtige correnti: a) Dorotei (nach Gründungsort Rom) um Rumor; b) Nuove Cronache um Fanfani; c) Impegno Democratico um Andreotti/Colombo; d) Morotei um Aldo Moro; e) Forze Nuove um Donat Cattin; f) Base um linkskatholische Gewerkschafter.

DC = Democrazia cristiana (Christdemokratische Partei), gegründet als Partito Popolare Italiani (PPI) 1919; nach Parteienverbot durch Mussolini illegal als Movimento Guelfo; 1,8 Millionen Mitglieder. Tageszeitung „Il Popolo", Wochenzeitung „La Discussione".

DP = Democrazia Proletaria (Demokratische Proletarier) ultralinke Gruppierung, entstanden 1975 nach mehrfachen Parteiversuchen und Spaltungen. In den DP (Mitglieder etwa 25 000, Organ „Manifesto") arbeiten mit: PDUP = Partito di Unita Proletaria per il Comunismo, Lotta Continua, Avanguardia Operaia. Die PDUP entstand aus einem Zusammenschluß der Manifesto-Gruppe, Resten der PSIUP (Partito Socialista Italiano di Unita Proletaria), die 1964 von linken PSI-Mitgliedern gegründet wurde und sich 1972 auflöste (Mehrheit zur PCI, Teil zur PSI, Teil gründete PDUP).

F.A.: Forze Armate, offizielle Bezeichnung der italienischen Armee.

FEDERCONSORZI = Federazione Italiana dei Consorzi Agrar, Verband der Großagrarier, reaktionär, gegen Bodenreform.

HALBPACHT: Form des Agrarvertrages zwischen Grundbesitzern und Bauern, in der Mitte und im Süden verbreitet. Die Produkte gehen zu 60% an den Halbpächter, zu 40% an den Grundbesitzer. Eine Art „Landarbeiter mit Gewinnbeteiligung".

INTEGRALISMO = Integralismus, Bestreben der DC, die katholische Ideologie zur Staatsideologie zu machen.

LAIZISMO: Antiklerikale Einstellung, in Italien vor allem in der PSI, der PSDI, der PRI und der PLI.

MAFIA: Gegründet in Sizilien im 19. Jahrhundert als antifeudaler Geheimbund, später im Interesse der Großgrundbesitzer unterwandert und für die tätig. Heutige Haupteinnahmequelle, nicht wie oft angenommen, Entführung und Gewaltverbrechen, sondern beispielsweise „Wassergeschäfte": Im Sommer 1975 zahlten Siziliens Bauern an die privaten Besitzer von Wasserwerken 7000 Lire pro „zappa" (etwa 11 Liter Wasser pro Stunde). Weitere Geschäfte: „Schutzgebühr" gegen Überfälle und Erntevernichtung durch Banden. Beherrschung des Schmuggels und „legalen" Handels, Immobilien- und Schiffahrts-Geschäfte.

MONOCOLORE: Regierungsformel für Einparteienregierung der DC.

MEZZOGIORNO: Bezeichnung für die südlich von Rom gelegenen Landesteile einschließlich der Inseln Sizilien und Sardinien.

MSI = Movimento Sociale Italiano (Italienische Soziale Bewegung), Neofaschisten. Gegründet 1946 als Nachfolgeorganisation der Republikanischen Faschistischen Partei Mussolinis (1943-45), 400 000 Mitglieder. Tageszeitung „Il Secolo d'Italia", Wochenblätter „Il Borghese" und „Candido".

NENNI, PIETRO: Geboren 1891 als Sohn eines Landarbeiters in Faenza, aufgewachsen im Waisenhaus, zuerst PRI-Mitglied, 1920 zur PSI, Teilnehmer der Garibaldi-Brigade für das republikanische Spanien, von der Gestapo in Frankreich verhaftet und an Mussolini ausgeliefert. Mussolini verbannte seinen Ex-Freund (aus dem Jahre 1911) auf die Insel Ponza. PSI-Generalsekretär 1926 bis 1969, 1973 bis 1975.

NORD-SÜD-GEFÄLLE: Die fünf ärmsten Regionen im Süden haben ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von rund 2485 DM (Kalabrien), die reicheren im Norden (Latium mit Rom) eines von 6650 DM.

PCI = Partito Comunista Italiano (Italienische Kommunistische Partei, IKP). Gegründet 1921, im antifaschistischen Widerstand von 1922 bis 1945. 1966 Abspaltung einer bedeutungslosen maoistischen Gruppe (‚PCI-ml') , Mitgliederzahl 1,8 Millionen, davon 400 000 Frauen, Tageszeitung „Unita", Wochenzeitung „Rinascita".

PLI = Partito Liberale Italiano (Liberale Italienische Partei). Gegründet 1922 in Bologna. Antifaschistisch. Tritt aber für präfaschistische Gesellschaftsform ein, steht rechts von der DC. 140 000 Mitglieder. Tageszeitung „La Tribuna".

PNM = Partito Nazionale Monarchico (Nationale Partei für die Monarchie), gegründet 1946, verschmolzen 1972 mit der neofaschistischen MSI.

POLICENTRISMO: Entwickelt von Togliatti, Polyzentrismus der kommunistischen Weltbewegung. Kernthese (publiziert in Nuovi argomenti, 5/56): „In jedem kommunistisch regierten Land können und müssen die objektiven und subjektiven Verhältnisse, die Traditionen, unterschiedlich die Organisationsformen der Bewegung beeinflussen. In der übrigen

Welt gibt es Länder, in denen man den Sozialismus aufbauen will, ohne daß die Kommunisten die führende Partei sind. In noch anderen Ländern bildet der Marsch zum Sozialismus das Ziel, das Kräfte zusammenführt, die von verschiedenen Bewegungen herkommen, die aber bisher weder einig sind noch sich verstehen. Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einer einheitlichen Führung, sondern man muß von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird."

PRI = Partito Repubblicano Italiano (Italienische Republikanische Partei). Gegründet 1895 als Einheitspartei. Vergleichbar der deutschen FDP. 120 000 Mitglieder, Parteiorgan „La Voce Repubblicana".

PR = Partito Radicale (Radikale Partei), gegründet 1975, linksliberal bis antiautoritär-sozialistisch. Mitgliederzahl unbekannt.

PSI: Partito Socialista Italiano (Italienische Sozialistische Partei). Gegründet 1882, aktive antifaschistische Widerstandspartei. 515 000 Mitglieder, Tageszeitung



PARTISANEN marschieren in das von ihnen befreite Mailand ein.

„Avanti!", Abspaltung der PCI 1921; nach rechts zur PSDI 1947; nach links zur PSIUP 1963; Zusammenschluß mit den Sozialdemokraten zur PSU 1966; erneute Trennung von den Sozialdemokraten 1969.

PSDI = Partito Socialista Democratico Italiano (Italienische Sozialdemokratische Partei), 1949 als PSI-Abspaltung gegründet. Rechts-sozialdemokratisch, vergleichbar mit den „Kanalarbeitern" der SPD. Mitglied der Sozialistischen Internationale, 300 000 Mitglieder, Parteizeitung „Umanita".

QUALUNQUISMO: Politische Indifferenz, abgeleitet vom Titel einer rechtsgerichteten Zeitung „L'Uomo qualunque", in den Nachkriegsjahren Sprachrohr der Neofaschisten.

RISORGIMENTO: Wiederauferstehung. Bezeichnung für die nationale italienische Einheitsbewegung 1820 - 1870 nach Cavours Blatt „Il Risorgimento". Der antifaschistische Widerstand 1943-45 wird als „zweites Risorgimento" bezeichnet.

SEKTION: Grundorganisation der PCI (Sezione), Regionalorganisation: federazione.

SID = Servizi Informazioni Forze Armate. Militärischer Nachrichtendienst. Nachfolgeorganisation von SIFAR, der 1968 wegen Konspiration gegen die demokratischen Institutionen aufgelöst wurde.

SOTTOGOVERNO: Bezeichnung für alle Institutionen, Aufträge und Tätigkeiten, die formell nichts mit der Regierung zu tun haben, de facto jedoch durch die Personalpolitik der DC unter deren Einfluß sind.

UIL = Unione Italiana del Lavoro (Italienische Union der Arbeit), PSDI-PRI-PSI, 900 000 Mitglieder.

WIRTSCHAFT: Italien hat einen hohen staatlichen Anteil an der Industrie, teilweise durch direkten Besitz, teilweise durch Beteiligungen. Das direkt oder indirekt vom Staat kontrollierte Kapital erreicht rund 70% der Unternehmen mit einem Stammkapital von über 50 Milliarden Lire. Hoher Konzentrationsgrad: Von den 40 000 Aktiengesellschaften besitzen die 22 größten fast 40% des gesamten Aktienkapitals. Hauptzweige Maschinen- und Autoindustrie, chemische, elektronische, Elektro-, Textil-, Baustoff- und Lebensmittelindustrie. Größter westeuropäischer Erdölverarbeiter. Erdöl- und Energieindustrie ganz in staatlicher Hand (ENI und ENEL). Größte Privatkonzerne Montecatini Edison (Chemie), Italsider (Stahl), Fiat (Auto) und Pirelli-Dunlop (Gummi). — Die Landwirtschaft ist rückständig. Einerseits Brachflächen, andererseits Konzentration. Rund 1,6 Millionen Hektar sind unbebaut. 10% der Betriebe besitzen 40% des Bodens, 18% der Betriebe nicht einmal 1% der bebaubaren Fläche. 75% der Anbaufläche ist Ackerland einschließlich Obst, Gemüse und Wein, kaum Viehzucht. — Bodenschätze außer Erdöl (Sizilien) kaum vorhanden. Etwas Schwefel, Quecksilber, Marmor, Asbest, Blei, Zink und Braunkohle.

TULLIO GRIMALDI

Tullio Grimaldi ist Kommunist, Richter am Landgericht zu Neapel und ausserordentlicher Professor an der dortigen Universität. Er kam Anfang Juli nach Westberlin, um sich hier über die Praxis der Berufsverbote zu informieren. In Italien ist er der Sprecher eines Komitees zur Verteidigung der Grundrechte in der Bundesrepublik und in Westberlin. Erik Nohara und Rolf Uesseler befragten Grimaldi auch zum italienischen Wahlergebnis, besonders zu dem von Neapel, wo die PCI von 27,8 auf 41,6 % stieg, die DC von 28,4 auf 29,9 % kam und die Neofaschisten fast halbiert wurden (von 26,3 auf 14,4 Prozent).

Gründe für den Erfolg von Neapel

Interview mit dem Richter an der Strafkammer des Landgerichtes Neapel

ED: Du kommst aus Neapel, also aus einer Stadt, in der die PCI auch im Verhältnis zu den Regionalwahlen vom Mai vorigen Jahres erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen hatte. Wie erklärst Du diesen Wahlsieg?

GRIMALDI: Die Kommunisten haben nicht nur aus den Reihen der Zentrumsparteien, sondern besonders auch von den Neofaschisten, der MSI, Stimmen gewonnen. Dabei spielte eine wichtige Rolle, daß die Bewohner Neapels ein Jahr Zeit hatten, um die Leistungen der Kommunisten in der Stadtverwaltung zu bewerten.

ED: Aus der Sicht des durchschnittlichen Neapolitaners muß sich in dem einen Jahr also einiges geändert haben?

GRIMALDI: Die Hauptrolle hat die Arbeitslosigkeit gespielt. Ich rede dabei nicht nur von den Opfern der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern auch von dem hohen Prozentsatz jener Neapolitaner, die wegen der Unterentwicklung dieser Region bisher nie einen Arbeitsplatz finden konnten und von daher auch keinen Anspruch auf eine — in unserem Land sowieso minimale — Arbeitslosenunterstützung haben. Die Stadtverwaltung allein hat in den vergangenen zwölf Monaten rund 2 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das geschah in Zusammenarbeit mit einem Arbeitslosenkomitee, in dem die Kommunistische Partei an führender Stelle mitarbeitet. .

ED: Neue Arbeitsplätze erfordern aber auch wachsende kommunale Ausgaben. Wo kommen bei der Krise da die zusätzlichen Einkünfte her?

GRIMALDI: Zum Teil durch eine konsequentere Besteuerung. Die Kommunen würden in unserem Land schon erheblich besser dastehen, wenn die Privatunternehmen die auf sie anfallenden Steuern tatsächlich zahlen. Die zweite Wahlkampfparole der Kommunisten war denn auch die Beseitigung der Korruption. Das ist ja nicht nur ein moralisches Problem — es ergibt sich aus dieser Kampfansage auch, daß die Stadtverwaltung dafür sorgt, daß die Steuern tatsächlich eingetrieben werden. Allerdings: Auf die Dauer können die Kommunen nur saniert werden, wenn sie größere Zuschüsse als bisher aus dem Staatshaushalt bekommen. Das stellt eine der Forderungen der Kommunisten an das Parlament in Rom dar. Drittens schließlich ist im Wahlkampf die wachsende Kriminalität und als Ausweg die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung von den Kommunisten immer wieder angesprochen worden. Dabei geht es um die sozial und auch um die politisch motivierten Gesetzesverstöße: Die soziale Kriminalität kann nur durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beseitigt werden. Hinsichtlich der politischen Kriminalität, also den Terroranschlägen der Faschisten, ist eine größere Wachsamkeit der Bevölkerung sowie ein loyaleres Durchgreifen der Polizei erforderlich.

ED: Wie soll die Bevölkerung mehr für Gesetz und Ordnung sorgen?

GRIMALDI: Nun, es ist schon wichtig, wenn die organisierten Faschisten wissen, daß sie nicht nur von der schläfrigen Polizei, sondern von der Bevölkerung selbst beobachtet werden. Bei uns in Neapel sind die konservativ-monarchistischen und faschistischen Kräfte bekanntlich relativ stark. Deshalb haben sich bereits im vorigen Jahr Antifaschistische Stadtteilkomitees gebildet, die gegen die faschistische Gefahr mobilisieren. Da arbeiten, bis hin zu den Liberalen und den Christdemokraten, alle demokratischen Parteien und natürlich auch die Gewerkschaften mit. Das Neapolitanische Antifaschistische Komitee hat dann einen Kommunisten zum Vorsitzenden gewählt.

ED: Mit welchen Parolen sind die konservativen Kräfte in den Wahlkampf gezogen? Wahrscheinlich doch auch mit der Gleichsetzung: Kommunisten und Sowjetunion.

GRIMALDI: Ja, aber die antisowjetische Propaganda war etwas geringer und vor allem erheblich wirkungsloser als noch bei den Wahlen von 1972. Daß die PCI unabhängig ist und daß sich diese Unabhängigkeit aus objektiven Ursachen ergibt, hat sich in den letzten Jahren schon herumgesprochen. Nach der Niederlage der

Christdemokraten beim Scheidungsreferendum war man auch vorsichtiger mit dem Vorwurf, daß die Kommunisten religionsfeindlich seien. Die reaktionären Kräfte wissen, daß heute die Mehrheit der Italiener, also auch der Katholiken, für einen laizistisch orientierten Staat eintreten. Das zeigt sich jetzt auch in der Kampagne für eine fortschrittlichere Abtreibungsgesetzgebung. Deshalb ist von ihnen diesmal die Eigentumsfrage hochgespielt worden. Man hat argumentiert, ein Wahlsieg der Kommunisten würde für die Bauern die Enteignung von Vieh und Boden und für das Kleinbürgertum die Beschlagnahmung der Sparkassenbücher und Autos zur Folge haben.

ED: Hast Du selbst eigentlich mit diesem Wahlausgang gerechnet?

GRIMALDI: Nein. Zum einen habe ich angenommen, daß die Kommunisten bestenfalls den gleichen Stimmenanteil erhalten wie bei den Regionalwahlen 1975. Andererseits habe ich auch nicht erwartet, daß die Christdemokraten ihren Stimmenanteil auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien würden stabilisieren können.

ED: Würdest Du eine Prognose hinsichtlich der Regierungsbildung wagen?

GRIMALDI: Nein. Einerseits ist es wohl undenkbar, daß die Sozialisten umfallen und entweder einer christdemokratischen Minderheitsregierung oder gar einer Beteiligung an einer neuen Koalition zustimmen. Andererseits werden es die Christdemokraten wohl kaum wagen, mit den Parlamentsstimmen der Faschisten zu regieren. Die Christdemokraten selbst haben sich entschieden gegen eine direkte Regierungsbeteiligung der KPI ausgesprochen. Noch am ehesten vorstellbar wären also informelle Absprachen zwischen den demokratischen Parteien über ein Minimalprogramm, dann die Bildung einer christdemokratischen Minderheitsregierung sowie die Ausschreibung von Neuwahlen, wenn dieses Programm nicht eingehalten wird oder nicht funktioniert. Aber das sind, wie gesagt, nur Spekulationen.



IN REGGIO CALABRIA versuchten die Neofaschisten den Aufstand. Im Oktober 1970 nutzten neofaschistische Gruppen die tiefe soziale Unruhe im Mezzogiorno und schlugen los. Ihre Zielscheibe aber waren die Kommunisten und Sozialisten, nicht die in Rom regierenden Christdemokraten. — Das Foto zeigt Staatspolizei in Bereitschaftsstellung während der Strassenkämpfe.

GRUNDDATEN : Wahl 1976 (Kammer)

WAHLERGEBNISSE ZUR ITALIENISCHEN KAMMER, IM VERGLEICH REGIONALWAHL VON 1975 – ABSOLUTE STIMMEN, PROZENTE UND MANDATE

Partiti	ELEZIONI 1976			ELEZIONI 1972			REGIONALI 1975 (1)	
	VOTI	%	S.	VOTI	%	S.	VOTI	%
PCI (2)	12.620.509	34,4	227	9.069.774	27,2	179	11.300.121	32
PSd'AZ.				—	—	—	21.960	0,1
PSIUP				648.591	2	—	—	—
DP (3)	555.980	1,5	6	224.313	0,7	—	417.725	1,2
PSI	3.541.383	9,6	57	3.208.497	9,6	61	4.234.132	12
Part. Radicale	394.623	1,1	4	—	—	—	—	—
PSDI	1.237.483	3,4	15	1.718.142	5,1	29	1.987.603	5,6
PRI	1.134.648	3,1	14	954.357	2,9	15	1.158.826	3,3
DC	14.211.005	38,7	263	12.913.866	38,7	266	12.541.442	35,6
PLI	478.157	1,3	5	1.296.585	3,9	20	880.004	2,5
MSI	2.243.849	6,1	35	2.892.071	8,7	56	2.403.352	6,8
PC(ml) e altri ex-sin. (4)				98.104	0,4	—	72.728	0,2
ALTRI (5)	237.230	0,6	4	311.987	0,8	3	235.681	0,7
TOTALI	36.715.577		630	33.335.475	—	629	35.261.574	—

ERLÄUTERUNGEN: (1) Regionali – Regionalwahlen 1975, teilweise fanden sie bereits 1973 statt, so im Alto Adige(Südtirol). (2) PCI – kandidierte 1972 zusammen mit der PSIUP, in Sardinien zusammen mit der PS D'Az., einer sardischen Linksgruppe. (3)DP – 1976 kandidierten die Demokratischen Proletarier, 1972 die Manifesto-Gruppe allein, 1975 werden hier verschiedene Linksgruppen subsummiert. (4) PC(ml) – die maoistische Gruppe kandidierte 1976 nicht mehr, in den Vorjahren wurden hier andere maoistische Gruppen zugezählt. (5) Altri(andere) – hier werden u.a. die regionalen Parteien im Alto Adige(vor allem die Südtiroler Volkspartei) und im Aostatal aufgeführt, aber auch einige regionale Linksgruppen, die nicht weiter einzuordnen sind.

ANMERKUNG: Das oben abgedruckte Wahlergebnis wurde aus dem Zentralorgan der PCI, der „Unita", faksimiliert. Dabei fällt die Anordnung der Parteien auf, die im übrigen in allen PCI- Publikationen so ist: Begonnen wird mit der Kommunistischen Partei, es folgen dann „von links nach rechts" alle anderen Gruppierungen. Die ultralinke DP werden zwischen der PCI und der PSI eingeordnet, die maoistische PC(ml) erscheint rechtsaussen zusammen mit den Neofaschisten.

GRUNDDATEN : Regionen, Wahl 1976 (Senat)



SENATSWAHLEN: Gleichzeitig mit den Wahlen zur Kammer fanden die Wahlen zur zweiten, nahezu gleichberechtigten Instanz des italienischen Parlaments statt. Hier die Prozentzahlen und die Mandate(es gab weniger Wahlberechtigte, weil zum Senat nicht die 18-Jährigen, sondern erst die 21-Jährigen wählen dürfen): PCI 33,8; DP – 0,2; PSI – 10,2; PCI-PSIUP-PSI(gemeinsame Kandidatur im Aostatal) – 0,3; Radikale Partei 0,8; PSDI – 3,1; PRI – 2,7; PLI – 1,4; PSDI-PRI-PLI (gemeinsame Kandidatur in einigen Gebieten) 1,3; DC – 38,9; MSI – 6,6; andere Parteien – 0,7 Prozent.

Mandatsverteilung: PCI 116(bisher 94); DP 0(0); PSI 29(33); PCI-PSIUP-PSI 1(0); Radikale Partei 0(0); PSDI 6(11); PRI 6(5); PLI 2(8); PSDI-PRI-PLI 2(0); DC 135(136); MSI 15(26); andere Parteien 3(2) Sitze.

GRUNDDATEN : Wahlen seit 1946

Wahlergebnisse von 1946 bis 1976 in Prozenten

	1946	1948	1953	1958	1963	1968	1972	1976
MSI	5,3	2,0	5,8	4,8	5,1	4,5	8,7	6,1
PNM	6,8	2,8	6,9	4,8	1,7	1,3		
PLI	2,8	3,8	3,0	3,5	7,0	5,8	3,9	1,3
DC	35,1	48,4	40,0	42,3	38,3	39,1	38,8	38,7
PRI	4,4	2,5	1,6	1,4	6,1	2,0	2,9	3,1
PSDI			4,5	4,5	1,4		5,1	3,4
PSI	20,7	31,0	12,7	14,2	13,8	14,5	9,6	9,6
PCI	18,9		22,6	22,7	25,3	26,9	27,2	34,4
PSIUP						4,5	1,9	
Manifesto/PDUP/DP							0,7	1,5
andere	6,0	3,6	2,9	1,8	1,3	1,5	1,2	1,7

Gliederung des Staatsgebietes nach 20 Regionen(und 94 Provinzen)

Region		Fläche in km²	Einwohner in 1000	Hauptstadt
Piemont	(1)	25 399	4 433	Turin
Aostatal	(2)	3 262	110	Aosta
Lombardei	(3)	28 850	8 443	Mailand
Trentino–Tiroler Etschland	(4)	13 613	844	Trient
Venetien	(5)	18 367	4 122	Venedig
Friaul–Julisch–Venetien	(6)	7 845	1 232	Triest
Ligurien	(7)	5 413	1 881	Genua
Emilia–Romagna	(8)	22 123	3 859	Bologna
Norditalien, insgesamt:		119 872	24 924	
Toskana	(9)	22 991	3 479	Florenz
Umbrien	(10)	8 456	783	Perugia
Marken	(11)	9 693	1 369	Ancona
Latium	(12)	17 203	4 704	Rom
Mittelitalien, insgesamt:		58 343	10 335	
Abbruzzen	(13)	10 794	1 201	L'Aquila
Molise	(14)	4 438	331	Campobasso
Kampanien	(15)	13 595	5 191	Neapel
Apulien	(16)	19 347	3 642	Bari
Basilicata	(17)	9 991	621	Potenza
Kalabrien	(18)	15 080	2 049	Catanzaro
Sizilien	(19)	25 708	4 883	Palermo
Sardinien	(20)	24 090	1 502	Cagliari
Süd- und Inselitalien, insgesamt:		123 043	19 420	
Italien insgesamt		301 258	54 683	Rom

CAMERA - Risultati

Die Wahlergebnisse zur Kammer (camera) des italienischen Parlaments am 20/21. Juni 1976. Circoscrizione sind größere Wahlkreise, in denen jeweils einige Provinzen zusammengefaßt sind und innerhalb denen — nach Bevölkerungszahl und nach dem Verhältniswahlrecht — die Mandate festgelegt werden. EXTRA EXTRA faksimiliert etwas verkleinert den Zahlenspiegel aus der „Unita", die noch einmal eine interessante Unterteilung vorgenommen hat: In den Norden, die Mittelregionen und den Süden.

CIRCOSCRIZIONI	Anno	PCI			PSIUP			DP			PSI			Partito radica[le]		
		voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seg[gi]
Torino - Novara - Vercelli	1976	864.817	38,2	14				42.016	1,9	—	231.276	10,2	3	38.770	1,7	—
	1972	601.773	28,6	10	38.148	1,8	—	11.023	0,5	—	228.932	10,9	4	—	—	—
	1975	805.039	36,8		—	—		20.554	0.9		282.542	12,9		—	—	
Cuneo - Alessandria - Asti	1976	252.136	28,3	4				15.576	1,7	—	84.573	9,5	1	11.191	1,3	—
	1972	175.772	20,4	3	14.150	1,6	—	5.881	0,7	—	99.917	11,6	2	—	—	—
	1975	227.803	26,5		—	—		3.969	0,4		111.699	13		—	—	
Genova - Imperia La Spezia - Savona	1976	527.603	39,1	9				14.090	1,1	—	147.696	10,9	2	20.506	1,5	—
	1972	404.477	31,6	7	19.339	1,5	—	6.755	0,5	—	143.557	11,2	3	—	—	—
	1975	500.483	38,3		—	—		—	—		175.714	13,5		—	—	
Milano - Pavia	1976	1.113.090	35,8	19				80.001	2,6	1	368.472	11,9	6	49.440	1,6	—
	1972	807.810	28,2	13	51.218	1,8	—	24.420	0,8	—	352.922	12,3	6	—	—	—
	1975	1.059.583	35		—	—		85.710	2,8		420.356	13,9		—	—	
Como - Sondrio - Varese	1976	308.661	27,2	5				23.130	2	—	134.514	11,8	2	11.898	1,1	—
	1972	182.220	17,8	3	24.090	2,3	—	6.931	0,7	—	130.761	12,7	2	—	—	—
	1975	278.133	25,1		—	—		23.653	2,1		162.856	14,7		—	—	
Brescia - Bergamo	1976	283.527	23,1	5				29.283	2,4	—	125.858	10,2	2	11.[illegible]	0,9	—
	1972	169.043	15,3	3	29.542	2,7	—	6.999	0,6	—	106.568	9,6	2	—	—	—
	1975	257.063	21,6		—	—		27.853	2,1		151.185	12,7		—	—	
Mantova - Cremona	1976	187.277	36,4	3				6.462	1,2	—	69.260	13,5	1	4.497	0,9	—
	1972	145.266	29,8	3	11.575	2,4	—	2.804	0,6	—	71.003	14,6	1	—	—	—
	1975	175.761	34,7		—	—		6.184	1,2		85.565	16,9		—	—	
Trento - Bolzano	1976	74.622	13,2	1				12.912	2,3	—	44.495	7,9	1	6.943	1,2	—
	1972	38.855	7,6	1	6.793	1,3	—	3.442	0,7	—	35.846	7	1	—	—	—
	1973	36.948	7,5		—	—		—	—		40.986	8,4		—	—	
Verona - Padova Vicenza - Rovigo	1976	362.482	21,4	6				23.365	1,4	—	162.385	9,6	2	17.709	1,0	—
	1972	238.681	15,7	5	32.244	2,1	—	7.958	0,5	—	128.984	8,5	2	—	—	—
	1975	341.553	20,7		—	—		22.194	1,3		185.486	11,3		—	—	
Venezia - Treviso	1976	286.371	27,8	5				18.588	1,8	—	119.374	11,6	2	11.950	1,2	—
	1972	188.742	20,4	4	24.560	2,7	—	4.615	0,5	—	102.686	11,1	2	—	—	—
	1975	266.434	26,7		—	—		16.420	1,6		148.101	14,9		—	—	
Udine - Belluno Gorizia - Pordenone	1976	208.841	25,3	3				14.616	1,8	—	106.735	12,9	1			
	1972	133.866	17,7	3	16.253	2,1	—	4.189	0,6	—	96.331	12,7	2	—	—	—
	1975	177.911	22,9		—	—		2.569	0,3		118.665	15,3		—	—	
Trieste	1976	64.991	28,6	1				2.222	1,0	—	15.770	6,9	—	6.939	3,6	—
	1972	54.345	24,9	1	2.850	1,8	—	—	—	—	14.251	6,5	—	—	—	—
	1975	62.282	28,5		—	—		—	—		18.803	8,6		—	—	
Bologna - Ferrara Ravenna - Forlì	1976	819.117	49,2	13				15.453	0,9	—	147.313	8,9	2	18.260	1,1	—
	1972	693.542	44,9	12	40.367	2,6	—	9.451	0,6	—	119.636	7,7	2	—	—	—
	1975	802.944	49,2		—	—		24.530	1,5		160.327	9,8		—	—	
Parma - Modena Piacenza - Reggio Emilia	1976	580.738	47,6	9				12.793	1,0	—	110.212	9,0	1	10.686	0,9	—
	1972	486.124	42,7	9	32.780	2,9	—	5.099	0,4	—	100.912	8,9	2	—	—	—
	1975	560.650	47		—	—		20.825	1,7		128.846	10,9		—	—	
TOTALE NORD	1976	5.934.293	33,3	97				310.507	1,7	1	1.867.933	10,6	26	220.122	1,2	—
	1972	4.321.594	26,4	77	343.819	2,1	—	99.587	0,6	—	1.732.306	10,6	31	—	—	—
	1975	5.552.587	32,4		—	—		254.461	1,5		2.191.131	12,8		—	—	

per circoscrizione

In der circoscrizione Trento—Bolzano ist zu beachten, daß dort unter „altri" (anderen) die Südtiroler Volkspartei aufgeführt ist. Die Insel Elba erscheint nicht gesondert, sondern ist dem Ergebnis von Pisa—Livorno zugezählt. Sizilien hat zwei ciroscrizione: Catania—Enna sowie Palermo-Caltanisseta. Sardinien hat einen: Cagliari—Nuoro.

PSDI			PRI			DC			PLI			MSI-DN			ALTRI			TOTALI	
voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	seggi
99.979	4,4	1	89.372	3,9	1	740.907	32,8	12	61.360	2,7	1	91.686	4,1	1	1.976	0,1	—	2.262.159	33
146.185	6,9	2	71.310	3,4	1	704.911	33,5	12	166.333	7,9	3	111.397	5,3	2	25.099	1,2	—	2.105.111	34
154.678	7,1		78.937	3,6		632.544	28,9		107.219	4,9		103.196	4,7		1.122	0,2		2.185.831	
48.563	5,5	—	34.425	3,9	—	384.294	43,2	7	32.943	3,7	—	25.886	2,9	—				889.587	12
59.914	7	1	27.530	3,2	—	384.577	44,7	7	57.144	6,7	1	29.328	3,4	—	5.458	0,6	—	859.671	14
69.475	8,1		30.219	3,5		344.273	40		45.615	5,3		27.557	3,2		—	—		860.610	
40.041	3,0	—	51.877	3,8	—	464.581	34,4	8	24.060	1,8	—	58.687	4,4	1	574	—	—	1.349.715	20
68.111	5,3	1	45.371	3,5	1	428.681	33,5	8	74.925	5,9	1	78.684	6,2	1	9.555	0,7	—	1.279.458	22
71.409	5,5		45.094	3,5		396.787	30,4		51.598	4		60.373	4,6		3.273	0,2		1.304.731	
96.241	3,1	1	126.648	4,1	2	1.094.706	35,2	19	44.134	1,4	—	132.249	4,2	2	1.992	0,1	—	3.106.973	50
140.150	4,9	2	112.966	3,9	2	981.922	34,3	16	174.939	6,1	3	195.106	6,8	3	24.807	0,9	—	2.866.282	45
159.679	5,3		116.594	3,9		934.122	30,9		93.257	3,1		153.532	5,1		1.331	—		3.024.164	
42.563	3,8	—	37.860	3,3	—	516.128	45,4	9	20.040	1,8	—	41.237	3,6	—				1.136.031	16
69.158	6,7	1	26.576	2,6	—	471.005	45,9	9	55.290	5,4	1	51.826	5,1	1	7.968	0,8	—	1.025.823	17
63.494	5,8		34.146	3,1		466.156	42,1		34.318	3,1		43.965	4		—	—		1.106.721	
40.957	3,3	—	25.869	2,1	—	654.948	53,3	12	16.892	1,4	—	40.979	3,3	—				1.229.646	19
58.821	5,3	1	18.527	1,7	—	613.071	55,5	12	41.432	3,8	1	51.215	4,6	1	10.064	9,0	—	1.105.632	20
58.918	4,9		20.725	1,7		604.944	50,8		27.559	2,3		43.879	3,7		—	—		1.192.126	
15.323	3,0	—	9.524	1,9	—	197.820	38,5	4	4.169	0,8	—	19.480	3,0	—				513.812	8
18.579	3,8	—	7.924	1,6	—	186.338	38,3	4	14.968	3,1	—	26.089	5,4	—	2.323	0,5	—	486.869	8
19.054	3,8		8.140	1,6		181.156	35,8		8.331	1,6		22.473	4,4		—	—		506.664	
14.048	2,5	—	15.323	2,7	—	183.122	32,7	4	5.586	1,0	—	14.639	2,6	—	191.749	33,0	3	565.439	9
25.215	5,1	—	9.560	1,9	—	200.136	39,2	5	14.826	2,9	—	19.044	3,7	—	156.408	30,7	3	510.132	10
23.219	4,7		13.126	2,7		174.403	35,6		8.409	1,7		15.298	3,1		177.720	35		490.109	
61.852	3,6	—	47.250	2,8	—	941.827	55,5	16	19.354	1,1	—	59.445	3,5	—	947	0,1	—	1.696.616	24
81.009	5,3	1	29.863	2	1	867.645	57	17	54.850	3,6	1	70.474	4,6	1	9.441	0,6	—	1.521.149	28
95.331	5,8		36.173	2,2		862.663	52,3		38.876	2,4		68.032	4		—	—		1.648.306	
47.572	4,6	—	35.117	3,4	—	467.730	45,5	8	10.758	1,0	—	30.891	3,0	—	617	0,1	—	1.028.968	15
62.322	6,7	1	22.520	2,4	—	438.468	47,3	9	33.707	3,6	1	38.779	4,2	1	9.744	1		926.163	18
64.588	6,5		28.697	2,9		416.430	41,8		21.451	2,1		34.698	3,5		—	—		996.819	
54.840	6,7	—	27.238	3,3	—	366.077	44,4	6	9.846	1,2	—	32.790	4,0	—	3.436	0,4	—	824.419	10
72.663	9,6	1	16.545	2,2	—	347.284	45,9	7	23.625	3,1	—	42.049	5,6	1	3.716	0,5	—	756.521	14
71.039	9,1		19.491	2,5		313.850	40,4		15.970	2		35.921	4,6		22.256	2,9		777.672	
7.043	3,1	—	10.356	4,5	—	82.588	36,4	2	4.515	1,9	—	23.050	10,1	—	9.310	4,1	—	226.784	3
13.642	6,3	—	9.443	4,3	—	78.270	35,9	2	16.959	7,8	—	27.350	12,6	1	775	0,4	—	217.885	4
11.157	5,1		10.637	4,9		69.244	31,7		10.225	4,7		24.871	11,4		11.284	5,2		218.503	
63.037	3,8	1	99.689	6,0	1	430.190	25,9	7	15.751	0,9	—	52.325	3,1	—	2.795	0,2	—	1.663.930	24
90.814	5,9	2	87.313	5,7	2	379.542	24,6	7	54.730	3,5	1	65.043	4,2	1	5.698	0,4	—	1.545.936	27
82.413	5,1		91.764	5,6		374.592	23		31.170	1,9		62.928	3,9		—	—		1.630.668	
47.732	3,9	—	23.615	1,9	—	390.465	32,0	6	9.985	0,8	—	34.814	2,9	—				1.221.060	16
70.098	6,2	2	15.988	1,4	—	340.722	29,9	6	38.773	3,4	1	43.916	3,9	1	5.088	0,4	—	1.138.379	20
63.837	5,3		18.186	1,5		339.465	28,4		21.072	1,8		41.007	3,4		—	—		1.193.888	
679.791	3,8	2	634.163	3,6	4	6.917.383	38,7	120	279.393	1,6	1	658.158	3,7	4	213.396	1,2	3	17.715.139	259
976.681	6	14	501.443	3,1	7	6.423.585	39,3	122	822.143	5	14	850.252	5,2	14	275.461	1,7	3	16.413.894	282
1.008.291	5,9		551.929	3,2		6.110.629	35,7		515.070	3		735.730	4,3		216.986	1,3		17.136.814	

CIRCOSCRIZIONI	Anno	PCI voti	PCI %	PCI seggi	PSIUP voti	PSIUP %	PSIUP seggi	DP voti	DP %	DP seggi	PSI voti	PSI %	PSI seggi	Partito radicale voti	Partito radicale %	Partito radicale seggi
Firenze - Pistoia	1976	529.666	50,4	8				13.109	1,2	—	92.113	8,8	1	10.136	1,0	—
	1972	438.360	45,1	8	14.522	1,5	—	5.690	0,6	—	81.627	8,4	1	—	—	—
	1975	508.255	49,7		—	—		24.845	2,4		99.591	9,7		—	—	
Pisa - Livorno Lucca - Massa Carrara	1976	403.523	42,8	7				12.271	1,2	—	101.533	10,7	1	7.454	0,8	—
	1972	323.410	36,6	6	20.954	2,4	—	5.716	0,7	—	83.417	9,4	1	—	—	—
	1975	380.293	41,4		—	—		12.504	1,4		109.861	9,7		—	—	
Siena - Arezzo - Grosseto	1976	292.929	49,9	5				7.285	1,3	—	60.500	10,3	1	3.601	0,6	—
	1972	251.351	45,8	5	13.299	2,4	—	2.908	0,5	—	50.107	9,1	1	—	—	—
	1975	280.968	48,9		—	—		14.220	2,5		59.954	10,4		—	—	
Ancona - Pesaro Macerata - Ascoli Piceno	1976	389.718	39,9	7				10.838	1,1	—	80.903	8,3	1	6.953	0,7	—
	1972	296.154	32,9	6	22.721	2,5	—	9.862	1,1	—	70.808	7,9	1	—	—	—
	1975	349.962	36,9		—	—		20.119	2,1		93.002	9,8		—	—	
Perugia - Terni - Rieti	1976	303.757	45,2	5				6.452	1,0	—	74.570	11,1	1	3.838	0,6	—
	1972	244.642	39,1	5	16.842	2,7	—	4.431	0,7	—	60.907	9,7	1	—	—	—
	1975	266.152	43,7		—	—		7.418	1,2		89.653	13,7		—	—	
Roma - Viterbo Latina - Frosinone	1976	1.140.403	36,0	19				44.844	1,4	—	240.130	7,6	4	57.035	1,8	1
	1972	761.554	27,2	13	27.081	1	—	32.151	1,2	—	212.354	7,6	4	—	—	—
	1976	1.013.422	33,6		—	—		44.404	1,5		291.566	9,7		—	—	
TOTALE CENTRO	1976	3.061.994	41,4	52				94.899	1,3	—	649.749	8,8	9	89.017	1,2	1
	1972	2.315.073	34,4	43	116.419	1,7	—	60.758	0,9	—	559.280	8,3	9	—	—	—
	1975	2.819.152	39,3		—	—		123.528	1,7		743.827	10,4		—	—	
L'Aquila - Pescara Chieti - Teramo	1976	273.578	34,9	5				10.176	1,3	—	61.464	7,8	1	4.818	0,6	—
	1972	192.601	27	4	9.791	1,4	—	—	—		49.004	6,9	1	—	—	—
	1975	230.501	30,3		—	—		4.296	0,4	—	77.478	10,2		—	—	
Campobasso - Isernia	1976	52.933	28,0	1				3.266	1,6	—	12.634	6,7	—	1.000	0,5	—
	1972	32.450	17,3	1	3.097	1,6	—	—	—		9.484	5,1	—	—	—	—
	1975	35.621	17,0		—	—		2.383	1,2		19.969	10		—	—	
Napoli - Caserta	1976	730.504	35,8	14				33.121	1,6	—	147.100	7,2	2	16.581	0,8	—
	1972	460.681	25,5	10	21.526	1,2	—	12.710	0,7	—	138.198	7,7	2	—	—	—
	1975	584.631	30,2		—	—		21.490	1,1		188.038	9,7		—	—	
Benevento - Avellino Salerno	1976	236.083	23,3	5				13.075	1,3	—	89.970	8,8	1	4.946	0,5	—
	1972	157.690	17,2	4	19.738	2,1	—	7.038	0,8	—	82.555	9	2	—	—	—
	1975	204.463	20,9		—	—		10.996	1,1		114.300	11,7		—	—	
Bari - Foggia	1976	398.629	32,6	8				12.730	1,0	—	110.651	9,0	2	8.085	0,7	—
	1972	301.295	27,7	7	14.110	1,3	—	4.296	0,4		111.273	10,2	2	—	—	—
	1975	350.916	30		—	—		—	—		140.662	12		—	—	
Lecce - Brindisi - Taranto	1976	310.522	30,6	6				12.904	1,3	—	94.202	9,3	1	5.799	0,6	—
	1972	206.149	22,2	5	5.861	0,7	—	5.029	0,6	—	87.013	9,8	2	—	—	—
	1975	256.259	26,7		—	—		—	—	—	112.077	11,7		—	—	
Potenza - Matera	1976	120.332	33,3	2				4.301	1,2	—	37.089	10,3	—	1.539	0,4	—
	1972	81.858	24,9	2	5.856	1,8	—	—	—	—	32.169	9,8	1	—	—	—
	1975	93.722	27,1		—	—		—	—		45.655	13,2		—	—	
Catanzaro - Cosenza Reggio Calabria	1976	369.883	30,6	8				16.773	1,3	—	128.775	11,5	2	5.541	0,5	—
	1972	260.039	25,9	7	20.364	2,1	—	6.272	0,6	—	124.553	12,4	3	—	—	—
	1975	270.411	25,2		—	—		29.280	2,7		158.159	14,7		—	—	
Catania - Messina Siracusa - Ragusa - Enna	1976	410.355	27,6	8				15.535	1,0	—	124.144	8,4	2	12.855	0,9	—
	1972	275.725	20,7	7	39.145	2,9	—	8.289	0,6	—	101.710	7,6	2	—	—	—
	1975	310.676	22,2		—	—		—	—		175.592	12,3		—	—	
Palermo - Agrigento Trapani - Caltanissetta	1976	366.965	27,4	7				15.636	1,2	—	130.062	9,7	2	12.855	0,9	—
	1972	282.534	21,9	7	27.059	2,3	—	9.810	0,8	—	115.562	9,7	2	—	—	—
	1975	302.813	23,7		—	—		—	—		161.452	12,6		—	—	
Cagliari - Sassari - Nuoro	1976	330.306	35,6	6				14.418	1,5	—	86.530	9,2	1	7.789	0,8	—
	1972	292.593	25,3	5	32.626	2,8	—	6.912	0,9	—	65.289	8,5	1	—	—	—
	1975	282.620	32,5		—	—		—	—		105.784	12,2		—	—	
TOTALE SUD	1976	3.633.622	31,5	70				150.943	1,3	—	1.023.601	8,9	14	82.579	0,7	—
	1972	2.483.572	23,7	59	188.353	1,8	—	63.988	0,7	—	916.911	8,9	21	—	—	—
	1975	2.928.282	26,6		—	—		64.259	0,6		1.269.172	11,3		—	—	

23.912	2,3	—	23.173	2,4	—	317.738	30,2	5	5.989	0,6	—	32.319	3,1	—				1.050.155	15
43.382	4,4	1	18.487	1,9	—	288.685	29,7	5	26.197	2,7	—	47.428	4,9	1	7.889	0,8	—	972.267	16
38.401	3,8		21.221	2,1		275.562	26,9		12.940	1,3		39.369	3,8		3.013	0,3		1.023.297	
24.791	2,6	—	31.166	3,3	—	320.713	33,8	5	5.661	0,6	—	38.868	4,1	—				947.978	13
46.743	5,3	1	29.530	3,3	1	296.254	33,6	6	18.821	2,1	—	53.983	6,1	1	4.164	0,5	—	882.992	16
41.229	3,8		31.649	2		283.084	26,9		11.244	1,3		44.227	3,8		4.419	0,5		918.510	
11.673	2	—	14.907	2,5	—	172.989	29,5	3	2.874	0,5	—	20.204	3,4	—				586.972	9
21.142	3,9	—	12.344	2,2	—	159.913	29,1	3	10.299	1,9	—	26.824	4,9	—	897	0,2	—	549.844	9
17.742	3,1		13.808	2,4		157.893	27,5		5.685	1		22.947	4		910	0,2		574.145	
28.000	2,9	—	33.601	3,4	—	381.070	39	7	6.543	0,7	—	39.082	4	—				976.708	15
39.321	4,4	1	33.525	3,7	1	354.708	39,5	7	21.817	2,4	—	47.109	5,2	1	3.445	0,4	—	898.472	17
50.660	5,3		52.587	3,4		346.099	36,5		14.591	1,5		42.127	4,7		—	—		949.147	
10.987	1,6	—	17.066	2,5	—	215.613	32,0	4	3.061	0,5	—	37.203	5,5	—	227	—	—	672.774	10
24.117	3,9	—	16.005	2,6	—	201.618	32,2	4	10.414	1,7	—	44.362	7,1	1	2.164	0,3	—	625.502	11
17.801	2,7		17.282	2,6		190.678	29,1		5.749	0,9		39.567	6,1		—	—		654.500	
105.483	3,3	1	104.494	3,3	1	1.126.438	35,6	19	38.509	1,2	—	304.393	9,6	5	4.852	0,2	—	3.167.181	50
154.616	5,5	3	96.232	3,4	2	963.134	34,4	17	115.268	4,1	2	413.437	14,8	7	21.683	0,8	—	2.798.410	48
185.841	6,2		110.592	3,7		944.431	31,3		76.307	2,5		344.069	11,4		3.190	0,1		3.013.822	
204.846	2,8	1	226.407	3,1	1	2.534.561	34,2	43	62.637	0,8	—	472.069	6,3	5	5.079	—	—	7.401.768	112
329.321	4,9	6	206.123	3,1	4	2.264.312	33,7	42	202.816	3	2	633.143	9,4	11	40.242	0,6	—	6.727.487	117
351.674	4,9		227.139	3,2		2.197.747	30,8		126.516	1,8		532.306	7,5		11.532	0,2		7.133.421	

PSDI			PRI			DC			PLI			MSI-DN			ALTRI			TOTALI	
voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	%	seggi	voti	seggi
19.847	2,5	—	13.796	1,8	—	349.169	44,2	7	5.044	0,6	—	49.949	6,3	1				789.841	14
28.107	3,9	1	11.467	1,6	—	344.061	48,2	8	14.671	2	—	54.646	7,6	1	6.291	0,9	—	714.271	15
46.993	6,2		19.701	2,6		323.152	42,5		13.417	1,8		49.076	6,5		—	—		760.318	
7.349	3,6	—	6.219	3,0	—	103.381	50,7	3	3.874	1,9	—	12.189	6,0	—				203.847	4
13.455	7,2	—	4.555	2,4	—	102.959	55,1	3	5.383	2,9	—	13.403	7,2	—	2.225	1,2	—	186.991	4
12.355	6,2		8.996	4,5		99.328	49,9		8.928	4,5		9.954	5		1.412	0,7		198.946	
59.724	2,9	1	53.124	2,6	1	739.169	36,3	14	22.046	1,1	—	233.594	11,5	4	3.094	0,2	—	2.037.057	36
82.918	4,6	2	47.471	2,6	1	641.626	35,5	14	42.568	2,4	1	335.104	18,6	7	21.981	1,2	—	1.804.763	38
117.802	6,1		64.183	3,3		667.108	34,5		34.198	1,8		252.713	13,1		2.378	0,2		1.932.341	
43.331	4,3	—	24.948	2,4	—	467.464	45,9	9	17.061	1,7	—	99.574	9,8	2				1.017.352	17
43.012	4,7	1	25.028	2,7	1	425.374	46,4	11	29.554	3,2	1	120.575	13,2	3	6.390	0,7	—	915.950	23
73.560	7,5		41.282	4,2		401.256	41		26.027	2,7		102.157	10,4		5.452	0,5		979.479	
41.139	3,4	—	22.263	1,8	—	496.847	40,6	10	12.927	1,1	—	119.855	9,8	2				1.223.846	22
44.730	4,1	1	15.691	1,4	—	435.694	40	10	23.589	2,2	—	133.305	12,2	3	4.797	0,4	—	1.088.880	24
62.068	5,3		24.257	2		434.109	37,1		21.825	1,9		124.000	10,6		10.563	0,9		1.168.400	
28.018	2,8	—	21.040	2,1	—	436.441	43,0	8	6.391	0,6	—	97.502	9,6	1	990	0,1	—	1.013.809	16
27.081	3,1	—	22.404	2,5	—	386.808	43,6	9	18.999	2,1	—	114.225	12,9	2	13.465	1,5	—	887.034	18
37.999	4		24.586	2,5		400.977	41,9		14.205	1,5		105.060	10,9		7.700	0,8		958.863	
8.834	2,5	—	3.393	0,9	—	160.934	44,5	4	2.457	0,7	—	21.818	6,0	—	725	0,2	—	361.422	6
15.948	4,8	—	2.850	0,9	—	161.476	49,2	5	4.630	1,4	—	22.531	6,9	—	1.156	0,3	—	328.474	8
23.704	6,9		5.515	1,6		144.416	41,9		7.077	2,1		22.024	6,4		2.915	0,9		344.931	
29.680	2,6	—	23.592	2,1	—	441.478	39,4	9	7.577	0,7	—	97.839	8,7	2				1.121.148	21
33.247	3,3	1	20.271	2	—	392.790	39,1	10	16.394	1,7	—	122.381	12,2	3	7.320	0,7	—	1.003.830	24
56.494	5,3		32.321	3		424.198	39,5		13.919	1,3		89.571	8,3		—	—		1.074.529	
47.262	3,2	—	43.225	2,9	—	613.090	41,2	12	29.034	2,0	—	189.137	12,7	3	1.932	0,1	—	1.486.869	25
44.527	3,3	1	36.704	2,8	1	519.531	39	12	50.663	3,8	1	243.661	18,3	6	13.720	1	—	1.333.655	30
86.392	6,1		61.156	4,3		540.400	37,9		48.255	3,4		187.851	13,2		7.854	0,5		1.424.176	
43.795	3,3	—	43.786	3,3	—	580.036	43,3	12	19.611	1,5	—	122.703	9,2	2	2.423	0,2	—	1.338.032	23
48.178	4	1	40.357	3,4	1	487.342	40,7	13	38.554	3,2	1	158.424	13,2	4	8.888	0,7	—	1.196.701	30
65.269	5,1		73.919	5,8		507.336	39,6		36.076	2,8		120.997	9,5		12.056	0,9		1.279.918	
23.867	2,6	—	18.642	2,0	—	370.562	39,9	7	10.103	1,1	—	67.112	7,2	1				929.502	15
30.937	3,9	1	19.993	2,5	—	327.901	40,9	8	26.655	3,3	—	90.547	11,3	2	8.165	1	—	801.608	17
45.002	5,2		23.842	2,7		280.374	33,3		22.491	2,6		71.913	8,3		28.410	3,3		869.436	
353.026	3,1	1	274.028	2,4	1	4.738.371	41,3	93	136.127	1,2	—	1.111.272	9,6	18	9.164	0,1	—	11.522.735	199
412.140	4	9	246.791	2,4	4	4.225.562	41,2	103	271.660	2,7	4	1.408.802	13,7	31	94.388	0,9	—	10.262.167	231
627.638	5,7		379.758	3,5		4.233.066	38,5		246.418	2,2		1.135.316	10,3		77.328	0,7		10.991.337	